Soeben erschienen:

FDCL
FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE – LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.
SAVIGNYPLATZ 5 · 1000 Berlin 12 · Tel.: (030) 313 50 65

Herausgegeben vom FDCL - Ökumenisch-Missionarisches Institut -
- Evangelische Studentengemeinde

C H R I S T S E I N I N L A T E I N A M E R I K A
C H R I S T S E I N H I E R

NEU!

- Arbeitsmappe K O L U M B I E N
- Arbeitsmappe G U A T E M A L A

Preis: jeweils DM 4,- (+ Porto)
Zu beziehen bei: FDCL, Savignyplatz 5, 1 000 Berlin 12

NEU!

Jether Pereira Ramalho (Hrsg.)
ZEICHEN DER HOFFNUNG UND DER GERECHTIGKEIT

Die Kirche und die Armen

Die englische Ausgabe ist beim Weltkirchenrat/Genf erschienen, die deutsche Ausgabe beim FDCL. 130 S. Preis DM 8,- (+ Porto)
Zu beziehen bei: FDCL, Savignyplatz 5, 1 000 Berlin 12

D E R G R I F F N A C H D E R B O M B E

DAS DEUTSCH-ARGENTINISCHE ATOMGESCHÄFT

NEU!

Aus dem Inhalt: Atucha II: die stationäre Bombe
Der Anfang der atomaren Zusammenarbeit
Gemeinsam durch die "Erprobungsphase"
Atucha II: Nichtverbreitungs-Vertrag unterlaufen
Die friedliche Bombe
Waffenhandel der BRD mit Argentinien
Argentinien - ein friedfertiger Staat?
Braucht Argentinien Atomenergie?
Die Freunde der KWU und die Menschenrechte
BRD - Argentinien: Alte Freundschaft
Wirtschaftspolitik gegen das Volk
Gewerkschaftsbewegung in Argentinien
Atomenergie und Arbeitsplätze
Solidaritätsaktionen
Dokumente

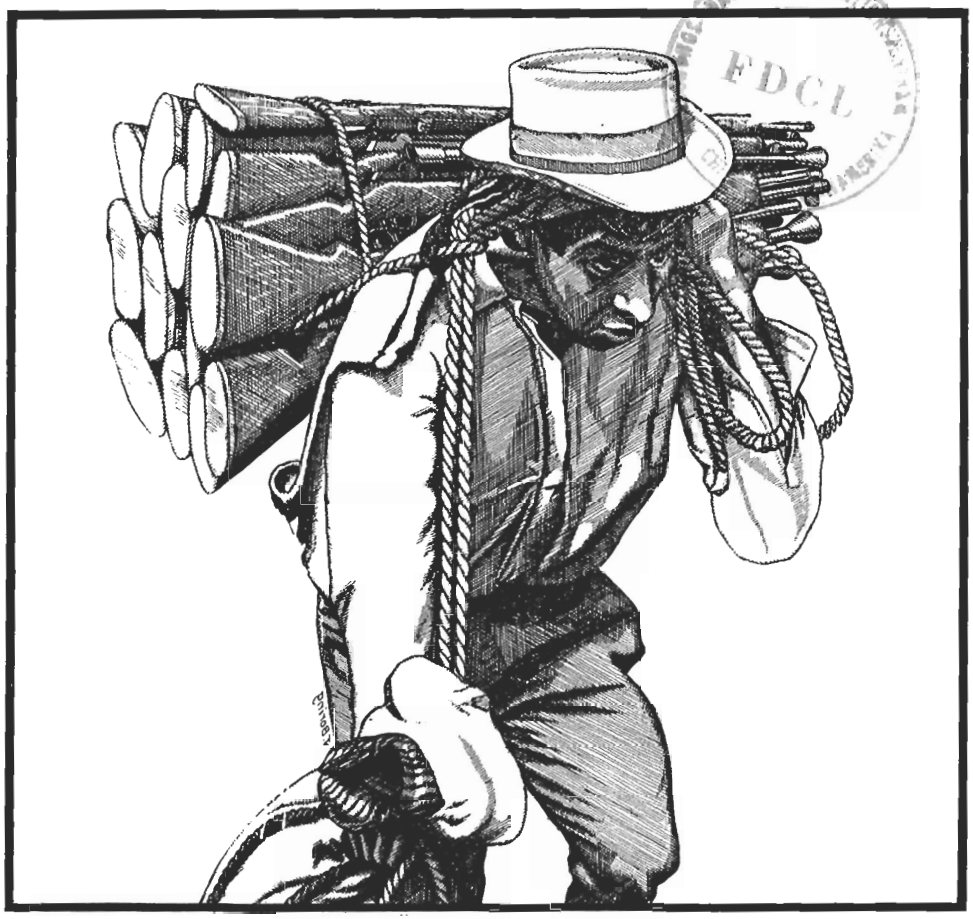
144 S., DM 8,-
Zu beziehen bei: FDCL, Savignyplatz 5, 1 000 Berlin 12

Leihgut bei

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 94

8. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West) Juni 1981 Solidaritätspreis DM 3,-



FDCL

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

BRASILIEN: Rechtsputsch? — **CHILE:** 1. Mai und Bergarbeiterstreik/ Laura Allende — **ARGENTINIEN:** Grenzkonflikt / Atomare Zusammenarbeit mit Peru — **BOLIVIEN:** Militärs in Schwierigkeiten — **GUAYANA:** Grenzkonflik — **GUATEMALA:** Guerrilla-Kommuniqué / Argentinische Militärberater — **MEXIKO:** Außenpolitik.

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT 3

I. BERICHTE 4
— BRD: Traditionelle Freundschaft 4

— BRASILIEN: Droht ein Rechtsputsch? 5
— CHILE: Zwar ... aber: 1. Mai und Streik der Kupferbergarbeiter 9
— Laura Allende starb im Exil 13
— ARGENTINIEN — PERU: Atomare Zusammenarbeit 19
— BOLIVIEN: Das Militär sucht einen Ausweg 20
— GUAYANA: Grenzkonflikt mit Venezuela 23
— GUATEMALA: Gemeinsame Erklärung der Guerriallaorganisationen 26

— MEXIKO: Wege der Außenpolitik 29

II. HINTERGRUND 32

— GUATEMALA: Ökumene an der Basis 32
— NICARAGUA: Interview mit dem Direktor des Planungsministeriums 40
— BRASILIEN: Kirchliche Basisgemeinden — CEBs — 52
— JAMAIKA: Mob Marley 55

III. SOLIDARITÄT 59

— Wird Nestlé weiter Baby töten? 59
— Neues von der Pharmafront 62
— Geldstrafe für Protest gegen argentinische Diktatur 63
— Protestaktion der Integrierten Gesamtschule Garbsen 64
— Seminar für chilenische Familien im berliner Exil 65
— Spendenaufruf für die Lateinamerika Tage '82 67
— Ausstellung: Kinder im revolutionären Nicaragua 68
— Zeitschriftenschau 69

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 9 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 4.5.1981

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Bibliotheken und Institutionen im Bundesgebiet über:
con Medien- und Vertriebsgesellschaft,
Postfach 106545,
Westerdeich 38, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Unsere Redaktion bereitet sich gegenwärtig gerade geistig darauf vor, in einer Stadt zu arbeiten, die von der CDU regiert wird, in deren Parlament aber mit der Alternativen Liste auch eine Gruppe agieren wird, die versprochen hat, sich stärker für die Probleme der Dritten Welt zu engagieren. Ein neues Gefühl.

Die wichtigere Veränderung geschieht jedoch sicher zur gleichen Zeit in Frankreich. Von der neuen Regierung des Präsidenten Mitterrand wird gefordert werden können, daß ihre Außenpolitik den reaktionären Kräften in Lateinamerika entgegentritt, wo es möglich ist.

Für die bundesdeutsche Außenpolitik läßt sich Ähnliches nicht behaupten. Immer mehr im Fahrwasser von Reagans Politik eines neuen Kalten Krieges und fixiert auf Exportmöglichkeiten, wirft sie auch die letzten politischen Maßstäbe über Bord. Menschenrechte sind nicht mehr Mode. Das zeigt sich am Verhältnis zu Argentinien, zu Chile, zu Brasilien.

In dieses Heft einzuführen ist nicht ganz einfach. Man könnte sagen, dem Heft fehle der rote Faden. Man kann es aber auch anders ausdrücken: Die Entwicklungen in Lateinamerika sind im Moment mehrdeutig, sie weisen in verschiedene Richtungen. Und dieser Vielfalt entspricht die Vielfalt unserer Themen und wahrscheinlich auch die Breite des Interesses unserer Leser.

Wir bieten ein längeres Interview mit Xabier Gorostiaga vom Planungsministerium in Managua über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten Nicaraguas. Weitere Interviews berichten über die Aktivitäten von Basisgemeinden und christlichen Gruppen in Brasilien und Guatemala.

Daneben finden sich Berichte über die Machtkämpfe innerhalb des bolivianischen Militärs, über die Versuche brasilianischer Militärs, die sogenannte "demokratische Öffnung" zu stoppen, über argentinische Militärberater für Mittelamerika, aber auch über den Streik der chilenischen Bergleute im Kupferbergwerk El Teniente.

Wo die Herrschenden in Lateinamerika nicht mehr weiter wissen, flüchten sie sich in Grenzkonflikte. Augenblicklich sind solche Grenzstreitigkeiten zwischen Argentinien und Chile einerseits, zwischen Venezuela und Guayana andererseits wieder in ein akutes Stadium getreten. Da die offiziöse Presse diese Konflikte vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der jeweiligen Rechtsstandpunkte abhandelt, sehen wir uns gezwungen, auch solche Themen zu behandeln und auf die politischen Hintergründe einzugehen.

Wichtig war uns schließlich auch noch, den toten Bob Marley aus verschiedenen Schubladen wieder herauszuholen, in die er gesteckt worden ist, und ihn in seiner ganzen Widersprüchlichkeit und Lebendigkeit ins Gedächtnis zu rufen.

Wir sehen uns in letzter Zeit immer häufiger gezwungen, Nachrufe zu schreiben. Dieses Mal gilt unser Nachruf einer bewundernswerten Frau und Genossin, die hierzulande viel zu wenig bekannt war: Laura Allende.

PS: Unter dem Titel "Der Griff nach der Bombe" hat das FDCL eine Broschüre über das deutsch-argentinische Atomgeschäft herausgegeben.

BRD

Traditionelle Freundschaft

Ausgerechnet zum Verfassungstag - am 23. Mai wurde das Grundgesetz 32 Jahre alt - hat der bundesdeutsche Botschafter in Santiago, Herr Heinz Dittmann, den Wunsch geäußert, daß sich die Bande der traditionellen deutsch-chilenischen Freundschaft festigen mögen. Von Schwierigkeiten war nicht die Rede.

Im selben Moment, in dem der französiche Präsident Mitterrand den Freund von Che Guevara und Salvador Allende und scharfen Kritiker der lateinamerikanischen Militärdiktaturen Regis Debray zu seinem Berater in internationalen Angelegenheiten macht und damit einen Kurswechsel der französischen Außenpolitik gegenüber Lateinamerika andeutet, wird immer klarer, daß die sozial-liberale Bundesregierung in Bonn möglichst gute Beziehungen zu den dortigen Diktaturen sucht. Im Fall von Chile scheint man sogar schon über eine bloße Normalisierung der Beziehungen hinaus zu sein.

Zum bundesdeutschen Verfassungstag hat Botschafter Dittmann der chilenischen Zeitung "El Mercurio" ein Interview gegeben, das diesen Tatbestand kaum deutlicher ausdrücken könnte. Es heißt da:

"Die politischen, kommerziellen und kulturellen Beziehungen zwischen Chile und der Bundesrepublik Deutschland sind gut. Es gibt viele Konzepte, die wir gemeinsam haben wie die Selbstbestimmung der Völker und die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten. Im Bereich der Wirtschaft gibt es einen ständig wachsenden Handelsaustausch. Im kulturellen Bereich vereint uns nicht nur die gemeinsame westliche Tradition, sondern auch eine enge Zusammenarbeit, die ihren Ausdruck in zahlreichen Begegnungen in allen Sektoren gefunden hat. Auch der starke Zustrom deutscher Einwanderer hat seine Spuren im chilenischen Kulturleben hinterlassen. Die positivsten Elemente finden sich im wirtschaftlichen Bereich. Wir sind der größte Käufer chilenischer Produkte auf dem Weltmarkt. Deutsche Banken und andere Unternehmen haben mit beträchtlichen Krediten ihr Vertrauen in die chilenische Wirtschaft gezeigt."

Davon, daß das Selbstbestimmungsrecht des chilenischen Volkes von den Militärs seit Jahren mit Füßen getreten wird, davon, daß die demokratischen Rechte und Freiheiten, für die doch das Grundgesetz eintritt, in Chile nicht existieren, davon, daß die westliche Tradition in Chile nur noch als barbarischer Anti-Sozialismus in Erscheinung tritt, davon war nicht die Rede. Der Handel blüht, die Banken haben Vertrauen, und die Geschäfte steigen, also unterhält man auch gute politische Beziehungen.

Das Auswärtige Amt in Bonn, das für diese Politik und für diesen Botschafter verantwortlich ist, geht dabei bis zur Selbsttäuschung. In einem Brief an die Evangelische Studentengemeinde Aachen teilt es zur Lage in Chile mit: "Verhaftungen, die heute vorkommen, resultieren nahezu ausschließlich aus dem Anstieg des Terrorismus." Und im selben Moment, in dem die Regierung in Santiago zum hundertsten Mal erklärt, daß die politischen Asylierten nicht wieder nach Chile zurückkehren dürfen, erklärt unser Auswärtiges Amt, deren Rückkehr sei "nicht **generell verboten**". Das Auswärtige Amt ist nicht generell blind, **sondern nur auf** einem Auge. Aber da gezielt.

BRASILIEN

Droht der Rechtsputsch?

Die geheimen Bombenleger

Ein mißglückter Bombenanschlag in Rio de Janeiro erweist erstmals unzweifelhaft die Verwicklung von Angehörigen des Militärs in die Attentatswelle der letzten Monate. Teile der Armee sind nicht einmal mit einer restriktiven"politischen Öffnung" á la Figueiredo einverstanden. Gerüchte um einen bevorstehenden Putsch ultra - reaktionärer Generale veranlaßten einige Politiker, den Präsidenten nach der Zweckmäßigkeit einer Auslandsreise zu diesem Zeitpunkt zu fragen. Doch Figueiredo flog in die Bundesrepublik, der Putsch fand nicht statt.

Rio de Janeiro, 30. April, 21.30 Uhr. Eine Explosion zerreißt einen Sportwagen der Marke PUMA auf dem Parkplatz vor dem "Riocentro", einer Kongreßhalle, in der zu diesem Zeitpunkt ca. 20.000 zumeist junge Menschen zu einer Veranstaltung am Vorabend des 1. Mai versammelt sind. Ein Mann bleibt zerfetzt im Wagen zurück, ein zweiter rennt, sich den offenen Bauch haltend, ins Freie. Dort wird er von Veranstaltungsbesuchern sofort ins nahegelegene Hospital Miguel Couto gebracht. Bei der Anästesie vor der Operation hört der behandelnde Arzt die Worte:"Es ist alles schief gegangen..."
Währenddessen wird der Sportwagen untersucht. Einem Kamerateam der Fernsehstation "Globo" gelingt es, Aufnahmen von zwei weiteren Bomben zu machen, die im Heck des Wagens liegen und nicht explodiert sind. Langsam dringt die Identität der Insassen durch: Bei dem Getöteten handelt es sich um den Feldwebel Guilherme Pereira do Rosário, bei dem Schwerverletzten um den Hauptmann Wilson Luis Chaves Machado, beides Angehörige des armeeeigenen Geheimdienstes DOI - CODI.
Zur selben Zeit machen zwei Generäle Aussagen, mit denen sie in Armee- und Regierungskreisen Verärgerung auslösen. General Gentil Marcondes Filho, oberster Kommandeur der 1. Armee in Rio,sagt vor der Presse, Rosário und Machado seien im Dienst gewesen und einen Informationsauftrag ausgeführt. Waldyr Muniz, Sicherheitsminister des Staates Rio de Janeiro, behauptet vorschnell, die beiden seien Opfer eines linken Terroranschlages geworden. Hinterher bietet er zwei Versionen über den möglichen "Tathergang" an: Entweder sei die Bombe durch das Autofenster geworfen worden, oder sie war bereits installiert, als Rosário und Machado den Wagen bestiegen. Die Untersuchungen am Fahrzeug beweisen jedoch schnell die Unhaltbarkeit dieser Thesen und lassen vielmehr einen anderen Schluß zu: Rosário und Machado kamen mit dem offiziellen Auftrag - denn sie waren laut General Marcondes ja im Dienst - , einen Anschlag auf die 1. Mai - Versammlung zu verüben. Dabei explodierte der eine Sprengsatz in den Händen Rosários sozusagen"aus Versehen", während diejenigen im Heck des Wagens wohl"richtig" eingestellt waren. Die These eines geplanten Attentats wird noch dadurch erhärtet, daß zwei weitere Bomben im Generatorenwerk der Festhalle installiert waren, die allerdings nicht detonierten.

Die Ereignisse dieses Abends in Rio machen zum wiederholten Male deutlich, was der Opposition schon lange klar war. Teile der Armee lehnen Figueiredos Projekt der "abertura" strikt ab und bekämpfen es auf ihre Weise mittels Terror. Der Hauptmann Machado gehört zu dieser Fraktion. Informationen aus dem Umfeld der extremen Rechten besagen, daß er hier unter dem Decknamen "Fábio" bekannt ist. Eine Gruppe "Pacto Nacional Libertador" ("Nationaler Befreiungspakt")soll ihn Anfang des Jahres umworben haben. Rosário und Machado gehören zum militärischen Geheimdienst der 1.Armee, der in den schwarzen Jahren der harten Diktatur unzählige Morde und Folterungen begangen hat. Erst kürzlich hatte eine ehemalige politische Gefangene ein Haus in der Nähe Rios als ihr Gefängnis und die Hinrichtungsstätte vieler anderer Gefangener wiedererkannt. Die Enthüllungen über die Verbrechen der Armee werden immer zahlreicher. Die Generäle reagieren in nervöser Wut,wenn sie offen dieser Verbrechen beschuldigt werden, oder aber über ihre Bankkonten in der Schweiz berichtet wird.
Auch der Vorgesetzte Machados und Kommandeur der 1. Armee, Marcondes, ist kein Unbekannter. Ein Ex-Agent des Marinegeheimdienstes hatte dem Abgeordneten Genival Tourinho anvertraut, daß es eine sog. "Operação Cristal" (Operation Kristall) gäbe, die hinter den Attentaten der letzten Monate stecke. Auf die Frage nach den Hintermännern hatte der Ex-Agent neben dem Kommandeur der 2. Armee in São Paulo, Milton Tavares, auch die Generäle Antonio Bandeira, Coelho Neto und eben Gentil Marcondes Filho genannt. Aufgrund der Veröffentlichung dieser Informationen mußte sich der Abgeordnete wegen Verstoßes gegen das Gesetz der "Nationalen Sicherheit" vor einem Militärgericht verantworten.
Als graue Eminenz dieser Fraktion der sog. "harten Linie" innerhalb der Streitkräfte gilt der ehemalige Präsident Emílio Garrastazu Médici. Wie stark sie ist, läßt sich schwer einschätzen. Es besteht jedenfalls ein empfindliches Gleichgewicht,das bei jeder Umbesetzung in Militär und Regierung in Betracht gezogen werden muß.
Schon allein deshalb wird es keine endgültige Klärung der Ereignisse in Rio geben. Die Armee hat die gesamten"Ermittlungen"an sich gezogen. Generalsanwärter und Vertrauter des Präsidenten Luis Antonio do Prado Ribeiro, von Figueiredo mit der Leitung der Untersuchungskommission beauftragt, trat während dessen Auslandsreise zurück aus, wie es heißt, "gesundheitlichen Gründen". Er wurde durch den Presseoffizier der 1.Armee, Job Lorena Sant'Anna, ersetzt, der dafür Sorge tragen wird, daß es keine weiteren Enthüllungen gibt. Vorher hatte er bereits auf die Fernsehstation "Globo" Druck ausgeübt, den Film zurückzuhalten, der das Vorhandensein der weiteren Bomben im Heck des Wagens bewies, denn laut Armee hatte es nur eine Bombe gegeben.
In der darauffolgenden Woche wurden die Ausgaben der Zeitungen Hora do Povo, Tribuna da Luta Operária und Movimento beschlagnahmt, weil sie die Armeeführung der direkten Verwicklung in die Affäre beschuldigt hatten.
Auf Seiten der Opposition lösten die Ereignisse nicht unbegründete Sorgen über ein mögliches Umschwenken des "abertura" - Kurses aus. Die Regierung versuchte, die Gunst der Stunde zu nutzen, und ließ durchsickern, daß eine Solidaritätserklärung mit Figueiredo und seiner Politik hilfreich wäre. Tatsächlich schätzten Oppositionspolitiker die Situation derart bedrohlich ein, daß sie der Aufforderung nachkamen und sich zu einem Treffen mit der Regierungspartei bereiterklärten. Das Kalkül der Regierung war, die Opposition vor die Alternative zu stellen: Entweder für die "abertura" mit Figueiredo oder Rechtsputsch. Bei dem Treffen, das vom Vorsitzenden der brasilianischen Pressevereinigung geleitet wurde, äußerten die verschiedenen Strömungen der Opposition in unterschiedlicher Weise ihre"Solidarität" mit dem Regime. Während sich die rechtsliberale Bankpartei PP voll hinter Figueiredo stellte, meinte Ulisses Guimaraes, Präsident der größten Oppositionspartei PMDB, die Behörden müßten ihrer Pflicht

nachkommen und die Ruhe im Lande gewährleisten. Den Abgeordneten Airton Soares vom PT und Odacyr Klein vom linken Flügel des PMDB wurde das Wort beschnitten, als sie versuchten, mögliche Zweideutigkeiten in der Einschätzung des Treffens auszuräumen. Man dürfe der Regierung keinen Blankoscheck ausstellen. Chico Pinto, ebenfalls vom linken Flügel des PMDB kritisierte heftig die seiner Meinung nach uneingeschränkte Solidarität der Opposition mit dem Regime, eine Bemerkung, die der offiziellen Zensur des Abgeordnetenhauses zum Opfer fiel. Luis Inácio da Silva, Präsident des PT und gerade wegen Verstoßes gegen das Gesetz der "Nationalen Sicherheit" zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, bemerkte zu dem Treffen, daß es keine Solidarität mit den Versäumnissen der Behörden in der Verfolgung der für den Terror Verantwortlichen geben dürfe, "denn bald wird es weitere Attentate geben bis gar auf uns selbst, damit keine weiteren Treffen mehr stattfinden können." Wenige Tage später brach auch Ulisses Guimaraes die"Solidaritätsfront" , als er öffentlich erklärte, die Regierung habe bisher keins der Attentate aufgeklärt und auch nicht den Willen dazu.
Doch trotz der gespannten Lage scheinen die Bedingungen für einen Rechtsputsch zur Zeit denkbar ungünstig zu sein. Die Armee ist zu wenig geschlossen, und es gibt derzeit keine relevanten Gruppen in der Gesellschaft, die einen Coup uneingeschränkt unterstützen würden.
Die Unternehmer setzen weiterhin auf Figueiredo und die "abertura". Auch von Seiten der Opposition ist das gegenwärtige System in seinen Grundlagen nicht "gefährdet". Ihre Aktionen beschränken sich weiterhin auf den Ausbau der durch die "abertura" entstandenen politischen Freiräume. Ihr ist es bisher nicht gelungen, ein alternatives politisches und ökonomisches Projekt zum gegenwärtigen Regime zu präsentieren.
Die Regierung hält weiterhin alle Fäden in der Hand. Ein Effekt der Terroranschläge und des Tauziehens zwischen den verschiedenen Fraktionen der Armee könnte allerdings sein, daß der Prozeß der "demokratischen Öffnung" sich noch langsamer und restriktiver vollzieht wie bisher. Schon halten sich Gerüchte über Regierungspläne, die für das nächste Jahr vorgesehenen Kongreß-, Kommunal- und Gouverneurswahlen abermals zu verschieben, was von vielen Politikern nicht ungern gesehen würde. Auch Änderungen in der Lohnpolitik, beispielsweise der halbjährlichen Anpassung der Löhne an die inflationsbedingten Preissteigerungen, liegen im Bereich des Möglichen.

Weniger Bombiges in der Aussenpolitik

Trotz zahlreicher Warnungen brach Figueiredo am 16. Mai mit einem Troß von Ministern, Unternehmern und Journalisten nach Europa auf, um den Besuch des Bundeskanzlers vom Frühjahr 1979 zu erwidern. Allein 12o der 2oo Journalisten interessierten sich allerdings weniger für den Staatsbesuch, als eher für die Europareise der brasilianischen Fußballnationalmannschaft.
Es gab auch keine dringlichen Punkte zwischen Schmidt und Figueiredo zu besprechen. So unterhielt man sich ausgiebig allgemein über den gegenwärtigen Stand der Nord - Süd - Beziehungen und die Rolle Brasiliens in Lateinamerika. Selbst die von brasilianischer Seite zögernde Abwicklung des Atomabkommens trübte die Atmosphäre nicht. 1978 hatten Veränderungen des Vertrages noch im Mittelpunkt der Gespräche des damaligen Präsidenten Ernesto Geisel bei seinem Besuch in der BRD gestanden. Diesmal beschränkte sich Figueiredo auf die lapidare Feststellung, daß der Vertrag in allen seinen Punkten erfüllt werde. Sozusagen als "Erfüllungshilfe" strich Planungsminister Delfim Netto einen Kredit über 14o Millionen DM an den staatlichen Atomkonzern Nuclebrás ein.
Freuen konnten sich allerdings VW-Chef Toni Schmücker und sein Statt-

halter in Brasilien, Wolfgang Sauer. Figueiredo ließ durchblicken, er werde in Kürze die Produktion von Motorrädern durch die Multitochter genehmigen. Auch das Ersuchen von VW do Brasil, die Exporthöchstgrenze von 1,5 Mio. USD auf 2,2 Mio.USD anzuheben, dürfte von den Behörden wohl positiv beschieden werden. VW möchte gern tausende Autos von den Halden in São Paulo nach Algerien transferieren.
Als "Gegenleistung" will der Konzern die Pläne über Massenentlassungen überdenken, die durch die Absatzkrise angeblich notwendig geworden waren. Der Regierung liegt zumal unter den gegenwärtigen Bedingungen nichts an einer Anheizung der sozialen Spannungen.
Einen großen Empfang bereitete der Deutsche Industrie- und Handelstag dem Präsidenten und seinem Gefolge. In der pompösen Eingangshalle des Museums König, zwischen präparierten Giraffen und seltenen Vögeln kamen deutsche und brasilianische Unternehmer auf ihre Kosten. Kein Wunder, denn Brasilien steht im Hinblick auf die deutschen Direktinvestitionen von privater Seite einsam an der Spitze aller Entwicklungsländer. Trotz Krise und Inflation scheint der Investitionsdrang des bundesdeutschen Kapitals ungebrochen.
Nur als einen " Schönheitsfleck" auf dem sonst so reinen Deutschlandbild dieses Staatsbesuchs dürfte Figueiredo wohl das Gespräch mit dem Vorsitzenden von SPD und Sozialistischer Internationale, Brandt, empfunden haben. In vorsichtigen Worten kritisierte der Ex - Kanzler das Vorgehen der brasilianischen Militärjustiz gegen die elf Gewerkschafter, unter ihnen Lula, die wegen des Streiks vom April und Mai 1980 zu Haftstrafen verurteilt worden waren. In einem Brief hatte der IG - Metall - Vorsitzende Loderer ebenfalls auf die Verletzungen gewerkschaftlicher Rechte in Brasilien hingewiesen.
Figueiredo hörte geduldig die Rede Brandts an, um darauf mit der Bitte zu kontern, man möge doch von deutscher Seite mehr Aufmerksamkeit beim Export von Geldern des westdeutschen, katholischen Hilfswerks MISEREOR walten lassen, das gewöhnlich Projekte "oppositioneller Kirchengemeinden" finanziere. Fazit des brasilianischen Wochenmagazins VEJA: Weder der deutsche Appell noch die brasilianische Bitte werden praktische Auswirkungen haben.

Quellen: Verschiedene Ausgaben von VEJA, EM TEMPO, LATINAMERICA WEEKLY & REGIONAL REPORT, ESTADO DE SAO PAULO

CHILE

Zwar...aber: 1. Mai und Streik der Kupferbergarbeiter

Dem 1. Mai vorausgegangen war eine spektakuläre Aktion des Widerstands:am 28.April besetzte ein 6-köpfiges Kommando eine Rundfunkstation in Santiago und verbreitete einen Aufruf zum 1.Mai. Die Besetzung erfolgte kurz vor den Nachrichten, die mitgebrachte Kassette enthielt zudem das Signal für andere Runfunkstationen, sich der Nachrichtenkette anzuschließen - der Aufruf konnte damit offenbar in große Teile des Landes übertragen werden. Er enthielt neben scharfen Angriffen gegen die Diktatur auch eine Aufforderung, einen Generalstreik gegen die Diktatur vorzubereiten.
Im Hinblick darauf können zur Einschätzung der chilenischen Arbeiterbewegung zwei Momente dienen- die Ereignisse des 1. Mais und der Streik in der Kupfermine El Teniente.

Gewerkschaft in der Krise

Wie üblich waren außer dem offiziellen Festakt zum Tag der „Nationalen Arbeit", zu dem Pinochet 3.000 Unternehmer und Arbeiterverräter einlädt, keine öffentlichen Veranstaltungen erlaubt. Allenfalls sportliche Veranstaltungen undVersammlungen im Gewerkschaftslokal wurden toleriert.

Vor einem Jahr war eine gemeinsame Veranstaltung der vier oppositionellen Gewerkschaftsverbände daran gescheitert, daß sich die christdemokratische "Gruppe der 10 " und die Privatangestellten kurzfristig aus dem gemeinsamen Vorbereitungskomitee zurückzogen (vgl. dazu LN 82, S.35-38).Daran gemessen bedeutet der diesjährige 1.Mai einen Fortschritt, denn diesmal gelang eine gemeinsame Veranstaltung der 4 Verbände, aber in den Beiträgen wurde deutlich, daß trotz aller Einsicht in die Notwendigkeit der Einheit die internen Differenzen sie weiter effektiv verhindern.
Zudem hatte die "Gruppe der 10" sich erst wenige Tage zuvor als UDT (Demokratische Arbeiter-Union) auf einem Kongreß neu konstituiert - und das wohl kaum mit der Perspektive, sich alsbald in eine Einheitsgewerkschaft zu verwandeln.

Aber die Diktatur war nicht gewillt, Spielraum preiszugeben:der für die Veranstaltung vorgesehene kirchliche Raum war von starken Polizeikräften abgeriegelt, so daß die Versammlung in einem kleineren gewerkschaftseigenen Raum stattfand, in dem sich schließlich 300 Leute drängelten. Andere hatten vor der Polizei Zuflucht in einer offenstehenden Kirche gesucht, aus deren Portal sie ihren Protest schrien(erst am später Nachmittag konnten sie einzeln die Kirche verlassen.).
Parallel zu dieser Zusammenkunft der oppositionellen Gewerkschafter fand eine zweite oppositionelle Veranstaltung im Gewerkschaftslokal der Textilarbeiter von Panal mit ca 1.000Teilnehmern statt. Hier scheint sich eine neue, fünfte Gruppierung von der Basis her zu organisieren.

Protest am Kirchenportal

"Mit Vernunft und Gewalt werden wir siegen".Das Transparent variiert das Motto des chilenischen Staatswappens"Mit Vernunft oder Gewalt".

Gleichzeitig mit diesen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen verliefen Spaziergängerdemonstrationen mit Flugblättern und Sprechchören auf Santiagos Hauptstraße, bei denen es immer wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Polizeihubschrauber dirigierten die Einsatzkommandos.Fazit:141 Verhaftete in Santiago, 60 Verhaftungen werden aus dem Rest des Landes gemeldet- gegenüber dem Vorjahr(33 nach offiziellen Angaben) ein erhebliches Zunehmen der Repression.

Noch haben Chiles Gewerkschaften keine Taktik entwickelt, die den Bedingungen der Diktatur gerecht wird.Halten sie sich an die Gesetze der Diktatur, so ist gewerkschaftliche Arbeit nur auf der Ebene der Betriebsgewerkschaft möglich.Den Gewerkschaftsverbänden bleibt dabei kaum eine Funktion, denn betriebsübergreifende Lohnverhandlungen oder gar betriebsübergreifende Streiks sind verboten.Als Gesprächspartner lehnt die Regierung sie ab, wie sie jede Mitsprache von Verbänden als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten ablehnt - nämlich die des autoritären Regierens.So bleiben die Gewerkschaftsverbände Sprachrohre vor tauben Mauern.
Aus dieser Situation den Schluß zu ziehen, sie seien völlig überflüssig, wäre freilich ganz im Sinne der Diktatur und ihrer Politik der Atomisierung gesellschaftlicher Gruppen.
Daß sie in einer Krise stecken, wissen die Gewerkschaftsführer selbst- aber dies Wissen allein bringt noch nicht die Lösung.

Der Streik in El Teniente

Ein Streik chilenischer Kupferarbeiter hat Symbolwert: wegen der Kampftradition, wegen der immer noch dominierenden Rolle des Kupfers für den Export, wegen der Größenordnung der Belegschaft.

Als vor einem Jahr, im Januar 1980, zehntausend Arbeiter in der Kupfermine El Teniente um höhere Löhne streikten, kam dem Testwert zu, weil es um die erste große Bewährungsprobe des von der Diktatur erlassenen Arbeitsgesetzes zum Schutz der Unternehmer ging:Der Test ging zugunsten der Herrschenden aus. Nach einer Woche war der Streik beendet, die Arbeiter hatten nur einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen können(Vgl. dazu LN 79,S.5-8).
Trotzdem gibt es einige Faktoren, auch den diesjährigen Arbeitskampf mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.Der wichtigste: die bisherige Dauer des Streiks, für dessen Aufnahme 97% stimmten(22.April), für dessen Fortsetzung am 26. Mai aber nur noch rechnerisch eine Mehrheit zustande kam(s.u.)

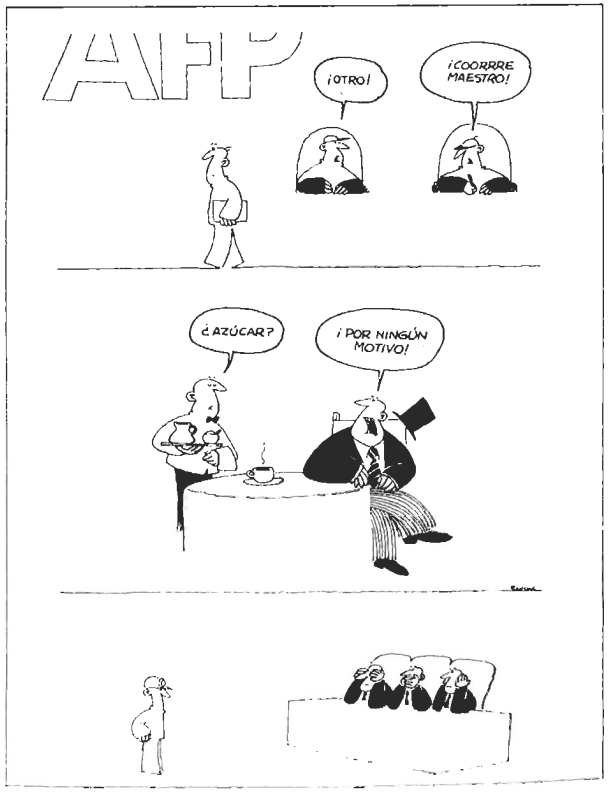
Die Arbeiter fordern 1o%(nach anderen Angaben:12%) Lohnerhöhung und die Festschreibung von in früheren Arbeitskämpfen durchgesetzten Vergünstigungen wie Schichtzulage, bezahlte freie Tage, Beteiligung von Gewerkschaftern an Planungskommissionen etc. Demgegenüber bietet das Unternehmen 2%(zwei!) o h n e die Übernahme der Vergünstigungen oder, so ein späteres Angebot, keinerlei Lohnerhöhung, dafür Festschreiben der Vergünstigungen.
Die Unternehmensleitung ist von ihrer starren Verhandlungsposition in den bisherigen Streikwochen nicht abgerückt(wobei sie selbst keinerlei Entscheidungsfreiheit hat, sondern an die Auflagen des Finanzministers gebunden ist). Die chilenischen Gewerkschafter haben dabei den Eindruck, daß das Unternehmen an einer raschen Regelung überhaupt nicht interessiert sei, sondern angesichts des gegenwärtig niedrigen Kupferpreises auf dem Weltmarkt lieber Vorräte abbaue(täglicher Produktionsausfall ca 730 t; 1,2 Mill.Dollar).
Und gelänge es dem Unternehmen, den Streik auf 60 Tage hinzuziehen, so hätte es auf der Grundlage der bestehenden Gesetze möglicherweise gleich mehrere Probleme gelöst:
1. Nach dem berüchtigten "Plan laboral" darf ein Streik 60 Tage nicht überschreiten: kommt es bis dahin zu keiner Einigung, müssen die Arbeiter das letzte Angebot des Unternehmens akzeptieren,oder sie sind automatisch entlassen. CODELCO behauptet, 3.000 Arbeiter seien überflüssig(Gesamtbelegschaft: ca. 10.000).Gestützt auf dieses Gesetz könnte CODELCO beides durchbringen:minimale Lohnerhöhung bei gleichzeitiger Massenentlassung.Wenn die Arbeiter das schlucken müßten, wäre das auch der Bankrott dessen, was heute noch an Gewerkschaftsbewegung in Chile existieren kann.

Im Hinblick auf ihre Verhandlungsgrundlagesind die Gewerkschaften in El Teniente über alle legalen Einschränkungen hinaus in einer problematischen Lage:Ihr oberster Vertreter Guillermo Medina sitzt seit Jahren als Vertrauensmann Pinochets in dessen Staatsrat.Das hatte im letzten Jahr dazu geführt(als die ökonomischen Voraussetzungen für den Lohnkampf angesichts höherer Kupferpreise nicht ganz so ungünstig waren), daß die Gewerkschaft Caletones es vorzog, getrennt zu verhandeln, um nicht mit dem gelben Medina an der Seite verhandeln zu müssen.(Neuwahlen und damit eine Abwahl Medinas haben sich nicht durchsetzen lassen.)

Die unnachgiebige Position des Unternehmens hat diesmal dazu geführt, daß die Gewerkschaften gemeinsam verhandeln wollen.Was aber mit Medina tun, der am 1. Mai natürlich nicht mit den Arbeitern demonstrierte(was verboten war), noch mit ihnen an einer Veranstaltung teilnahm, sondern wiederum zu Pinochets geladenen Gästen gehörte, um den Tag der Nationalen(!)Arbeit zu feiern.
In einer Streikversammlung wurde Medina durch minutenlange Sprechchöre aufgefordert, auf seinen Sitz im Staatsrat zu verzichten.
Er brauchte noch Minuten, ehe er sich zu einer Antwort durchrang: Er wolle dem Präsidenten seinen Rücktritt anbieten...Auf Drängen der Arbeiter stellte er sich aber an die Spitze eines Protestzuges, den ca. 5 000Arbeiter durch die Straßen Rancaguasdurchführten.Die massenhaft aufgezogene Polizei hielt sich(nach unseren unvollständigen Informationen)"relativ"zurück:14 Personen wurden festgenommen.
Viel Vertrauen in die Kampfentschlossenheit unter Medina darf man aber wohl nicht setzen.
Völlig offen ist dagegen die Frage, wievielGewicht jene Gewerkschafter haben, die erklären, der Streik beginne am 60. Tag. Denn damit wäre das von der Diktatur aufgezwungene Modell der Konfliktlösung durchbrochen,der Arbeitskonflikt schlüge um in einen politischen Konflikt.

Wir wagen keine Prognose, können hier nur die Alternative zeigen: Wenn die Regierung über CODELCO nicht noch ein akzeptables Angebot macht - nach wochenlang stagnierenden Verhandlungen, wenn also auf dem Verhandlungswege nichts läuft, dann in der Tat bleibt nur: zu Kreuze kriechen oder die Hürde der von der Diktatur erlassenen Gesetze zu überspringen.
Was die Einschätzung zusätzlich kompliziert: Inzwischen wurden die Verhandlungen mit den Kupferbergarbeitern von Chuquicamata aufgenommen (mit ca.11 000 Arbeitern die größte Mine des Landes), die aber k e i n Streikrecht haben. Die Ergebnisse der einen Verhandlungsrunde setzen natürlich auch den Rahmen für die andere. Auch diese 5 Gewerkschaftsverbände verhandeln - ebenfalls im Gegensatz zum letzten Jahr- gemeinsam: ihre Forderung: 15%.

Bis Redaktionsschluß ist der Konflikt formal noch nicht entschieden; die Tendenz läßt sich aber nach den letzten Informationen ablesen. Hatten bei der Urabstimmung 97% für den Streik gestimmt, so ergab eine geheime Abstimmung nach 33 Streiktagen am 26. Mai eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen für die Beendigung des Streiks: an der erforderlichen absoluten Mehrheit(d.h. aller Stimmberechtigten :8.014) fehlten 48 Stimmen.
Allerdings bleibt auch dort, wo in Einzelgewerkschaften sich eine Mehrheit für die Beendigung des Streiks aussprach, die gewerkschaftliche Disziplin gewahrt: diese Arbeiter werden nicht vorzeitig aus der gemeinsamen Streikfront ausbrechen.



Chilenische Karikatur zum Bergarbeiterstreik

Laura Allende starb im Exil

Am 23. Mai 1931 hat sich die chilenische Sozialistin Laura Allende in Havanna das Leben genommen. Seit Jahren hatte sie darum gekämpft, in ihrer Heimat, wenn schon nicht leben, so doch wenigstens sterben zu können. Die chilenischen Militärs hatten kein Erbarmen.

"Die Linke der ganzen Welt trauert, sie hat eins ihrer Symbole verloren." Mit diesem Satz hat Francois Mitterrand, der neue französiche Präsident, den Tod von Laura Allende kommentiert. Für die meisten Nachrichten-Agenturen war sie vor allem die Schwester des Präsidenten Salvador Allende und die Mutter des Führers der Linksrevolutionären Bewegung MIR, Andrés Pascal Allende. Reicht das, um ein Symbol für die Linke der ganzen Welt zu sein?

Laura Allende war viel mehr. Sie war eine Politikerin aus eigener Kraft und in aller Welt bekannt wegen ihres eigenen Kampfes für soziale Gerechtigkeit, gegen den Imperialismus und gegen die Militärdiktatur.

Sie war Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei Chiles und war seit 1965 dreimal mit sehr hohen Stimmenzahlen ins chilenische Abgeordnetenhaus gewählt worden. Dieses hohe Ansehen erwarb sie sich nicht durch Beziehungen oder durch die Besetzung einer für Frauen reservierten Stelle, sondern durch einen unermüdlichen Einsatz für die chilenischen Arbeiter und vor allem für die Bewohner der städtischen Elendsquartiere. Ihnen näherte sie sich nicht als sozial gesinnte Dame der feinen Gesellschaft, sondern als kämpferische Genossin, die selbst unzählige Male dabei war, wenn Grundstücke besetzt werden mußten, um ein Minimum an Wohnraum zu sichern.

Nach dem Militärputsch von 1973 wurde sie zunächst unter Hausarrest gestellt, [illegible] in ein Konzentrationslager gebracht und schließlich ins Ausland abgeschoben. Schon in dieser Zeit litt sie an Krebs. Die ganzen letzten Jahre hat sie in den Dienst des Kampfes gegen die Militärdiktatur in ihrem Land gestellt. Vor drei Jahren beantragte sie, nach Chile zurückkehren zu können. Sie war bereit, sich den Militärgerichten zu stellen und im Gefängnis zu sterben. Sogar dieses in der UNO-Charta verbriefte Menschenrecht wurde ihr verweigert. Ihr letzter Gruß galt den Bewohnern der Elendsviertel, den Arbeitern und den Kindern Chiles.
Die Linke der ganzen Welt [illegible] Allende.

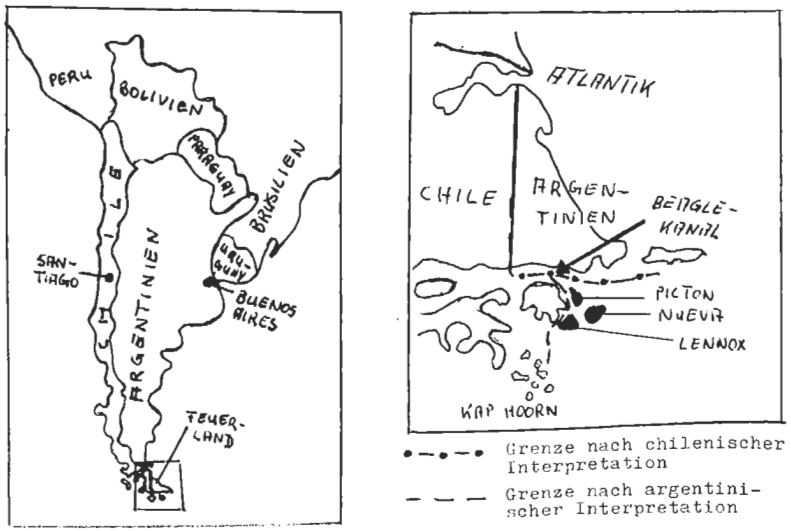
ARGENTINIEN

Grenzkonflikt, Demonstration und neue Wirtschaftmaßnahmen

ARGENTINIEN, ENDE APRIL, ANFANG MAI: Im Grenzkonflikt mit Chile kommt es nach der Verhaftung von zwei unter Spionageverdacht stehenden argentinischen Offizieren zu einer Eskalation, die von den "Falken" in der argentinischen Armee provoziert wird.
Gleichzeitig demonstrieren auf der Plaza de Mayo in Buenos trotz Verbots etwa 3 000 Menschen für die Rückkehr der Verschwundenen. Wirtschaftsminister Sigaut verkündet seine ersten Wirtschaftsmaßnahmen, in denen er teilweise auf die Forderungen der nationalen Unternehmer eingeht, die argentinische Industrie gegen billige Importe besser zu schützen. Die Gewerkschaften forden anläßlich des ersten Mai Lohnerhöhungen, eine Wirtschaftspolitik zum Schutz der nationalen Industrie und eine schnelle Rückkehr zur Demokratie.

Säbelrasseln am Beagle-Kanal

Ende April sorgte ein fast vergessener Grenzkonflikt in der internationalen Presse plötzlich wieder für Schlagzeilen: Argentinien rasselte heftig mit dem Säbel, um Chile deutlich klarzumachen, daß es nicht gewillt ist, auf die umstrittenen Inseln im Beagle-kanal zu verzichten.



•—•—• Grenze nach chilenischer Interpretation

— — — Grenze nach argentinischer Interpretation

Diese drei kleinen, von einer Handvoll Menschen bewohnten Inseln sind von strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Ihr Besitz bestimmt darüber, wer im Atlantik Anspruch auf die 200-Meilenzone vor Feuerland hat, in der auf dem Festlandschelf große Erdölvorkommen vermutet werden. Die Inseln, auf die Chile einen historischen Anspruch hat, gehören derzeit zum argentinischen Territorium. Nachdem es Ende 1978 beinahe zu einem Krieg zwischen den beiden Diktaturen gekommen wäre, einigten sich die katholischen Militärherrscher darauf, den Papst um eine Vermittlung in dem Konflikt zu bitten (vgl. LN 65 und LN 67). Der Heilige Stuhl und seine drei betroffenen Inhaber brauchte zwei Jahre, um Ende Dezember 1980 dann zu folgender Entscheidung zu kommen: Chile soll die drei Inseln zurückerhalten, aber gleichzeitig soll die argentinische These bestätigt werden, daß der Pazifik zu Chile und der Atlantik zu Argentinien gehört. Dieser salomonische Spruch löst aber noch nicht das Problem, ob dann Chile oder Argentinien die wirtschaftlichen Vorteile im Atlantik hat. Chile war zufrieden und nahm den Spruch an, Argentinien lehnte nach drei Monaten Bedenkzeit ab.

Seit 1978 war es immer wieder zu kleinen Grenzzwischenfällen gekommen, wobei z.B. die Argentinier chilenische und die Chilenen argentinische Offiziere unter Spionageverdacht verhafteten. Als aber Chile Ende April dieses Jahres erneut zwei argentinische Offiziere verhaftete, weil sie angeblich wichtige strategische Brücken fotografiert hatten, schloß Argentinien die Grenze zu Chile und zog Truppen im Grenzgebiet zusammen.

Diese Aktionen wurden zunächst allein vom Chef des argentinischen Heeres, General Leopoldo Galtieri, angeordnet und erst nachträglich vom zuständigen "comando militar" (bestehend aus den Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte und dem Präsidenten) gebilligt.

Hinter dieser Eskalation des Konflikts stecken tiefgreifende Differenzen innerhalb der argentinischen Streitkräfte. Während der nationalistische General Guglialmelli und General Leal, der Argentiniens erste Südpolexpedition angeführt hat, sich ebenso wie die Bischöfe Argentiniens und Chiles für weitere Verhandlungen und eine friedliche Lösung des Beagle-Konflikts aussprachen, machten die "Falken" innerhalb der Streitkräfte gegen den Papstspruch mobil: General Buasso, früher ein enger Mitarbeiter des EX-Diktators Onganía, nannte die Außenpolitik Chiles eine "permanente Aggression", die "mit verachtenswerten Motiven von allen Regierungen Chiles - seien sie zivil, militärisch, autokratisch, marxistisch oder demokratisch - durchgeführt wird."(El Día 21.4.1981) Und General Menéndez, der trotz seiner gescheiterten Militärrebellion in Córdoba im Spätsommer 1979 (vgl. LN 75) immer noch Einfluß in der Militärhierarchie hat, erklärte, man könne das chilenische Volk "nicht mit Argumenten überzeugen, sondern man muß es mit klaren und nicht veränderbaren Tatsachen konfrontieren." (El Día 21.4.1981) Nach diesen Proklamationen wurden Leal und Menéndez vorübergehend festgenommen, und Guglialmelli wurde Schweigen befohlen.

General Leopoldo Galtieri hat bereits kurz vor dem Beagle-Streit entscheidend in die Politik eingegriffen. Viola versucht sich als Präsiedent das Image eines dialogbereiten Politikers zu geben, der versucht, mit den verbotenen politischen Parteien zu einem Gespräch zu kommen, um so die Legitimationsbasis des Regimes zu erweitern. Dabei machte er auch Schritte in Richtung eines Gesprächs mit den Peronisten: angeblich signalisierte er den peronistischen Führern eine mögliche Begnadigung der Expräsidentin Isabel Perón, was aber sofort zu einem Veto der Militärführung führte. In einer öffentlichen Rede warnte Galtieri den Präsidenten weiter davor, sich von der Armee zu distanzieren und der rechte General Nicolaides, Chef des mächtigen

dritten Armeecorps in Córdoba, unterstützte ihn mit den Worten: "Die Militärjunta hält sowohl die militärische wie die politische Macht in ihren Händen." Dies ist eine klare Warnung an Viola, sich bei seinem Versuch, zu einer Verständigung mit zivilen Politkern zu kommen, nicht zu weit von dem prekären Konsens der Streitkräfte zu entfernen. Die Führer der argentinischen Parteien müssen sich darauf einstellen, daß bei allen Verhandlungen um eine Wiederzulassung ihrer politischen Aktivitäten die Streitkräfte das letzte Wort für sich beanspruchen. Und in diesen Streitkräften verfügen die Rechten über einen nicht geringen Einfluß.

Demonstration der Madres der Plaza de Mayo

Am 30. April versammelten sich auf einen Aufruf der Madres de Plaza de Mayo hin ungefähr 3 000 Angehörige von Gefangenen und Verschwundenen auf dem Platz vor dem Regierungspalast in Buenos Aires. Die Vorsitzende der Madres P. de Bonafini rief "alle Männer und Frauen des Vaterlandes" dazu auf, "sich an diesem friedlichen Schweigemarsch zu beteiligen, da am 30. April der schmerzliche vierte Jahrestag der ersten Demonstration auf der Plaza de Mayo ist." In einer Pressekonferenz und auf der Demonstration forderten die Madres die Rückkehr der verschwundenen Gefangenen. An der Demonstration nahmen auch Friedensnobelpreisträger Perez Esquivel und Liesbeth den Uyl, die Vorsitzende des holländischen Komitees zur Unterstützung der Madres de Plaza de Mayo (SAM) teil.

Die Polizei hatte die Demonstration unter Berufung auf das Gesetz über die nationale Sicherheit verboten. Sie begründete das Verbot damit, daß den Bürgern von Buenos Aires keine Ungelegenheiten bereitet werden dürften. Dagegen protestierten die Menschenrechtskommissionen. Die Ständige Menschenrechtskommission fragte in ihrem Prokommuniqué, wie denn eine friedliche Versammlung eine öffentliche Gefahr darstellen könne und fuhr fort: "Die wirkliche Gefährdung ist das anhaltende Schweigen über den Aufenthaltsort und die Situation der verschwundenen Gefangenen, das unserem Land soviel Leid zufügt."

Die zynische Haltung des Regimes gegenüber den Forderungen der Angehörigen der Verschwundenen zeigt folgender Zwischenfall: am 2. April hatte eine Delegation der Madres eine Audienz bei Präsident General Viola, bei der sie erneut die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen forderten. Man erklärte ihnen, ihre Forderungen würden geprüft, sie sollten in 15 Tagen wiederkommen. Als die Delegation dann wieder in den Präsidentenpalast kam, sagte ein Beamter, das Papier mit den Forderungen der Mütter sei in der Zwischenzeit verlorengegangen.

Neue Wirtschaftsmaßnahmen zugunsten der Unternehmer

Seit dem Amtsantritt der neuen Regierung Ende März hat der neue Wirtschaftsminister Sigaut in verschiedenen Erklärungen die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung Viola bekannt gegeben. Trotz verbaler Attacken gegen seinen Amtsvorgänger Martínez de Hoz ändern sich die grundlegenden Prinzipien der argentinischen Wirtschaftspolitik nicht. Sigauts"Programm der Anpassung" der Wirtschaft will auch weiterhin die Integration der argentinischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft "aber mit dem Versuch, die von liberalen Prinzipien abweichenden Praktiken zu neutralisieren".(FAZ 10.5.81)

Die erste Maßnahme wurde offensichtlich unter dem Druck der Proteste der Unternehmer getroffen, die von der Wirtschaftspolitik von Martinez de Hoz in den Ruin getrieben wurden. Die Zollsenkungen und die Überbewertung des Peso verbilligten die Importe so sehr, daß die nationalen Unternehmer kaum noch konkurrieren konnten.

Mit der Abwertung des Peso in zwei Schüben - zuerst 30% und Anfang Mai noch einmal 25% - wird diese Überbewertung abgebaut. Dadurch werden die Importgüter wieder teurer, was einen gewissen Schutz für die nationale Industrie darstellt. Diese Maßnahme wird aber dadurch relativiert, daß gleichzeitig die Zölle auf einige Produkte weiter gesenkt wurden. Auch den Forderungen der Landwirtschaft kam die Abwertung entgegen, da die Überbewertung des Peso den Export der Landwirtschaftsprodukte durch die dadurch geförderten hohen Preise erschwert hatte. Zusätzlich zu dieser Maßnahme soll den notleidenden Unternehmen dadurch geholfen werden, daß die Regierung ein Kreditprogramm in Höhe von 4 Mrd. Dollar verabschiedete. Diese Kredite sollen dazu dienen, den Firmen Umschuldungen zu ermöglichen, die infolge der extrem hohen Zinsen ihre alten Kredite nicht mehr zurückzahlen können und deshalb vor dem Bankrott stehen. Allerdings kritisierten die Verbände der nationalen Industrie und der Landwirtschaft sofort nach Bekanntgabe der Maßnahmen, sie seien halbherzig und bei weitem nicht ausreichend, um die Krise wirklich zu überwinden.

Das chronische Defizit im Staatshaushalt will Sigaut durch weitere Einsparungen vermindern. Dazu kündigte er als zentrale Maßnahme eine "massive Verminderung der im Staatsdienst Beschäftigten" an (FAZ, 10.5.81). Die Tarife der öffentlichen Dienste sollen in Zukunft monatlich um 5% steigen. Diese Anpassungsrate liegt zwar unter der derzeitigen monatlichen Inflationsrate (April: 7,9%), aber über der offiziellen Rate der monatlichen Anpassung der Löhne an die Inflation (4%).

Das Wirtschaftsprogramm von Sigaut ist also nur insofern neu, als den Forderungen der nationalen Industrie in einigen Punkten nachgegeben wurde. Dagegen wird dieses Programm sicher nicht dazu beitragen, die materielle Lage der Lohnabhängigen zu verbessern.

Erklärungen der Gewerkschaften und des Arbeitsministers zum 1. Mai

Diesen Punkt griff in ihrer Erklärung zum ersten Mai auch die CGT auf, die Lohnerhöhungen forderte, die zumindest die Inflation voll ausgleichen.Sie verwahrte sich aber dagegen, daß die Wirtschaft Argentiniens auf dem Rücken der Arbeiter saniert werde. "Die Wiederherstellung der Demokratie ist die einzige Möglichkeit, die gegenwärtige Krise zu überwinden."

Auszüge aus der Erklärung des illegalen Gewerkschaftsdachverbandes CGT zum 1. Mai:

"Das ganze Volk Argentiniens leidet heute unter der Einschränkung seiner politischen Rechte, wodurch es von der Festlegung des Schicksals der Nation ausgeschlossen wird. Die politischen Parteien, die in diesem Prozeß unverzichtbar sind, haben trotz der verschiedenen Versprechungen noch kein Statut, das ihre politische Aktivität regelt. Stattdessen herrscht immer noch eine repressive Gesetzgebung, die jede politische Aktivität verbietet.

Auf wirtschaftlichem Gebiet leidet die große Mehrheit der Bevölkerung unter den Folgen einer irrationalen und willkürlichen Politik, die alle produktiven Anstrengungen schwächt und nur die Spekulation fördert. Ziel dieser Politik ist es, eine "zerstörte Landschaft" zu hinterlassen, die ein Paradies für die multinationalen Konzerne ist. Diese Konzerne haben ihre eigenen Kriterien dafür, welche Rolle eine Region im Weltsystem spielen soll, das von ihnen festgelegt wird.

Wir erwarteten voller Spannung die Ankündigung der Maßnahmen des neuen Wirtschaftsministers, um zu sehen, in welchen Punkten sie die gegenwärtige Situation ändern würden.

(...) Wir wiederholen an dieser Stelle unsere traditionelle Position, daß wir all die Maßnahmen unterstützen, die das Ziel verfolgen, die nationalen Interessen zu verteidigen. Wir unterstützen auch alle Maßnahmen, die dazu dienen, den produktiven Apparat zu reaktivieren und den allzu billigen Verkauf unserer Produkte zu unterbinden. Aber wir sagen ganz deutlich, daß wir kein Argument akzeptieren werden, das rechtfertigen soll, daß das ganze Wirtschaftssystem von den Arbeitern durch ihre Löhne und Gehälter, die bewußt niedrig gehalten werden, wieder in Gang gebracht wird." (Clarín, 28.4.1981)

Aus Anlaß des 1. Mai zog die Verbindungskommission der beiden anderen Gewerkschaftsgruppierungen, die sogenannte Intersectorial, eine Bilanz der Folgen der Wirtschaftspolitik der letzten 5 Jahre für die Arbeiter: insgesamt 2 Millionen Arbeiter waren von Arbeitslosigkeit betroffen oder mußten sich nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes durch unproduktive Tätigkeiten (wie Kleinstraßenhandel u.ä.) über Wasser halten.

Auch Arbeitsminister Juan Cesar Porcile benutzte den 1. Mai zu einigen Erklärungen. Den Lohnforderungen der CGT versprach er eine wohlwollende Prüfung, betonte aber gleichzeitig, die Arbeiter müßten sich derartige Lohnerhöhungen durch besondere Loyalität und erhöhte Arbeitsproduktivität verdienen.

Erstmals erkannte der Arbeitsminister die wichtige Rolle des Peronismus in der argentinischen Arbeiterbewegung an und deutete seine Bereitschaft an, auch mit dieser Strömung zu verhandeln: "Der Justizialismus (so heißt die peronistische Ideologie im offiziellen Sprachgebrauch der Partei, Anm. d. Red.) ist eine nationale Doktrin, und deshalb betrachte ich ihn nicht als negativ für die Normalisierung des gewerkschaftlichen Lebens." (Clarín, 29./30.4.81)

Außerdem kündigte er die Überprüfung des repressiven Gewerkschaftsgesetzes an, das eine nationale Dachgewerkschaft verbietet und die gewerkschaftlichen Rechte erheblich einschränkt. (vgl. LN 76 und LN 78). Unter Umständen sollen die Passagen geändert werden, die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) besonders beanstandet wurden.

CLODOMIRO **by sendra**

ARGENTINIEN — PERU

Atomare Zusammenarbeit

Eines der wichtigsten Gebiete der Zusammenarbeit zwischen Argentinien und Peru ist die Atomenergie. Am Ende eines Besuchs in Peru kündigte der Chef der Argentinischen Atomenergiekommission (CNEA), Admiral Castro Madero, an, daß Peru von Argentinien einen Kredit von 20 Mio US-Dollar erhalten soll. Der Kredit ist für das Peruanische Institut für Atomenergie bestimmt.

Damit hat Argentinien insgesamt Kredite in Höhe von 30 Mio Dollar für das peruanische Atomenergieprogramm zur Verfügung gestellt (und das in einer Situation, wo Argentinien selbst 30 Mrd Dollar Auslandsschulden hat!). Hinzu kommen die Hilfen, die Argentinien durch Training der Atomspezialisten und den Transfer von atomarem know-how gibt.Der erste wassergekühlte Reaktor in Peru, der mit angereichertem Uran betrieben wird, wurde 1978 mit argentinischer Hilfe installiert.

Im kommenden Jahr soll als Kooperationsprojekt ein weiterer, größerer Reaktor in Huarangal in der Nähe von Lima gebaut werden. Dabei ist die Wahl der Reaktortechnologie noch offen: wenn der Reaktor mit angereichertem Uran betrieben wird, so müßte dies aus den USA importiert werden; die Alternative ist ein Natururanreaktor, wie er derzeit von der KWU in Argentinien gebaut wird (Atucha II).

Durch die Natururantechnologie will Argentinien von Importen von angereichertem Uran aus den USA unabhängig werden, die - da Argentinien weder den Atomwaffensperrvertrag noch den regionalen Nichtverbreitungsvertrag von Tlatelolco ratifiziert hat - die Exporte von angereichertem Uran nach Argentinien gestoppt haben. Bei der Verwendung von Natururan ist Argentinien von den USA unabhängig.

Peru hat den Tlatelolco-Vertrag unterzeichnet und kann somit von den USA angereichertes Uran beziehen. Aber die perunaischen Militärs legen Wert auf die Entwicklung der Natururantechnologie, um damit auf dem Gebiet der Atomenergie von den USA unabhängig zu werden. In der Öffentlichkeit beteuern sie natürlich, daß sie trotzdem keinerlei Interesse an der Entwicklung der Atombombe haben.

Peru will langfristig sein Atomprogramm dadurch bezahlen, daß es Uran exportiert. Die Gesetzgebung für die Exploration und Ausbeutung der Uranerzvorkommen garantiert multinationalen Konzernen freie Verfügung über die Profite und Sicherheit vor Nationalisierung.

Quelle: Latin America Weekly Report, 18.5.1981

BOLIVIEN

Das Militär sucht einen Ausweg

Die bolivianischen Militärs versuchen um jeden Preis, die Macht zu behalten, aber gleichzeitig nach außen hin Zugeständnisse zu machen. Die Junta um García Meza ist am Ende, sie hat es nicht geschafft, auch mit drastischen Maßnahmen gegen das Volk die Wirtschaftskrise auch nur ansatzweise in den Griff zu bekommen. Zur wirtschaftlichen kommt die Krise im Militär hinzu. Die Uneinigkeit in den Streitkräften wurde während der Herrschaft von García Meza besonders offenkundig. Dies veranlaßte die Streitkräfte, in einer mehrtägigen Klausurtagung sich über den weiteren Machterhalt zu verständigen.

García Meza am Ende

Die beiden neuerlichen Putschversuche in Mai unter Anführung von Oberstleutnant Lanza sind zwar ebenso gescheitert wie vorangegangene, aber García Meza konnte sich nur scheinbar an der Macht halten. Durch die Putschversuche von Lanza, bei denen auch die Exdiktatoren Banzer und Natusch beteiligt gewesen sein sollen, wurden der Machtverfall García Mezas und die Opposition im Militär gegen ihn deutlich. Schon seit der Kabinettsumbildung, die er im Februar vornehmen mußte, war klar, daß García Meza die angestrebte Amtsdauer wie sein Vorbild Pinochet nicht erreichen wird. Er hatte nicht nur Arze Gomez aufgeben müssen, dessen paramilitäre Terrorgruppen eine wichtige Stütze seiner Diktatur waren, sondern weiter an Unterstützung in den Streitkräften verloren.

Geschlossen stand das Militär ohnehin nie hinter ihm, jedoch spielt eine wichtige Rolle, daß die Offiziere ihm nach dem Putsch zunächst eine Bewährungszeit einräumten, um zumindest nach außen die Einheit der Streitkräfte zu demonstrieren. Viele Gruppen im Militär waren sich zwar bald darin einig, daß García Meza ersetzt werden müsse, es war jedoch schwierig, sich auf einen Nachfolger zu einigen. Es zeichnete sich ab, daß Banzer wie auch Natusch sich als Alternative aufbauten, jedoch nicht selbst putschen wollten.

García Meza ist es zwar gelungen, etwa ein Jahr an der Macht zu bleiben, aber wegen der vollen Konzentrierung auf seine Machtsicherung konnte er kaum regieren, allenfalls verwalten. Er hat weder die groß angekündigten Strukturveränderungen eingeleitet, noch die Wirtschaftskrise auch nur ansatzweise in den Griff bekommen. Deshalb konnte er auch nicht mit der Unterstützung aus Wirtschaftskreisen rechnen. Sogar die Besitzer mittlerer Bergwerksbetriebe, die zunächst Hoffnungen in die neue Diktatur gesetzt hatten, sehen sich durch die Wirtschaftsmaßnahmen vom Januar stark beeinträchtigt.

Die Kokain-Mafia, an der viele Militärs, vor allem Vertreter der Junta, beteiligt sind, konnte sich über die direkte Machtausübung nie richtig freuen. Der Putsch vom Juli 80 sollte u.a. die Interessen der Drogen-Klique sichern und dafür sorgen, daß sie unbehelligt ihren einträglichen illegalen Geschäften nachgehen kann. Stattdessen ist durch den Putsch das Problem des Drogen-Schmuggels und die Verwicklung des bolivianischen Militärs international erst richtig bekannt geworden.

Zwar ließen sich die Beteiligten an der bolivianischen Kokainproduktion dadurch nicht daran hindern, weiterhin Kokain zu produzieren und den Finanzbedarf, auch der leeren Staatskasse, durch den Schmuggel zu decken, aber die Isolierung der Junta konnte ihnen auf Dauer nicht gleichgültig sein. Die Anerkennung und die direkte Unterstützung durch die USA wird von einer deutlichen Einschränkung des Drogen-Schmuggels abhängig gemacht. Diese konsequente Haltung gegenüber der rechten Diktatur in Bolivien verfolgt auch Reagan weiter, auf den die Junta so große Hoffnungen gesetzt hatte. Der Internationale Währungsfonds macht gar Kreditzusagen von Erfolgen in der Drogenbekämpfung abhängig.

Neue Regierung gesucht

Es versteht sich, daß das Militär einerseits und die Kokain-Mafia andererseits kein Interesse haben an der Fortführung dieser Regierung. Nach den Putschversuchen einzelner Gruppen oder Allianzen hat das Militär den Versuch unternommen, gemeinsam über einen Ausweg zu diskutieren. Trotz aller Differenzen in den Streitkräften würde eine solche Lösung, anders als ein Putsch, alle Fraktionen im Militär stärker zum Stillhalten verpflichten.

In mehrtägigen Beratungen sollen die Weichen gestellt werden für die personelle Besetzung der Regierungsposten und für das weitere politische Vorgehen. Es geht darum, das Gesicht zu wahren und an der Macht zu bleiben, aber nach außen einige Zugeständisse und Veränderungen zu präsentieren. Dazu müssen natürlich auch Figuren ausgewechselt werden.

Allerdings sind die Probleme nicht so einfach zu lösen, wie es sich aus den Meldungen zusammenreimen ließe. Die Widersprüche und Differenzen im Militär sind nicht durch eine Klausurtagung zu lösen. Es bleibt abzuwarten, welche Formel für einen Kompromiß gefunden wird und wie dauerhaft dieser sein kann. Vieles hängt davon ab, wie die Vertreter aus den 3 großen Kokain-Gruppen "abgefunden" werden und wieweit sich die Konstitutionalisten durchzusetzen vermögen, wobei die Größe dieser Gruppe und ihre politische Bedeutung sowohl innerhalb des Militärs als auch gesamtgesellschaftlich nicht überschätzt werden darf. Zunächst wollen die Militärs die von ihnen verursachte und in ihren Reihen entstandene Krise überwinden, den zum Rücktritt gedrängten García Meza ersetzen und die Risse im Militär übertünchen.

Die neuen Namen, die genannt werden, haben sich bisher die Hände noch nicht erkennbar beschmutzt. Humberto Cayoja Riart war bereits unter Padilla Minister, ebenso Gary Prado, der zu den Konstitutionalisten gerechnet wird und sogar unter García Meza einen Kommandeursposten erhielt - möglicherweise ein Versuch, der Junta auch diese Fraktion im Militär mit einzubeziehen. Aber auch Banzer hat weiterhin ein gewichtiges Wort mitzureden.

Der Vizepräsidentschaftskandidat der bei den Wahlen 1980 siegreichen UDP, Paz Samora, hat bereits angekündigt, daß er die Möglichkeit sehe, in einer Übergangsregierung mit gemäßigteren Militärs zusammenzuarbeiten.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Gruppe, die den blutigen Putsch im Juli 1980 anführte, am Ende ist, bleiben eine Menge von Fragen offen, auch wenn zunächst eine Übergangslösung gefunden ist und diese von einigen begrüßt wird. Neben dem Ausgleich des Kräfteverhältnisses im Militär ist die Frage von zentraler Bedeutung, was aus dem Kompromiß für die Kräfte folgt, die bisher in der Opposition waren und im Untergrund arbeiten mußten. Dies kann erst untersucht werden, wenn genauere Einzelheiten über den ausgehandelten politischen Fahrplan vorliegen.

Quellen:
Latin American Newsletters, dpa, Bolivia Semanal, Eigeninformationen

Putschtrio: v.l.n.r. General H. Banzer S. (21.8.71), General J. Pereda A. (21.7.78), General A. Natusch B. (1.11.79)

Wird einer von ihnen Boliviens "neuer" Präsident ?

GUAYANA

Grenzkonflikt mit Venezuela

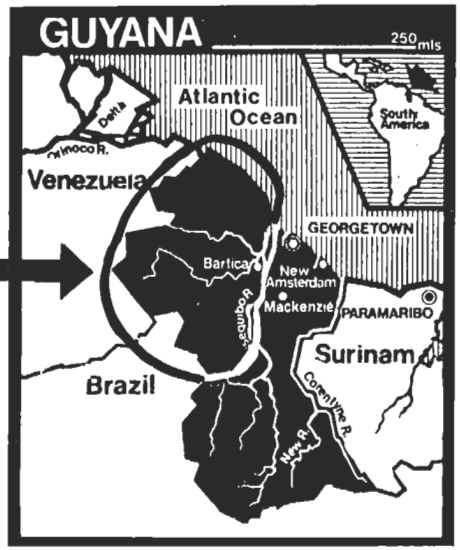
Durch die offiziell von der venezolanischen Regierung erhobenen Gebietsansprüche gegenüber Guyana, die sich auf ca. 2/3 des guyanischen Staatsgebietes beziehen, ist wieder ein Grenzkonflikt in Lateinamerika akut geworden. Einen Tag nach dem Ende eines Staatsbesuchs des guyanischen Präsidenten Forbes Burnham Anfang April in Venezuela kündigte die christdemokratische Regierung unter Präsident Herrera Campins das Protokoll von Port of Spain, mit dem beide Staaten das territoriale Problem 1970 vertagt hatten.

Der Konflikt um die 159 000 km^2 große Essequibo-Region (die Gesamtfläche Guyanas beträgt 214 000 km^2) hat eine lange Geschichte. Bereits 1897 suchte die venezolanische Regierung bei den USA um Unterstützung nach, um Gebietsansprüche gegen die damals britische Kolonie Guyana geltend zu machen. Unter dem Druck der USA mußte sich die britische Regierung 1899 einem internationalen Schiedsspruch beugen, durch den einige nordwestliche Gebiete Britisch-Guyanas an Venezuela fielen und eine Grenzziehung vereinbart wurde, die dem heutigen Grenzverlauf entspricht.

1962 warf die venezolanische Regierung die Grenzfrage vor den Vereinten Nationen erneut auf und bekräftigte weitere Gebietsansprüche gegenüber Britisch-Guyana. 1966 einigten sich Venezuela und Großbritannien kurz vor der Unabhängigkeit Guyanas im Abkommen von Genf auf die Einsetzung einer gemischten Kommission, die entsprechend der UN-Charta eine friedliche Lösung des Problems suchen sollte. Im Protokoll von Port of Spain erfuhr das Problem 1970 durch eine weitere Übereinkunft zwischen Venezuela und dem inzwischen unabhängigen Guyana einen erneuten zwölfjährigen Aufschub.

In jüngster Zeit wurde die Frage der Essequibo-Region in der venezolanischen Presse wieder aufgeworfen und es gab deutliche Hinweise, in welcher Richtung die Politik Venezuelas sich in dieser Frage entwickeln würde. So ist auf Karten Venezuelas, die einige offizielle Flaggen, die neuen Polizeiwappen oder etwa die Scheckbücher einer großen Bank in Caracas schmücken, die Essequibo-Region bereits als venezolanische Provinz eingezeichnet. Offiziell wurde der Konflikt mit der Einladung, die Präsident Herrera Campins dem guyanischen Präsidenten Burnham zukommen ließ und der dieser am 2. April Folge leistete. Nach zunächst optimistischer Einschätzung des Problems zeigte sich Forbes Burnham nach seiner Rückkehr in einer Rede vor einer Versammlung seiner Partei, des People's National Congress (PNC), verwundert, daß Venezuela das gemeinsame Protokoll von 1970 nur 24 Stunden nach Abschluß seines Besuchs kündigte.

Über die Gründe, warum Venezuela den Interessengegensatz zum gegenwärtigen Zeitpunkt derart forciert, kann man zunächst nur spekulieren. Aus lateinamerikanischen Berichten ist zu entnehmen, daß diese Politik Venezuelas vor dem Hintergrund der sich immer stärker abzeichnenden guyanisch-brasilianischen Annäherung gesehen werden muß.



Die umstrittene Region

Die venezolanische Regierung betrachtet argwöhnisch jede Erweiterung des brasilianischen Einflusses an ihrer Südgrenze. Bereits heute ist die brasilianische Regierung in der umstrittenen und relativ unerschlossenen Region an einem Straßenbauprojekt sowie am Bau des Mazaruni-Staudamms beteiligt, mit dessen Wasserkraft Guyana in Zukunft seine Abhängigkeit von Erdölimporten eindämmen möchte,und der bereits mit einem 133 Mio Dollar-Kredit des Internationalen Währungsfonds gefördert wurde. Eine Vertiefung dieser Beziehungen erwartete die guyanische Regierung vom Besuch einer brasilianischen Delegation, die weitere Möglichkeiten der technisch-finanziellen Zusammenarbeit im Bereich des Straßen- und Brückenbaus prüfen will. Indem die venezolanische Regierung nun erneut die Frage nach der territorialen Integrität Guyanas aufwirft und die Regierung in Georgetown damit unter Druck setzt, kommt sie wohl ihren strategischen Interessen gegenüber Brasilien nach.

Inzwischen hat auch Forbes Burnham die Position seiner Regierung verdeutlicht. Auf einer Pressekonferenz im April wies er die venezolanischen Ansprüche zurück und betonte die Gültigkeit der Grenzziehung durch das Schiedsgericht von 1899. Gleichzeitig griff er die venezolanische Regierung an, indem er für den Fall von Neuverhandlungen des Gesamtproblems seinerseits guyanische Forderungen auf Gebiete ankündigte, die 1899 an Venezuela gefallen waren. Er führte aus, daß seine Regierung die venezolanischen Schritte als Angriff auf Schlüsselprojekte der guyanischen Entwicklungspolitik betrachte, wobei er das Mazaruni-Projekt hervorhob. Er betonte die Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit, die sich aus dem Projekt ergeben könnten und dessen Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Zusammenarbeit im Amazonasgebiet, den beide Staaten unterschrieben haben.

Mit einer Pressekonferenz reagierte auch die sozialistische Oppositionspartei Working People's Alliance (WPA). Sie verwarf ebenfalls die Forderungen Venezuelas, bezeichnete aber die bisherige Behandlung des Problems durch die Regierung als "diplomatisches Desaster" und sprach ihr die notwendige moralische Autorität ab, mit Venezuela zu einer Lösung zu kommen. Wegen der repressiven Herrschaftspraktiken der PNC-Regierung und ihrer mangelhaften Unterstützung in der Bevölkerung sieht sie deren Handlungsfähigkeit gegenüber Venezuela und damit die legitimen Interessen Guyanas gefährdet (zur innenpolitischen Lage in Guyana vgl. LN 89). Die WPA machte der Regierung in der Essequibo-Frage eine Reihe von Vorwürfen: mangelnde Information der Bevölkerung, Nicht-Konsultation des Parlaments und des parlamentarischen Oppositionsführers (Cheddy Jagan, Führer der kommunistischen People's Progressive Party PPP) vor der Präsidentenreise nach Venezuela, die Offenlegung der guyanischen Entwicklungspläne gegenüber der venezolanischen Regierung in einem Maße, wie dies bisher nicht einmal gegenüber der guyanischen Öffentlichkeit geschehen sei und die Anheizung der Krise durch offensive Forderungen gegen Venezuela.

Die venezolanische Regierung gibt dem Konflikt inzwischen noch eine neue Dimension: über diplomatische Kanäle versucht sie den Vatikan für eine Vermittlerrolle zu gewinnen. Offenbar erhofft sich die christdemokratische Regierung des katholischen Venezuela von einer Vermittlung des Papstes mehr als von bilateralen Verhandlungen oder der Erörterung des Problems in internationalen Gremien.

GUATEMALA

Gemeinsame Erklärung der Guerrillaorganisationen

Im Januar veröffentlichten die Guerrillagruppen Guatemalas "Guerrillaheer der Armen" (EGP), "Revolutionäre Organisation des bewaffneten Volkes" (ORPA) und der Guatemaltekischen Arbeiterpartei (PGT) ein Kommuniqué, indem sie den Volkskrieg gegen Regierung und Armee Guatemalas ankündigen. Wir drucken im Folgenden Auszüge aus dem Kommuniqué ab:

"Das heldenhafte Volk von El Salvador wird siegen. Die revolutionären Organisationen Guatemalas: das Guerrillaheer der Armen, die Rebellenstreitkräfte (FAR), die Revolutionäre Organisation des bewaffneten Volkes und die Guatemaltekische Arbeiterpartei berichten dem guatemaltekischen Volk und der Welt, daß die Armee der verbrecherischen Regierung Lucas Garcías in dem vergeblichen Bemühen, die Niederlage der christlich-demokratischen Junta und ihrer Armee zu verhindern, militärisch in El Salvador interveniert, daß die Regierung von Lucas García Truppen und ihre Luftwaffe entsandt hat, um die Zivilbevölkerung zu bombardieren, und sich so mit der salvadoreanischen Armee an der Terrorkampagne beteiligt, die gegen das heldenhafte Volk von El Salvador entfacht wurde.

Angesichts des unaufhaltsamen Fortschritts des revolutionären Volkskrieges haben die verbrecherischen Regierungen von Lucas García, die Armee und andere Unterdrückungsorgane Tausende von Guatemalteken in ländlichen Gebieten und in den Städten ermordet. Sie haben geraubt, die Häuser der Bauern niedergebrannt und die scheußlichsten Verbrechen begangen alles in dem verzweifelten Bemühen, die revolutionären Volkskräfte aufzuhalten. Die Welt kennt die Verbrechen, die von der Regierung von Lucas García begangen wurden. Die letzten waren die Massaker an Bauern in Santiago Atitlán, in Chimaltenango und in El Quiché.

Die Repressionskräfte der Regierung werden jeden Tag vieler Entführungen angeklagt. Die Welt erfuhr kürzlich von der Entführung von Adelaide Pope, einer berühmten Autorin, die von vielen Ländern verurteilt und kritisiert wurde und die zu verstärkter internationaler Isolierung der Regierung Lucas Garcías beigetragen hat.

Wir geben unseren festen Entschluß bekannt, die politischen und militärischen Schlachten im Lande noch mehr zu verstärken, um den Volkskrieg, dem sich bereits beträchtliche Teile der Bevölkerung angeschlossen haben, bis zur endgültigen Niederlage der Regierung von Lucas García und der Errichtung der revolutionären demokratischen Volksregierung zu fördern.

Unsere Entschlossenheit, gegen die guatemaltekische Regierung und Armee einen Krieg ohne Pardon zu führen, ist nach unserem Verständnis die beste Möglichkeit,

zum Kampf des heldenhaften Volkes von El Salvador beizutragen. Der Kampf des salvadoreanischen und des guatemaltekischen Volkes stand während der ganzen Geschichte Mittelamerikas in engem Bezug zueinander. Diese historische Einheit wird heute während der entscheidenden Schlachten um den endgültigen Sieg unserer Völker gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker aufrechterhalten. Es ist unser fester Entschluß, eine Kampffront gegen jene Form von Intervention durch den US-Imperialismus aufrechtzuerhalten, die er seinem vergeblichen Bemühen, den revolutionären Prozeß rückgängig zu machen, unternehmen mag. Dieser revolutionäre Prozeß ist in Mittelamerika im Gange, das nicaraguanische Volk hat ihn bereits erreicht und das salvadoreanische und das guatemaltekische Volk wird ihn ebenfalls erreichen. (...)

Die massive Beteiligung des salvadoreanischen Volkes an jedem Aspekt des Volksaufstandes ist die beste Garantie dafür, daß die militärische Offensive, die die Guerrillakräfte eingeleitet haben, eher früher als später mit einem revolutionären Sieg enden wird.

Wir appellieren an alle Organisationen, politische Parteien, Regierungen, fortschrittliche, demokratische und revolutionäre Kreise und Persönlichkeiten auf der ganzen Welt, auf allen internationalen Konferenzen und Foren die Verbrechen, die die Regierung von Lucas García begeht, sowie ihre Intervention gegen das heldenhafte Volk El Salvadors zu verurteilen, und wir appellieren an sie, ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf des salvadoreanischen Volkes aufrechtzuerhalten.
Lang lebe die Einheit des revolutionären Volkskriegs."

(Quelle: Monitor-Dienst, Februar 1981)

Anschläge auf Exportlandwirtschaft

Die oppositionellen Kräfte Guatemalas konzentrieren ihre Angriffe auf den für den Export produzierenden Sektor der landwirtschaftlich, der dadurch ernstlich gefährdet ist.

Eine große Menge Baumwolle wurde im März durch das Anzünden eines Lagers im Hafen von San José zerstört. Mit Erfolg attackierten die Guerrilleros auch die Kaffee-ernte. Der Verkauf von Kaffee und Baumwolle macht fast die Hälfte aller Einkünfte aus dem Export aus.

Eduardo Gonzáles, der Präsident des Verbandes der Exporteure von Kaffee (ADEC) schätzt, daß schon jetzt 10% des gesamten Ausfuhrgutes verloren gegangen sind. In Erklärungen gegenüber der Agentur Reuter sagte Gonzáles, daß die Guerrilla die Kaffeepflücker terrorisiert, oftmals Verwalter der Plantagen angegriffen undermordet hat und wertvolle landwirtschaftliche Geräte zerstört hat.

Es ist das erste Mal, daß prominente Mitglieder des privaten Sektors offen zugeben, daß die Guerrilla mit ihren Aktionen Erfolg hat. Gonzáles sagte, daß sich die Exportmenge von Kaffee für das Jahr 1980/81 (Oktober - September) von 2,4 Mio. Sack (á 60 kg) auf 2,2 Mio reduziert habe.

Der Kaffeesektor Guatemalas war ebenso durch das Sinken der weltweiten Kaffeepreise, wie auch durch den Kaffeerost (ein Pflanzenschädling) stark betroffen. Der nationale Verband der Kaffeeproduzenten (Anacafé) hat wirtschaftliche Hilfe von der Regierung beantragt.

(Quelle: America Latina Informe Semanal, London 27.3.1981)

Argentinische Militärberater in Mittelamerika

Anfang April dieses Jahres besuchte der Chef des argentinischen Genralstabs Guatemala. General Vaquero und der Präsident Guatemalas, General Romero Lucas Gracía unterstrichen anläßlich des Besuchs die exzellenten Beziehungen zwischen beiden Ländern. Vaquero folgte einer Einladung des Chefs des guatemaltekischen Generalstabs, General René Mendoza Palamo.

Politische Beobachter bringen diesen Besuch mit einem Papier in Verbindung, das beim Besuch des argentinischen Diktators Viola in Washington ausgehandelt worden ist. Dieses Papier sieht vor, daß argentinisches Militär in Mittelamerika eingesetzt werden kann. In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal auf die Ankündigung von General Saint-Jean verwiesen, das argentinische Militär sei bereit, El Salvador jegliche militärische und wirtschaftliche Hilfe zukommen zu lassen. In diesem Zusammenhang stehen auch die Gespräche, die der Chef des US-amerikanischen Heeres, General Edward Meyer, in Buenos Aires führte. Bei diesen Gesprächen wurden regelmäßige Konsultationen vereinbart bezüglich der sogenannten "kommunistischen Fortschritte auf dem Kontinent".

Vor dem Hintergrund der drohenden Intervention in El Salvador läßt sich abschätzen, was die Regan-Regierung mit derartigen Gesprächen bezweckt: die massive Unterstützung Argentiniens, wenn es darum geht, die oppositionellen Kräfte in ganz Mittelamerika zu liquidieren. Denn auch in Honduras ist das argentinische Militär präsent; auch in dieses mittelamerikanische Land hat die argentinische Diktatur ihre "Militärberater" geschickt.

So erklärte z.B. die "Universitäre Revolutionäre Front" (FUR), eine studentische Bewegung der Linken in Honduras, schon Mitte letzten Jahres auf einer Pressekonferenz, daß "vier 'spezielle Berater' " ins Land gekommen seien, unter denen sich ein Major namens Correa befände, dessen Teilnahme an der Folter politischer Gefangener schon in El Salvador bekannt geworden war. Zwei andere waren - laut Aussage der FUR - an dem Überfall auf den Sender "Radio Noticias del Continente" in San José, Costa Rica (der später von einem Flugzeug aus bombardiert wurde), beteiligt gewesen. Zeugenaussagen von politischen Gefangenen und von aus dem Gefängnis San Pedro Sula belegen, daß die Gefangenen bei den Verhören und den Folterungen an ihren Vernehmern "einen südamerikanischen, fast mit Sicherheit argentinischen, Akzent" erkannt haben. (Cuadernos del tercer mundo, Nr. 41/'81)

Argentinien, dessen wichtigster Handelspartner die USA sind, scheut sich also nicht, den Handlanger zu spielen. Argentinien ist "das erste lateinamerikanische Land, das öffentlich die interventionistischen Thesen Regans unterstützt, womit die Reise des General Vernon Walter durch den Kontinent erste Früchte zu tragen beginnt." (EL País, 20.3.81) General Viola erklärte, daß seine Regierung die Situation in Mittelamerika besorgt beobachte, wo sich "ein ideologischer Keil eindringt, der die kontinentale Einheit gefährden kann." (El Pais, 20.3.81) General Saint Jean kommentierte die angebotene Hilfe unter Diktatoren : "Unsere Erfahrung kann sich für diejenigen Nationen als sehr nützlich erweisen, die unter der gleichen Art von Aggression zu leiden haben, die wir gehabt haben und erfolgreich besiegen konnten." (El País 20.3.81)

Weitere Quellen: AP, IPS, Uno más uno

MEXIKO

Wege der Außenpolitik

Am 8. und 9. Juni wird Präsident Jose Lopez Portillo (JLP) Ronald Reagan zu einem Arbeitsbesuch in Camp David treffen. Die Gespräche finden unter dem Vorzeichen einer Verhärtung der Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden Länder statt, bedingt durch die Politik der Reagan-Administration gegenüber Mexiko und Mittelamerika. Hinzu kommen die strukturellen Probleme, die zwischen den beiden Nationen historisch gewachsen sind, sowie die wirtschaftliche und politische Rolle, die Mexiko im karibischen Raum einnimmt.

Auf der Tagesordnung in Camp David stehen neben der Frage der Arbeitsimmigranten die von Washington reduzierte Anzahl der aus Mexiko zollfrei in die USA zu importierenden Güter. Diese Einschränkung der Exporte in die USA ist für Mexiko besonders problematisch, da das Außenhandelsdefizit gegenüber dem nördlichen Nachbarn trotz steigender Erdölexporte bereits auf 2,6 Mrd. Dollar angestiegen ist.
Ein weiteres heikles Thema ist die Festlegung der Hoheitsgrenzen in den Erdölgebieten des karibischen Meeres. Bei der Frage, ob die 200-Meilengrenze vom Festland oder von den äußersten Riffen aus festgelegt wird, geht es immerhin um geschätzte Erdölreserven in Höhe von mindestens 9,1 Mrd. Barrels.
Die USA verstehen sich als der "natürliche Absatzmarkt" für das mexikanische Erdöl. Mitarbeiter der Reagan-Administration diskutieren auch inzwischen unverblümt Pläne zur Besetzung der mexikanischen Ölfelder für den "Notfall". Die Sorge um eine US-Intervention in Mexiko wurde Anfang April durch Manöver nordamerikanischer Truppen im Grenzgebiet von Mexiko verstärkt, insbesondere, da der Manöversprecher Beaudry geäußert haben soll, daß US-Truppen auf mexikanisches oder kanadisches Gebiet einmarschieren könnten, "weil sie das Terrain kennen" (FR, 7.4.81).

Die USA stehen mit einem Fuß ohnehin schon fest verankert in Mexiko: 69% der Auslandsinvestitionen kommen aus den USA; zwei Drittel seines Außenhandels wickelt Mexiko mit dem nördlichen Nachbarn ab, und über 50% des mexikanischen Öls wird in die USA exportiert.

Für die mexikanische Bourgeoisie stellt das hohe Maß an Abhängigkeit ein ernstes Problem dar. Einerseits benötigen sie das nordamerikanische Kapital und das Know-how, andererseits stellt der Vormarsch der USA eine existentielle Bedrohung ihrer Eigenständigkeit dar, denn sie haben nicht vergessen, daß Mexiko im Laufe seiner Geschichte bereits die Hälfte seines Territoriums an die USA abtreten mußte.
Die mexikanische Regierung versucht verstärkt seit 1970, durch eine Diversifizierung und Erweiterung der internationalen Beziehungen, durch eine Unterstützung der Bestrebungen zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung und einer Betonung der Gemeinsamkeiten mit den Ländern der Dritten Welt diese Abhängigkeit von den USA abzubauen. Diese Abgrenzungspolitik gegenüber dem US-Imperialismus bleibt aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit demselben notgedrungen widersprüchlich.

Ronald Reagan schenkt Lopez Portillo ein Gewehr.....

Zur Mittelamerika-Politik

Am 6. Mai traf Daniel Ortega, Koordinator der revolutionären Regierungsjunta von Nicaragua, in Mexiko ein. Lopez Portillo begrüßte ihn "nicht nur als Vertreter seines Volkes, sondern einer Jugend , die die Hörsäle zugunsten der Waffen verließ und dann die Regierungsverantwortung übernahm" (FRv.11.5.81). Ferner wurde die Unterstützung für den "Prozeß der Institutionalisierung des revolutionären und pluralistischen Regimes von Nicaragua" bekräftigt und "die Benutzung militärischer und paramilitärischer Kräfte gleich welcher Nationalität mit dem Ziel der Destabilisierung dieses Prozesses" verurteilt (ebd.) JLP als Schutzpatron für die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika?
Deutlicher wird der Zweck der mexikanischen Außenpolitik in ihrem Verhältnis zu El Salvador und Guatemala. Obwohl die mexikanische Regierung bei zahlreichen Anlässen für die Selbstbestimmung der Völker Mittelamerikas eingetreten ist, beliefert sie auch weiterhin die Militärjunten in ElSalvador und Guatemala mit Erdöl. Außerdem weigert sich die mexikanische Regierung, die diplomatischen Beziehungen zu El Salvador abzubrechen.

Die mexikanische Regierung und ihre Partei der "institutionalisierten Revolution" ist nicht an einem Sieg der Guerilla, geschweige denn der sozialistischen Kräfte in Mittelamerika interessiert. Ihr geht es um eine Stabilisierung und die politische Autonomie der Staaten dieser Region. Eine direkte Unterstützung von Befreiungsbewegungen erfolgt nur verdeckt und auch nur in dem Maße, wie der Balanceakt zwischen der Förderung der mittelamerikanischen Guerrilla einerseits und der Niederhaltung der revolutionären Kräfte im eigenen Lande durchzuführen ist. Deshalb ist die mexikanische Regierung gegenüber den Befreiungskämpfen im Nachbarland Guatemala erheblich zurückhaltender, sie nimmt sogar der guatemaltekischen

Guerrilla die Rückzugsmöglichkeiten nach Mexiko durch starke Präsenz eigenen Militärs in der Grenzregion in Chiapas.

Die Bestrebungen der mexikanischen Regierung nach Stabilisierung, Demokratisierung und Unabhängigkeit Mittelamerikas haben vielfältige Gründe:

- Ein instabiles, von den USA kontrolliertes Mittelamerika erschwert die Herrschaftsbedingungen im eigenen Lande, in dem sich der Widerstand gegen eine Wirtschaftspolitik regt, die zunehmend zu einer Verelendung breiter Bevölkerungsschichten führt.
- Da die mexikanischen Erdölfelder sich im Südosten des Landes befinden, sind die nordamerikanischen Einflußbestrebungen hier und in Mittelamerika besonders ausgeprägt.
- Die Importe aus der Region betragen zwar nur 0,5% des Gesamtvolumens und die Exporte nur 3,4%, Mexiko betreibt aber bereits Kapitalexport in die mittelamerikanischen Länder und ist an einer Erweiterung der Absatzmärkte interessiert. Mittlerweile werden alle mittelamerikanischen Staaten mit mexikanischem Erdöl beliefert.

Mexika im »Nord-Süd-Dialog«

Die Nord-Süd-Kommission trifft sich nicht zufällig im Herbst dieses Jahres im mondänen Badeort Cancun auf Yucatan. Mexiko gilt neben Indien innerhalb der Trilateralen Kommission als "strategische Nation" für die Einflußnahme auf die blockfreien Länder. Im karibischen Raum konnte Mexiko durch eine liberale Politik und durch wirtschaftliche Penetration eine Vormachtstellung aufbauen und hiermit der"sozialdemokratischen Tendenz" (in Kontraposition zur "christdemokratischen"Tendenz von Leuten wie Duarte, Geissler und Reagan) Vorschub leisten. Die gegenwärtige Stagnation des "Nord-Süd-Dialogs" zeigt, daß die Länder der Dritten Welt zwar noch nicht über die Möglichkeiten verfügen , um eine neue Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen, sie zeigen aber auch den Zerfall der US-Hegemonie und die Schwierigkeiten der Industrienationen, zu einer einheitlichen Strategie gegenüber den Ländern der Dritten Welt zu kommen.

GUATEMALA

Ökumene an der Basis

Leben und Arbeit christlicher Gruppen auf dem Land

Julia Esquivel hat 10 Jahre vorwiegend in ländlichen Gemeinden Guatemalas gearbeitet und leitete die christliche Zeitschrift 'Dialogo'. Heute arbeitet sie mit dem Komitee für Gerechtigkeit und Frieden (Comité pro Justicia y Paz) zusammen. Im folgenden ein leicht gekürztes Interview der LN mit ihr. (vgl. auch LN 91/93)

LN: Kannst Du uns etwas über die Arbeit von Christen in Guatemala erzählen? Wir haben hier viel über die Repression gegen die Bevölkerung und über die Ermordung von Laien und Priestern gehört. Es wäre sehr wichtig, mehr über den Weg der Christen, die zum Volk gehören und mit ihm arbeiten zu wissen.- Auf der einen Seite sehen wir, daß das guatemaltekische Volk sehr starke kulturelle Traditionen hat und wie erklärt es sich, daß gleichzeitig das Christentum so eine besondere Bedeutung gewinnt? Wie stellt es eine Unterstützung im Kampf dar?

J.E.: Ich glaube, daß die wirklichen Heroen, die wirklichen Heiligen, nicht diejenigen sind, die kommen, um die Indios zu begleiten, sondern es sind die Christen, die Katecheten, die selbst Indios sind. Ja sie sind es. Als sie den Sinn des Evangeliums erkannten, als sie die Gelegenheit hatten, das Wort Gottes zu verkünden und zu lesen "mit den Füßen auf dem Boden", um die Probleme ihres Lebens zu erkennen, den Hunger, den niedrigen Lohn, die übermäßig schwere Arbeit für wenig Essen, das Fehlen eines menschenwürdigen Hauses für einen Einzelnen oder eine Familie. Sie erkannten im Evangelium, daß sie menschliche Lebewesen seien, daß sie Gottes Kinder seien. Sie erkannten, daß, wenn die Menschen nicht wie Brüder zusammen leben, sie keine Christen seien. Das erkannten sie durch die Bibellektüre und so begannen sie, einen Weg, auf dem sie das gemeinschaftliche Leben suchten. So ist im Kapitel IV der Apostelgeschichte der ersten christlichen Gemeinde, in den Schriften von Paulus, im I. Korinther XII, in den Römerbriefen XII die Rede von einem Körper, für den wir alle notwendig sind und gleiche Rechte haben. Diese ihre Arbeit war ein Versuch zu leben, ein Versuch, sich zu realisieren aber gleichzeitig erkannten sie, daß viele, die sich Christen nennen, keine Christen sind.

Sie erkannten, daß sie dasselbe Recht hatten auf Trinkwasser, auf Erziehung, auf den Mindestlohn, auf gute Behandlung bei der Arbeit. Sie erkannten, daß sie Recht auf Arbeit hätten, die keine Strafe und kein Joch darstellt, sondern die eine menschenwürdige Arbeit ist. Während ständiger Lesungen und Reflektion begannen sie, die ersten Schritte zu machen, um einfache kommunale Verbesserungen einzuführen. Sie bauten Wege, lernten eine Hühner- oder Kaninchenzucht aufzuziehen, sie brachten Trinkwasser zu ihrem Dorf und legten Elektrizität. Auf diesem einfachen Weg der ständigen wöchentlichen Reflektion des Evangeliums, der Evaluierung ihrer gemeinschaftlichen Arbeit hatten sie Repression und Verfolgung zu erleiden, da man sie sofort als Kommunisten bezeichnete. Sie begannen zu glauben. Das heißt, die wirklichen Helden, Heiligen und Märtyrer, das sind sie. Natürlich hatten die Priester und die nach Medellin (Zweite Lateinamerikanische Bischofskonferenz 1968) ausgebildeten pastoralen Gruppen auch Arbeit, eine Arbeit, die darin bestand, die Bibel zu verkünden und eine Einführung in sie zu geben, damit die Bevölkerung sie einfach lesen und die Botschaft verstehen könne, aber der eigentliche Exeget war das Volk. Diese Exegese, diese Interpretation diese neue Lektüre des Wortes nährte die Entstehung der Theologie der Befreiung.

Der Anteil der indianischen Bevölkerung beträgt in Guatemala 60-65%. Aber wir, die nicht-indianische Bevölkerung haben auch indianisches Blut. Das Volk hat seine eigenen Kleider, Stoffe, seine eigene Musik, seine eigenen Sitten. Über Jahrhunderte hat es die kulturellen Relikte bewahrt, es hat sich in sie geflüchtet vor dem Angriff der westlichen Welt. Ich glaube, daß das erneute Lesen der Bibel und das erneute Lesen des Wortes und die Fähigkeit der Interpretation und der Erleuchtung des Lebens durch das Wort viel mit einer Rückerinnerung an den Glauben, den Kult der Liturgie und dem Weltbild der Maya zu tun hat. Denn die guatemaltekische Landbevölkerung ist zutiefst religiös und ist das immer gewesen. So war die Ankunft der Eroberer wie das Hereinbrechen von Barbaren. Denn zuvor hatten sie eine einheitliche Vorstellung vom Leben. Eine Vorstellung, in der keine Trennung zwischen dem Geistigen und dem Materiellen bestand, das Leben war vielmehr eine Einheit. Der Kult war nicht vom Leben auf dem Land getrennt, ebensowenig von der WIssenschaft oder der Architektur oder von irgendeiner anderen Tätigkeit, vielmehr bildete alles eine Einheit. So hatte zum Beispiel das Ballspiel einen tiefen liturgischen Sinn, gleichzeitig war es ein genießerischer Ausdruck ihrer mathematischen und kosmographischen Kenntnisse. Ihre Architektur war durch und durch mit Weisheit erfüllt. Sie hatte einen Sinn, sie enthielt religiöse, wissenschaftliche Sinnbilder ebenso wie solche der Anbetung. Diese stellten Zeichen der Zeit dar ebenso wie ihre Kleidung das heute noch tut, insbesondere der 'huipil' der indianischen Frauen. Er ist ein Ausdruck für ihre Geschichte, ihren Glauben, ihre Überzeugungen, ihre Wünsche und ihre Symbole. Also ist es nicht überraschend, daß sie ihren Glauben wiederentdeckten und dabei ebenfalls ihre Vorstellung vom Leben als einer Einheit als sie die Möglichkeit erhielten, die Bibel zu lesen.

LN: Du sagst 'wiederentdeckten'...

J.E.: Ja, denn diese sogenannte 'christliche' Welt hat wirklich den Sinn des Evangeliums verloren.

Sie hatten eine integrale einheitliche Vorstellung vom Leben, und und die jüdische Welt der Bibel geht von einer einheitlichen Vorstellung aus. Aber das Evangelium, das man zu uns brachte, die Evangelisierung die uns erreichte, enthielt den Widerspruch zwischen dem Materiellen und dem Geistigen. Das ist nicht das Wahre Evangelium, das ist nicht biblisch. Dann haben sie das für uns neu entdeckt und wenn ich Dir sage 'für uns', so meine ich für die Ladinos aber auch für die westliche Welt. Mit anderen Worten, die Priester haben sich evangelisieren lassen. Sie mußten eine Bekehrung durchmachen, um sich weiterhin an der Seite des Volkes zu engagieren. Ich bin der Auffassung, daß eine Kirche, die von den Armen, von dem Volk heute neu entsteht eine profetische Aufgabe hat und zwar in dem Sinne, daß sie den Götzendienst der heutigen Welt anklagt. Daß sie den Götzen-

dienst der entwickelten kapitalistischen Welt anklagt, die Gott nicht als Vater anerkennt, obwohl es Kirchen gibt und obwohl es Gottesdienste gibt. De facto negiert sie, daß Gott unser Vater ist. Denn man akzeptiert, daß dieser Vater akzeptiert, daß seine Kinder im Luxus, im Überfluß und in Muße leben auf Kosten der Ausbeutung und dem Elend. Das können die Christen der Kirche, die vom Volk her wieder entsteht, nicht akzeptieren. Sie akzeptieren es nicht, denn sie lesen die Worte 'an ihren Früchten sollt ihr die Kinder Gottes erkennen' und sehen die Taten der Mächtigen. Ihre Taten zeigen, daß sie nicht die Kinder Gottes sind oder daß sie Gott nicht als Vater anerkennen, denn sie horten das Wasser, sie horten das Land, horten Privilegien der Bildung und der Technik und sie töten ihre Brüder, wie

Kain Abel erschlug und daher können sie keine Christen sein. Davon sind sie zutiefst überzeugt. Sie sprechen ihnen das Christ Sein nicht ab, um sie zu erschrecken, nein, sondern weil sie das glauben.

Ein weiteres wunderbares Zeugnis, das diese Bevölkerung abgelegt hat, ist, daß sie den Dialog verwenden. Sie haben alle einfach alle friedlichen menschlichen Wege benutzt, um sich Gehör zu verschaffen. Und immer lautete die Antwort: Tod und Repression. Hier haben wir erkannt, daß sie Geduld besitzen, um Leiden zu ertragen, das nicht dem Willen Gottes entspricht. Auch haben wir erkannt, daß sie sich darüber im klaren sind, daß sie die Welt nicht von heute auf morgen ändern können, daß sie aber sehr stark auf eine neue Welt für ihre Kinder, die jetzt geboren werden, hoffen. Und das ist eine weitere Botschaft der Evangelisierung. Heute liegt die priesterliche Aufgabe in den ländlichen christlichen Gemeinden in den Händen der Katecheten. Sie sind wahre Priester. Die indianischen Pastoren, Landarbeiter, die nicht von einer Evangelisierung im Stile Billy Grahams entfremdet worden sind, sind die eigentlichen Helden, sie sind es...

In diesem Moment nimmt die eingeborene Bevölkerung sehr stark an der Kirche, die vom Volk entsteht, teil, an der Kraft dieser Kirche und an dem Glauben, an der Hoffnung, der Geduld und an dem Kampf selbst, einem Kampf der kein Kampf ist, um zu zerstören sondern um das Leben zu retten. Sein Ziel ist es

Guerilleros der ORPA (Organisation des Volkes in Waffen) im Gespräch mit der indianischen Bevölkerung in Santa Clara, Guatemala.

nicht, Leben zu zerstören, sondern das Leben, das Uberleben zu retten und zu gewährleisten.

Zur Zeit gibt es ein Projekt des Todes für das Volk in Guatemala. Die Mächtigen sind entschlossen, gegen das Volk anzugehen, da es leben will. Denn Leben bedeutet Arbeiten um zu essen und sie erlauben das nicht. Und es geht nicht nur um das Land, nicht nur um die Arbeit, es geht um einfach alles. Zur Zeit kann man nicht in Guatemala leben.
Zur Zeit gibt es kein Recht auf Land, kein Recht auf Lohn,
es gibt kein Recht auf eine Erziehung,
es gibt kein Recht, einen Gottesdienst abzuhalten,
es gibt keinerlei Recht.

Man ist nicht dazu berechtigt, in einem Haus die Bibel aufzuschlagen um sie im Heiligen Geist zu interpretieren. Die Christen müssen die Bibel in Plastikhüllen einwickeln und sie vergraben damit die Soldaten sie, wenn sie hereinkommen, nicht finden. Deshalb sage ich, auf nichts gibt es ein Recht.
Es gibt kein Recht auf Arbeit, weil die Arbeit nicht bezahlt wird. Es gibt kein Recht auf Rechtsprechung, denn, wenn man bessere Arbeitsbedingungen fordert, so erhält man sie nicht, wenn man in den Streik tritt und den Unternehmer dazu verpflichtet, den Lohn zu erhöhen, er dies aber nicht tun will, dann er-

schießt er diejenigen, die den Streik anführten. Daher sage ich, das es keinerlei Recht gibt. Auch kein Recht auf Erziehung.

LN: Welchen Einfluß besitzen heute die Fundamentalisten?

J.E.: Viele der Pfarrer beginnen, sich von dieser Situation Rechenschaft abzulegen. Sie sind darauf nicht vorbereitet. Denn die nordamerikanischen Missionen bringen ihnen bei, daß das geistige Leben wichtiger ist als das materielle Leben und das ist eine griechische Vorstellung, keine biblische Vorstellung. Den Widerspruch Geist-Materie, Seele - Körper, Körper- Geist finden wir nicht in der Bibel. Der Mensch ist eine Einheit, dort ist sehr viel die Rede von der Sorge um den Körper...
Es gibt wichtige evangelikale Kampagnen. Die charismatische Bewegung der Pfingstler, die von Missionen und von transnationalen Agenturen der Vereinigten Staaten nach ganz Lateinamerika getragen wird, dient der Einschläferung.
Der Satz von der Religion, die das Opium des Volkes ist, trifft in dem Fall wirklich zu. Und es scheint als gäbe es einige religiöse Führer, wie Luis Palau, Billy Graham, Santiago Soto, Jeronimo del Avila und andere Prediger, die die Technik der Massenmanipulation beherrschen. Es scheint so als ob diese Männer und Agenturen bestrebt sind, 100%ig nachzuweisen, daß ihre Religion Opium des Volkes ist, sie benutzen sie so. Natürlich gibt es in den Lateinamerikanischen Ländern Enklaven der religiösen Kultur, die diese Art von programmierter, systematischer Entfremdung unterstützen. In Guatemala beträgt der Prozentsatz der Evangelischen 12%. Zur Zeit führt Visión Mundial große Kampagnen unter den Fundamentalisten zum Geldeintreiben durch. Sie hat einen Vertrag mit der völkermörderischen Regierung von Lukas Garcia, der besagt, daß sie Eingeborene aus Chimaltenango ausbilden wird, um den Wunsch des Volkes nach Befreiung zu ersticken.

Aber die jetzige Militärregierung ist dermaßen brutal und dumm, sie hat das Morden ausgelöst. Ich glaube, daß sie die Situation nicht mehr kontrolieren können, sie sind verzweifelt, haben panische Angst vor der Kraft der Guerrilla und weil sie sich als die schlimmsten Feinde des Volkes erklärt haben. So haben sie auch schon drei oder vier evangelische Pfarrer ermordet und ebenso junge Universitätsdozenten, junge Evangelen. Die evangelische Bevölkerung kann sich davon Rechenschaft ablegen, die Regierenden sind Kriminelle.

Das relativi ert all jene entpolitisierenden Lehren, die die Pfarrer, die an der Seite der Mächtigen sind, sääten. Nun spüren sie am eigenen Leib den Völkermord, der von der guatemaltekischen Regierung ausgelöst ist. Sie ist also ihr schlimmster Feind. Aber es wäre wichtig, hier anzuklagen, daß Visión Mundial (USA) ein nützliches Instrument im Rahmen des Regierungsprogramms darstellt.

LN: Was ist die offizielle Position der katholischen Kirche in Guatemala?

J.E.: Sie haben niemals ein Seelsorgerisches Programm besessen.

LN: Haben jene, die an der Basis arbeiten wie die Katecheten zum Beispiel mit der Kirche selbst Schwierigkeiten bekommen?

J.E.: Die Bischofskonferenz bewahrt Schweigen. Dafür gibt es viele Gründe. Einer der Gründe ist, daß es in den letzten Jahren keine einheitliche Meinung gab. Selten haben sie eine Erklärung abgegeben, so z.B. als das Erdbeben war, schrieben sie in der Hoffnung vereint-oder als sie vor den letzten Wahlen schrieben.

Aber die Rolle des Erzbischofs ist extrem negativ. Er ist ein Mann, von dem wir nicht meinen, daß er ein Christ ist. Er ist ein Prinz der Kirche aber er ist kein Christ. Er hat einen spalterischen Einfluß innerhalb der Bischofskonferenz. Dieser Mann hat die 100%ige Unterstützung des Vatikans, ich weiß nicht warum.

Es hat auch einige Bischöfe in den Letzten Jahren gegeben, die offen Stellung bezogen haben, aber sie wurden sehr unterdrückt. Don Rios Mont würde es vielleicht auch tun, aber er traut sich nicht, da man ihn umbringen könnte. Also schweigt die Bischofskonferenz. Das ist das schlimmste, was sie in diesem Moment machen könnten. Auf der anderen Seite besitzen einige dieser Bischöfe keinerlei Hemmungen mit Offizieren des Heeres zu sprechen. Doch das ist nichts Neues. Es ist auch nichts, über das wir uns wundern. Das wird bereits in den profetischen Büchern gesagt, daß es Pastoren gibt, die auf Kosten der Armen dick werden, die nicht die Schafe hüten, sondern die sie ausliefern. Ich glaube, daß die sensibelsten unter ihnen jene sind, die gelernt haben zuzuhören. Denn ich glaube auch, daß der Erzbischof Romero auch nicht der Romero gewesen wäre, wenn er es nicht zugelassen hätte, sich evangelisieren zu lassen.

LN: Wir lernen hier sehr viel von dieser Einstellung von Euch: auf das Volk zu hören, von dem Volk zu lernen und von dem Volk evangelisiert zu werden. Daher erscheint es mir ganz falsch, daß wir oft nur davon hören, wenn ein Priester oder ein Laie erschlagen oder ermordet wurde, aber wir hören fast nie etwas über den Lebensweg der Person. Wir hören meist nur von dem Zeitpunkt als die Polizei oder das Militär kam und unterdrückte und mordete. Mir erscheint es - insbesondere in jenen Ländern, wo die Kirche sehr mächtige Strukturen besitzt, - sehr wichtig zu hören, was ein christliches Leben und was eine christliche Gemeinde ist und wie sehr konkrete Erfahrungen in der Arbeit mit dem Volk und im Kampf gemacht wurden.

J.E.: Ich kannte seit 1971 einen Pastor, Santos Jimenez Martinez. Als er noch jung war, wohnte er im Osten. Sein Vater hatte Land und bei ihm arbeiteten Landarbeiter. Don Santos nahm als Jugendlicher im Versuch, eine Agrarreform durchzuführen, teil. Das war in der Zeit von Jacobo Arbenz Guzman, als es einen Demokratischen Frühling Guatemalas gab. Eines Tages nahm er das Geld seines Vaters und vom Hause weg, da er sich über den unterdrückerischen Charakter seiner Familie ärgerte. Er war Analfabet und zog mit der Agrarbewegung los zur Agrarreform zur Zeit. Als Arbenz fiel, hatte er viel zu leiden. Zwei mal wurde er gefoltert. Er konvertierte zum Pfingstler und wurde zum Laienprediger. Er begann für das Land zu kämpfen. Die Überzeugung, daß das Land dem zu gehören hat, der es bearbeitet, blieb tief in seinem Leben verwurzelt und daß Gott überlassen ist, die Verwaltung des Landes zu übernehmen nach Levitio Kapital 25. So ging er an die Küste, wo die neue Bourgeoisie das Land aufteilte und wo Kubaner und Spanier Land von den besten Ländereien Guatemalas an sich riß. Ich lernte ihn 1971 kennen. Damals hatte er schon 14 Jahre gekämpft für das Land für 48 Familien (kleine Landbesitzer). Auch kämpfte er zu der Zeit des Präsidenten Mendez Montenegro. Das war zu der Zeit als der Schakal des Ostens, der Oberst Carlos Arana OScrio einige schreckliche Gemetzel veranlaßte. Er machte einen Hungerstreik in dem Jahr in der Universität und die Rechtswissenschaftliche Fakultät half ihm; auch erhielt er als Gewerkschafter eine Mitgliedschaft in der Autonomen Gewerkschaftsföderation von

Guatemala. Er kämpfte sein Leben lang. Seine kleine evangelische Kapelle hatte einen irdenen Fußboden und war aus Palmen gemacht. Dort predigte er wie Amos, denn er konnte weder lesen noch schreiben. Er bat seinen Freund Don Chomo, der ein Autodidakt war, er möge ihm mit viel Kraft vorlesen und predigen. Er war ein politischer und ein gewerkschaftlicher Führer, er war ein Pfarrer. Zweifellos hatten er und Don Chomo mit der Erziehungsarbeit dieses ganzen Gebietes zu tun. Ich habe ihn drei Jahre lang regelmäßig besucht. Dort war auch die Guerilla. Und als er in die Hauptstadt kam, kam er immer in Begleitung von Frauen und ich fragte ihn warum. Er sagte, eines Tages werden wir kämpfen müssen und die Frauen müssen die Hauptstadt gut kennenlernen um alle Botengänge machen zu können. Don Chomo starb 1972. Er wurde von der Militärpolizei ermordet (policía militar ambulante) während er auf seiner Matte sein letztes Gebet sprach. Später wurde auch Don Santos ermordet. Ich meine er war der Führer einer ökumenischen christlichen Gemeinde. Er war Protestant. Er hat mir in meinem Leben viel bedeutet. Er war in der ökumenischen Gemeinde von San Pedro Ayampuc, wo er zusammen mit dem Pfarrer beginnen konnte. Er war für mich wie wegweisend.

Auch in Comanagua, in vielen Dörfern von Comanagua, in Dörfern von Simajule, in einer Stadt namens Parrojas Parramos, in San Martin Jilotipeque, in Chimaltenango gab es wunderbare Erfahrungen von Gruppen, die wöchentlich die Heilige Schrift studierten und die all das taten, wovon ich Dir erzählt habe; sie legten Trinkwasserleitungen, bauten die Schule; nach dem Erdbeben bauten sie Häuser in gemeinsamem Einverständnis. So fanden sie mit der Zeit heraus, daß die Mächtigen egoistische inhumane Unterdrücker sind. Viele Erfahrungen von Repression, von Gefangenschaft nötigten die Leute dazu, qualitative Sprünge zu vollziehen, sich in einer besseren Form zu organisieren. Sie mußten sich davon Rechenschaft ablegen, daß die Söhne der Finsternis hinterlistiger und schlauer sind als die Kinder des Lichtes.

Ich selbst bin eine Zeugin dieses Basisökumenismus gewesen. Der gemeinsame Hunger, die gemeinsame Armut machen einen zu Brüdern. Das schafft Gemeinschaft ohne Ansehen der Konfession, aber in einem und demselben Glauben an einen selben Gott, an ein und dasselbe Ziel. Davon gibt es viele Beispiele, sehr viele Beispiele. Viele Sozialarbeiter im Gesundheitswesen von dem Krankenhaus Berhorsts in Chimaltenango sind ermordet worden. Und viele von ihnen waren Katecheten. Ihr Amt war wirklich ein priesterliches Amt.

****

ARBEITSMAPPEN ZU GUATEMALA UND KOLUMBIEN
ZUM THEMA
"CHRIST SEIN IN LATEINAMERIKA UND BEI UNS"
SIND IM FDCL ERHÄLTLICH

****

Auch gibt es da die Erfahrung von Don Vicente Menchu, einem Katecheten aus Quiché. Er setzte sich für das Überleben der Gemeinde ein. Er wurde gefoltert, man riß ihm die ganze Kopfhaut ab, weil er für das Land seiner Gemeinde kämpfte. Ein Jahr lang war er im Krankenhaus und als er entlassen wurde kämpfte er weiter. Dann wurde er erneut festgenommen. Sein

Sohn wurde umgebracht. Im letzten Jahr wurde er in der Spanischen Botschaft verbrannt. Nach seinem Tod wurde seine Frau entführt und ermordet.

Wenn ein Priester hinterrücks erschossen wird, wird viel Lärm und Aufhebens gemacht - und zu Recht, denn er ist ein menschliches Wesen. Aber die Anzahl jener Vielen, von denen ich spreche, geht in die Tausende. Daher sage ich, daß dieses arme Volk, das die Kirche des Volkes, die Kirche des Herrn ist und ein Saatkorn der Hoffnung für morgen darstellt, wie ein Diener Gottes (Javes) ist...Im zweiten Weltkrieg war es hier das jüdische Volk, vor 2o Jahren war es das Volk von Vietnam und heute ist es das Volk von Mittelamerika. Und dieses Volk hat Früchte hervorgebracht. Früchte wie einen Romero der ein Sohn der Evangelisierung ist.

In Zentralamerika muß man die Christen wahrnehmen und mit einbeziehen oder es wird keine Befreiung geben. Das soll nicht heißen, daß es keine Konflikte gibt. Es soll nur besagen, daß es Christen gibt, die den Weg begriffen haben...
Ich glaube, es gibt eine ernsthafte Gefahr, daß man sich nämlich Helden der Revolution und eine revolutionäre Doktrin schafft und ich meine, daß wir da viel weiter gehen in dem Sinne, daß wir nicht an ein Modell "X" glauben, sondern daß wir an den Weg der Suche nach der Gerechtigkeit denken. Dieser Weg hört nicht auf, es ist ein Weg auf dem wir nicht inne halten können. Es gibt immer einen Weg.- Die Regierungschefs wollen die Völker beherrschen, das muß nicht so sein. Das Größte ist der Dienst und nicht die Herrschaft. Und das ist eine entscheidende Aussage des Evangeliums....

Deshalb sage ich Dir, die Revolution hört nie auf. Wenn irgendjemand ruft "wir sind schon frei", dann erscheint es so als sei bereits gar nichts mehr zu tun...

Es geht darum, daß ihr uns helft, die Klauen in dem Zugriff aufzuhalten (gemeint ist die militärische Intervention der USA). Der sandinistische Sieg war nur der erste Schritt, es war ein Schritt hin auf die Befreiung Zentralamerikas.

NICARAGUA

Interview mit dem Direktor des Planungsministeriums

Ein Mitglied der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN-Redaktion war von März bis April dieses Jahres in Nicaragua und sprach dort u.a. mit Xabier Gorostiaga, dem Leiter der Gesamtplanung, "planificación global", des Ministeriums "MIPLAN". Die Redaktion der LN hat sich entschlossen, das Gespräch vollständig abzudrucken, da es u.E. zum Verständnis der nicaraguanischen Probleme erheblich beiträgt.

Frage: Als die Sandinisten im Juli 1979 die Macht in Nicaragua übernahmen, fanden sie ein Land vor, dessen Wirtschafts- und Verwaltungssystem weitgehend ruiniert war. Die Bevölkerung erduldete eine fast 5o-jährige Diktatur der Familie Somoza, deren Politik der Repression keine Diskussion über Politik und Demokratie zuließ. Heute wirft der Unternehmerverband COSEP der Regierung vor, kein demokratisches System aufgebaut zu haben, mit der Begründung, freie Wahlen seien erst für 1984 vorgesehen. Ist dieser Vorwurf berechtigt?

Antwort: Letzten Sonntag erschien in "Nuevo Diario" ein Artikel, in dem daran erinnert wurde, daß die Vereinigten Staaten von Amerika nach der Unabhängigkeit von England 2o Jahre brauchten, bis die ersten Wahlen stattfanden. Erst dann wurde der erste Präsident der USA gewählt. Was uns angeht, so hoffen wir, die ersten Wahlen in wenigerals 6 Jahre nach dem Sieg durchführen zu können. Augenblicklich befinden wir uns in einem Prozeß, in dem das erste Ziel der Wiederaufbau des Landes ist. Im übrigen denkt der überwiegende Teil des Volkes, daß es durchaus schon Wahlen gegeben hat, nämlich am 19. Juli 1979, und dies waren Wahlen mit Blut und nicht mit Stimmzetteln. Wir denken, daß Wahlen mit Blut mehr Gültigkeit haben, als Wahlen mit Stimmzetteln. Also, die Meinung der großen Mehrheit ist, daß wir ganz fundamentale Wahlen gerade gehabt haben, vielleicht die ersten, die dieses Volk in seiner Geschichte jemals hatte und natürlich braucht dieses Projekt seine Chance. Ich persönlich glaube, daß wir im Moment in einer der wenigen demokratischen Epochen leben, die es in Lateinamerika jemals gegeben hat.

Frage: Worin besteht das Modell der "Sandinistischen Demokratie"?

Antwort: Wir sagen, die sandinistische Demokratie ist eine Volksdemokratie mit antiimperialistischem Charakter. Es ist sehr wichtig, daß die Demokratie dieses Volkes seine Unabhängigkeit als Nation erreichen wird.Deswegen hat diese Demokratie auch einen nationalistischen Charakter. Bis heute konnte Nicaragua niemals Nation sein. Es war immer ein Spielzeug des Imperialismus, und in den letzten 5o Jahren der Diktatur war es ein Werkzeug der USA für ganz Zentralamerika. Das sandinistische Modell beabsichtigt, ein Land aufzubauen, indem die Volksinteressen die Logik der neuen Demokratie sind.Dabei muß man sehen, daß 8o% der Bevölkerung unseres Landes von weniger als 2.5oo Cordobas, also weniger als 25o US-Dollar, lebt. Wir müssen

also Bedingungen schaffen, in denen das Volk ein Mindestmaß an Subsistenzmöglichkeiten hat, Bedingungen, wo "Bildung" möglich ist (ich beziehe mich jetzt auf die Alphabetisierungskampagne), nur dann kann man Demokratie entwickeln. Bei einem Volk mit mehr als 5o% Analphabeten von Demokratie zu reden , ist eine Beleidigung. Und die Wahlen, die gelegentlich in Zentralamerika stattgefunden haben, die Wahlbetrügereien in El Salvador und in Guatemala haben gezeigt, daß formale Wahlen nicht das geringste mit Demokratie zu tun haben. In Europa und, wie ich schon erwähnte, auch in den Vereinigten Staaten, benötigte man viele Jahre, um Bedingungen für die Formale Demokratie zu schaffen. Wir erbitten lediglich 5 Jahre. Wenn es gelingt, in diesen 5 Jahren demokratische Bedingungen aufzubauen, wären wir ein großes Bespiel für die Welt.

Frage: In Nicaragua ist viel die Rede vom Modell der "gemischten Ökonomie". Was ist denn eine gemischte Ökonomie?

Antwort: Wir nennen die Wirtschaft Nicaraguas eine "geplante, gemischte Ökonomie". Es ist so, daß wir noch immer nicht vollständig planen können, es fehlt noch an genügend Informationen, und deshalb beabsichtigen die "Programme" (Wir nennen sie nicht "Pläne") Bedingungen zu schaffen, um ein organisiertes Wirtschaftssystem zu errichten, das den Interessen der Mehrheit des Volkes dient. Das meinen wir, wenn wir von einer geplanten Ökonomie reden. Darüberhinaus beabsichtigen wir, Bedingungen zu schaffen, die eine "Diversifizierung der Abhängigkeit" erlauben. Wir sind ein außerordentlich unterentwickeltes Land, ein armes Land und wir wissen, daß wir nicht autonom leben können, aber wir wissen, daß wir ernsthafte Erfolge erzielen können, die Abhängigkeit zu veringern. Das heißt, unsere relative Autonomie zu erhöhen um wenigstens bestimmen und benennen zu können, welches unsere Interessen als nicaraguanisches Volk sind.Wir können nicht einfach alle privaten Unternehmen abschaffen, weil das schwerwiegende Folgen für das ganze Volk haben würde. Was wir beabsichtigen, ist die nationale Einheit, die eine gemischte Ökonomie und eine pluralistische Politik erfordert, aber, und das ist wichtig, unter einer Hegemonie des Volkes. Dies ist das Sandinistische Modell: Die Vorherrschaft des Volkes über die Ökonomie. Der private Sektor funktioniert, er existiert und wird existieren, unter der Voraussetzung, daß er die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung respektiert.

Frage:Im Programm 8o laß ich folgenden Satz: "Man betrachtet den privaten Sektor als einen bedeutenden Teil bei der Stärkung der nationalen Einheit. In diesem Sinne wird das Programm ein patriotischer Beweis sein und den Unternehmen die Gelegenheit geben, ihre Entscheidung der Zusammenarbeit in diesemProzeß zu zeigen". War die Rolle der Privatwirtschaft überwiegend positiv oder negativ?

Antwort: Man kann nicht von "der Privatwirtschaft" sprechen. Die privaten Unternehmen bilden keinen homogenen Block. Es gab private Unternehmen, die sich sehr gut am Wiederaufbau beteiligt haben, es gab Unternehmen, die sich sehr zögernd und abwartend verhalten haben und das immer noch tun und es gibt Unternehmen, die sich real gegen den Prozeß des Wiederaufbaus gestemmt haben. Es gibt also wenigstens drei Sektoren in der Privatwirtschaft. Unserer Auffassung nach zählt die große Mehrheit der privaten Unternehmen zur ersten und zur zweiten Gruppe.Und es gibt eine Minderheit von Unternehmern, die mehr politische und ideologische, als wirtschaftliche Interessen haben und einfach nicht akzeptieren wollen, daß diese Öknomie eine Volksökonomie ist. Die Privatwirtschaft war in diesem

Land immer unterentwickelt, weil die Diktatur keine starken privaten Unternehmen neben sich duldete. Die Diktatur behinderte die Privatwirtschaft in der Entwicklung, und deshalb gibt es Sektoren, die jetzt Möglichkeiten technischen und organisatorischen Typs für sich in dieserRevolution sehen, und zwar größere Möglichkeiten, als die Diktatur zuließ. Und die Unternehmer, die diese Einschätzung haben, arbeiten mit der Revolution zusammen. Es ist wichtig zu sehen, daß innerhalb dieser Regierung, ja selbst innerhalb des FSLN Leute sind, die zur Mittelklasse und zur Oberklasse des Landes gehören, die aber auf der Seite der großen Mehrheit stehen. In diesem Sinne bietet u.E. das sandinistische Modell eine Orginalität an, die es nicht in anderen Revolutionen gab. Unserer Auffassung nach sind die Mehrheit unserer Probleme nicht innerer sondern äußerer Art. Das heißt den ökonomischen Boykott, den wir zur Zeit erleiden und der internationale politische Druck, vor allem seitens der USA auf Nicaragua, sind Probleme, die das sandinistische Projekt an der Entwicklung hindern.

Frage:Wie schätzt du die Investitionen der Privatunternehmen im vergangenen Jahr ein?

Antwort: Die Investition der Privatwirtschaft letztes Jahr war gering. Es waren etwa 5o Mio. US-Dollar. Dabei gilt zu bedenken, daß die Privatwirtschaft auf Grund der letzten Somoza-Jahre und des Aufstands zu großen Teilen zerstört war.Und dadurch ist auch die geringe Privatinvestion des letzten Jahres verständlich.für dieses Jahr hoffen wir, daß die Privatinvestitionen um 2o% ansteigen, und vor allem, daß die Privatwirtschaft ihre Gewinne reinvestiert. Dies nennen wir den patriotischen "Test" für die Privatwirtschaft. Werden sie ihre Gewinne dazu benutzen, ihren Anteil am Wiederaufbau des Landes zu leisten oder werden sie die Gewinne in's Ausland transferieren und das Land dekapitalisieren? An diesem Punkt wird sich eine Teilung der Privatwirtschaft ergeben.

Frage:Den Notwendigkeiten der nicaraguanischen Revolution entsprechend, scheint es günstiger, mehr Betriebe zu verstaatlichen. Auf der anderen Seite sind viele Auslandskredite wenigstens zu Teilen an die Privatwirtschaft gebunden. Welcher Weg ist da angebracht?

Antwort:Die sandinistische Revolution hat vor allem Landgüter und Unternehmen von Somoza und seinen Anhängern enteignet. In den letzten Monaten ist der Anteil der Verstaatlichungen , wir nennen das APP, Volksbesitz, nicht angestiegen. Wir sind zutiefst einverstanden mit den Verstaatlichungen in den ersten Revolutionstagen. Diese Verstaatlichungen waren nicht das Produkt von irgendwelchen Definitionen, sondern von Notwendigkeiten. Wenn der Privatsektor zusammenarbeitet, wenn er am Wiederaufbau mitmacht, kann der Abteil der Verstaatlichung weiterhin gering bleiben. Wenn er das nicht tut, müssen wir vielleicht noch mehr enteignen. Denn: wir haben eine soziale Revolution gemacht und bauen eine Volksökonomie auf. Es gibt Fälle von Kapitalflucht, es gibt Unternehmer, die sich passiv verhalten, es gibt aber auch solche, die ihren Grundbesitz der APP (Area de propiedad del pueblo; Volksbesitz) übergeben haben und sich dann alsVerwalter zu Verfügung gestellt haben.Andere haben verkauft oder machen "joint ventures" mit dem Staat. Das sind Phänomene, womit wir auch noch nicht genügend Erfahrung haben, um zu sehen, wohin das geht. Das hängt natürlich auch davon ab, wie sich die Dinge in Zentralamerika entwickeln und wie sich die USA dazu verhalten. Wenn sich z.B. die USA mit der Privatwirtschaft hier in einer gegenrevolutionären Einheit zusammentuen,werden wir sehr

viel härtere Maßnahmen ergreifen müssen, als in dem Fall, indem die Mehrheit der Unternehmer eine patriotische Zusammenarbeit aufrecht erhält. Denn dann kann die Menge der Verstaatlichungen minimal bleiben wie bisher. In dieser Angelegenheit ist das sandinistische Modell extrem flexibel. Was wir wollen ist eine Ökonomie des Volkes und der Demokratie.

Frage: Nach dem Sieg der Revolution wurden alle Besitztümer Somozas enteignet, darunter auch viele Landgüter. Diese Landgüter wurden aber nicht an die Bauern übergeben, sondern in staatliche Unternehmen verwandelt. Warum?

Antwort: Ungefähr 4o% des Bruttoinlandprodukts ist in staatlichen Händen, den "areas del propiedad del pueblo". Staatlich heißt, der Staat ist der Verwalter der Güter, die aber dem Volk gehören. Wer sind die direkten Verwalter der Güter? Die Kooperativen, die Bauern, die staatlichen Produktionseinheiten? Das sind organisatorische Formen von Besitz, die dem Volk gehören. Eigentum, das dem Volk gehört, hat verschiedene Organisationsformen, die nicht von einem ideologischen Modell abhängig sind, sondern abhängen von einem Modell von rationalem Wirtschaften und Volksteilnahme (participación popular). Wenn die Fähigkeit der 'Volksteilnahme' wächst, wenn das Fassungsvermögen des Volkes wächst, wird auch die'Mitbestimmung' des Volkes allmählich wachsen. welches die Organisationsformen der Produktion in zehn Jahren sein wird, das werden wir sehen. Das wird abhängen vom Rythmus des Wachstums, der Organisation und der technischen und produktiven Kapazitäten. Man kann in Nicaragua auch nicht von homogenen Produktionsformen sprechen. Die Produktion von den'granos basicos'(Mais,Reis,Bohnen) beispielsweise, hat einen eigenen Charakter, denn in diesem Sektor beabsichtigen wir, soziale Produktionseinheiten zu bilden. Also Kollektive. Das wird die vorherrschende Produktionsform bei den granos basicos sein. Dort, wo man eine hochentwickelte Technologie braucht, wird die Produktionsform wiederum verschieden sein. Die staatlichen Produktionseinheiten (UPE) sind dafür die adequaten Produktionsform. Für die meisten großen Industriebetriebe, die auch mit hoher Technologie arbeiten, ist ebenfalls eine staatliche Form angemessen. Der Punkt ist nicht die Form der Produktion, der Punkt ist, wie entwickeln sich die Beziehungen der Produktion in den verschiedenen Produktionsformen. Welche'Mitbestimmung' bleibt den Arbeitern in den Leitungsgremien, das ist die Frage. Nicht die Form, in der die Produktion organisiert ist. Klar ist, daß der Besitz ein kollektiver Volksbesitz ist. Wichtig ist, in welcher Form sich das Volk organisiert und wie es das Volkseigentum kontrolliert.

Frage:Trotzdem, der Unternehmerverband COSEP behauptet, das sei 'Staatskapitalismus'.

Antwort: Ganz ehrlich, ich weiß nicht, was der COSEP mit 'Staatskapitalismus'aussagen will.Staatskapitalismus ist eine technische Definition. COSEP hat niemals erklärt, was er darunter versteht. Wenn ich Staatskapitalismus in Begriffen erkläre, wie sie z.B. Lenin geprägt hat, wäre COSEP vielleicht gar nicht einverstanden damit. Also, ich weiß nicht, was COSEP damit will. Erneut habe ich den Eindruck, daß COSEP nicht begreift, was eine produktive Demokratie ist. Das ist ein Problem, das nicht nur der COSEP hat, sondern viele Sektoren des Weltkapitalismus meinen, Demokratie sei nur eine politische Frage. Und wir glauben, daß Demokratie eine globale Frage ist, die politische, kulturelle und vor allem wirtschaftliche

Probleme berührt. Der Aufbau der Demokratie, die wir wollen,beginnt in den Fabriken, innerhalb des produktiven Systems,und dann geht es weiter, Ausweitung der Demokratie im produktiven Bereich, Volkspartizipation, d.h., die Demokratie auf den ganzen Staat ausdehnen. Das ist der Kern des sandinistischen Modells. Es ist eine globale Demokratie, in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht. Anders ist Demokratie auch nicht möglich, unserer Meinung nach. Sie muß überall hinkommen. Die kapitalistische Demokratie ist eine formale Demokratie, die nur an einen institutionellen Rahmen gebunden ist.In diesen institutionellen Formen hat das Volk wenig Macht, das beste Beispiel dafür ist vielleicht Nordamerika. An diesem Typus von Demokratie haben wir kein Interesse, hier in Nicaragua hat diese Demokratie keine Chance. Wir wollen eine globale Demokratie, die, ich wiederhole, alle Bereiche berührt, Kultur, Politik und Ökonomie.

Frage: Das Ziel der Wirtschaftspolitik der Regierung von Nicaragua ist wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit.Wie läßt sich das Ziel erreichen?

Antwort: Zunächst mal muß man da realisitisch sein. Wir sind ein sehr kleines Land, zudem arm und unterentwickelt. Umgeben von kapitalistischen Wirtschaftssystemen. Wir sind uns darüber im Klaren, daß unsere Abhängigkeit eine strukturelle ist. Genauso, wie die Unterentwicklung strukturell ist. Alles, was wir in dieser Phase der sandinistsichen Revolution beabsichtigen, ist die Diversifizierung unserer Abhängigkeit. Nicaragua ist schon sehr lange von den USA abhängig. Sowohl was Exporte, als auch was Importe und Finanzgeschäfte angeht. Was wir jetzt wollen, ist, die Abhängigkeit von den USA zu vermindern, und eine Ökonomie aufbauen, die sehr viel mannigfacher ist. Da werden die USA mit einbezogen sein, aber Europa soll eine größere Rolle spielen, als zu Zeiten des Somozismus, und auch die Blockfreien, die sozialistischen Länder und Lateinamerika. Deshalb haben wir auch diplomatische Beziehungen mit der Mehrheit der Länder der Erde. wir unterhalten Beziehungen mit den beiden China, mit den beiden Deutschland, in diesem Sinn stellen wir uns da. Und wir glauben, daß das ein Modell für viele Länder Lateinamerikas und der "Dritten Welt" sein könnte. Und vielleicht ist es genau die Orginalität des Sandinismus, die heute die großen, mächtigen Länder so besorgt macht.

Frage: Der notwendige Prozeß der Industrialisierung läßt sich nur durch eine verstärkte Akkumulation im Agrarsektor stimulieren. Wie läßt sich das vereinbaren mit den Interessen der Landarbeiter, weniger ausgebeutet zu sein. Ich meine das in dem Sinn, weniger arbeiten und besser leben?

Antwort: Das ist das traditionelle Modell Nicaraguas. Daß nämlich die Akkumulation im Agrarexportsektor von statten ging. Ein starker Landarbeitersektor mit hoher Beschäftigung erzeugte durch billige Arbeit und billiges Essen das Kapital für die Privatwirtschaft, den Somozimus und die Transnationalen. Wir beabsichtigen, mit dem traditionellen Modell zu brechen und ein neues entstehen zu lassen, wo der Exportsektor zwar noch die Hauptader ist für die Devisenerwirtschaftung, der aber ergänzt wird durch die Produktion von Basisgüter, wie z.B. Nahrungsmittel, Kleidung, Baumaterialien. Also, es ist ziemlich schwierig,eine neue Wirtschaft aufzubauen, in der der Agrarexportsektor nur ein Teil eines viel weitgefassteren Modells ist, wo es also den Devisensektor gibt und gleichzeitig den Grundversorgungssektor.

Eine vernünftige Ergänzung dieser beiden Sektoren zu entwickeln, wird uns einige Jahre Arbeit kosten. Eine Sache, die wir gerade jetzt verwirklichen, ist die Förderung der Produktion der Grundnahrungsmittel. Wir geben den Bauern besonders günstige Kredite, wenn sich die Bauern ihrerseits verpflichten, nach ihrer Ernte die Einbringung unserer Exportgüter wie Baumwolle, Kaffee und Zuckerrohr zu unterstützen. Denn wir haben nicht Arbeitskräfte im Überfluß. Noch in diesem Jahr werden wir die geringste Arbeitlosenzahl erreichen, die Nicaragua jemals gehabt hat, nämlich 13% . Und binnen kurzem werden wir sogar Arbeitskräftemangel haben, weil wir für die Rohstoffe, die wir nutzen können, recht wenig Einwohner sind. Der Punkt ist zu schauen, wie kann erreicht werden, daß die Sektoren der bäuerlichen Kleinproduktion und der Exportwirtschaft nicht miteinander konkurrieren, sondern sich ergänzen. Und auch deswegen bestehen wir so stark auf die Organisationsformen der Produktion. Wir glauben, daß es machbar ist, daß sich die beiden Sektoren ergänzen und sich nicht bekämpfen.

Frage: Wie funktioniert das Modell der 'participación', der Mitbestimmung,in den staatlichen Landgütern?

Antwort: Nun gut, da gibt es verschiedene Modelle, es gibt wenigstens drei Arten von Kooperativen. Dienstleistungskooperativen, Produktionskooperativen und die sandinistischen Agrarkooperativen, in denen die 'participación' verschieden abläuft. So beispielsweise eine total kollektive 'participación', wo die Campesinos ihre Parzellen zusammenlegen um wie eine einzige Produktionseinheit zu produzieren, oder Kooperativen, wo die Bauern ihr Land individuell behalten und vom Staat durch Kredite, Technologie und Dienstleistungen gefördert werden. Es gibt verschiedene Niveaus von Produktionsformen, also gibt es auch verschiedene Formen von 'participación'. Die "Volksmitbestimmung" findet zum Beispiel in den 'Versammlungen zum ökonomischen Wiederaufschwung' statt. Man muß sich darüber im Klaren sein, daß wir mit all dem noch am Anfang stehen. Die 'participación' muß sich weiterentwickeln. Und wir haben diese Revolution gerade erst begonnen. Das Problem der 'participación' ist auch ein Problem der Zeit, der Kultur, der Organisation und der Massenmobilisierung der Arbeiter. Man kann keine Arbeiter sinnvoll organisieren, die Analphabeten sind. Deswegen war die Alphabetisierungskampagne auch keine kulturelle Kampagne, sondern auch eine politische Kampagne und auch eine Aktion für größere Produktivität. Eine Sache, die natürlich gewissen Sektoren gar nicht gefällt. Aber, wie ich schon sagte, dieser Prozeß ist ein globaler Prozeß. Wir können die Ökonomie nicht von der Kultur oder der Politik trennen.

Frage: Welchen Einfluß haben denn die Arbeitervertreter in den 'Komitees der Koordinierung und Planung' und in den'Versammlungen zum ökonomischen Wiederaufschwung'?

Antwort: In den'Versammlungen zum ökonomischen Wiederaufschwung' sind sie es, die den Laden schmeißen. Sie berufen sie ein und fordern die Leitung des Betriebs auf, Rechenschaft abzulegen. Auf der Ebene der Planung ist das schwieriger. Man kann nicht 6 Monate nach einer Revolution ein fertiges Wirtschaftsprogramm aus der Tasche ziehen. Unser Programm sieht eine Teilnahme der wichtigsten Volksorganisationen vor und zwar nicht nur im allgemeinen Programm, sondern auch in den einzelnen Planungsbereichen, wie z.B. Handel, Außenwirtschaft etc.. Aber diese 'participación' hat erst angefangen und ist u.E. noch schwach entwickelt. Aber, das ganze ist ja ein Prozeß. Ein Pro-

zeß, indem es darauf ankommt, zu schauen, wie kann man die Formen finden, wo am meisten 'participación' verwirklichen. In diesem Jahr zum Beispiel wurde das Wirtschaftsprogramm 81 nicht zuerst der Staatsverwaltung gezeigt und auch nicht zuerst der Privatwirtschaft, sondern, bevor es veröffentlicht wurde, bekamen es die Massenorganisationen präsentiert. Das ist nur ein Symbol dafür, um zu zeigen,was wir beabsichtigen.Desweiteren gibt es die Komitees zur Regionalplanung, in denen die Volksorganisationen mitarbeiten, und auch das Planungsministerium steht in engem Kontakt mit den Volksorganisationen.Man diskutiert die Löhne, die Versorgungsprobleme, die großen Projekte, die Produktion von Grundnahrungsmittel, aber immernoch sagen wir, das sind Anfangsschritte, die weitergehen werden müssen, genauso, wie die Fähigkeit des Staates vermehrt werden muß, durch Planung und Organisation die Volksorganisationen zu fördern in wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Hinsicht. Wir hoffen, daß dieser Prozeß wächst. Und was wichtig ist, daß man sich immer klarmacht, ob er weiter geht, ob er voran geht oder hinterherhinkt. Das ist wichtig, um zu sehen, wohin geht die sandinistische Revolution.

Frage:Und wie sehen die kollektiven Produktionsformen auf den staatlichen Gütern aus?

Antwort:Wie ich schon vorher sagte, es gibt verschiedene Formen. Die Landkooperativen, die Versammlungen zum ökonomischen Wiederaufschwung, die nationale Union der Angestellten. Es gibt eine Gewerkschaft für die Staatsangestellten, wo die Arbeiter alle 2 Wochen regelmäßig Versammlungen haben, ebenfalls in den Ministerien. Wie ich schon sagte, steckt alles noch in den Anfängen. Nach 5o Jahren Diktatur kann man keine Saltos zur direkten Volksdemokratie schlagen. Das wird uns noch viel Zeit kosten. Das ist der Prozeß.

Frage: Das, was du vorhin erklärt hast, gilt für die Staatsbetriebe. Wie wird nun aber die "Volkspartizipation" für die Landarbeiter in den Privatunternehmen und für die Kleinbauern aufgebaut?

Antwort: Da gab es schon erste große Fortschritte. Die gewerkschaftlich organierten Landarbeiter haben um 3oo% zugenommen. Es gibt mehr gewerkschaftlich organisierte Landarbeiter als Industriearbeiter. Diese Arbeiter haben größeren politischen Einfluß als vorher. Was ich damit sagen will, ist, das Problem der 'participación' ist ein Problem von politischer Macht. Unser Standpunkt ist der: wenn die politische Macht der Volksorganisationen wächst, wird es auch mehr 'participación' geben. Es ist völlig unsinnig, Volksorganisationen zu gründen in einem Kapitalismus, der nicht die Entstehung von Volksmacht erlaubt. In dem MOment, in dem die Volksorganisationen die authentische Macht haben, werden sie selbst die entsprechende Form der 'participación' suchen, so, wie sie in der Lage sind, sie zu realisieren. Das Grundproblem ist das der politischen Macht, und vielleicht ist deswegen einer der häufigsten Schreie, die man heute in Nicaragua hören kann: VOLKSMACHT,VOLKSMACHT! Weil sie sich darüber im Klaren sind, daß die Volksmacht den Weg öffnen für die 'participación'.

Frage: Und wie funktionieren die 'sandinistischen Landkooperativen'?

Antwort: Ich weiß nicht genau, wieviele es davon im Moment gibt. Es wurden viele davon gegründet und einige davon funktionieren sehr gut. Gestern war ich in Nueva Guinea, da ist eine der besten Kooperativen, die ich in Lateinamerika jemals gesehen habe. Die Arbeiter haben die

totale Kontrolle über die Kooperative. Sie haben ihre Privatparzellen zusammengelegt, darüberhinaus vom Staat weitere 1oo manzanas Privatbesitz erhalten, der heute auch völlig kollektiviert ist. Also, wir haben Modelle von solchen Kooperativen. Zweifelsohne gibt es auch andere Kooperativen, die sehr schlecht funktionieren, weil es den campesinos an Kapazitäten fehlt, die Produktion zu erhöhen. Es ist ein Prozeß der Volkserziehung. Wenn sich die Volkserziehung verbessert, einschließlich der Gesundheitsversorgung, wird auch die Produktivität der Arbeiter ansteigen. Die Kooperativen werden laufen.Das läßt sich aber nicht unter den unmenschlichen Bedinungen schaffen, unter denen die Arbeiter früher gelebt haben. Das ist der Teil eines totalen Wechsels eben dieser Gesellschaft.

Frage:Vor kurzem habe ich gelesen, daß es "illegale Landnahmen"von Bauern in Chinandega gegeben hat. Die FSLN-Zeitung'Barricada', aber auch 'Nuevo Diario' sprachen von "linksradikalen Kräften". Warum werden die Landnahmen politisch diskriminiert?

Antwort:
Es gab in Nicaragua immer Landnahmen. Auch während des Somozimus. Das muß man erst mal wissen.Und manchmal hatte auch Somoza keine anderen Mittel, als die Landnahmen zuzulassen. Weil es kollektive Verteidigungsformen der Bauern waren, um überleben zu können. Diese Landnahmen, die in den ersten Tagen der Revolution sehr häufig vorkamen, die Landnahmen auch gegen Staatsbesitz waren, finden noch immer gelegentlich statt. In einigen Fällen waren sie vielleicht illegal und auch wenig effizient. In anderen Fällen waren sie sehr gerechtfertigt.Die Leute holen sich das Land von Besitzern, die es nicht bearbeiten. Oder auch, wenn der Staat selbst von dem Land keinen vernünftigen Gebrauch macht. Deshalb hat der Staat auch viele Ländereien an die Campesinos übergeben. Meistens nicht in Form von Privatbesitz, sondern in Kollektivform.Das ist die große Herausforderung, die das Privatunternehmen im Agrarsektor hat. Als die Baumwollarbeiter im vergangenen Jahr diskutierten, wieviel 'manzanas' Baumwolle sie anpflanzen werden, sagte der Gewerkschaftsleiter der Bauerngewerkschaft ATC: "senores, wenn Sie produzieren, haben sie die Garantie der ATC, daß das Land von niemanden angerührt wird. Aber wenn Sie nicht produzieren, garantiere ich, daß ich 8o.ooo campesinos ohne Land zu Verfügung habe, die produzieren werden." Also, Landnahmen haben Logik der Produktivität und haben eine soziale Logik. In dem Fall, den du angesprochen hast, in dem Fall, den 'Barricada' aufgegriffen hat, das können "Linksradikale" sein, das können auch Rechte sein, denn das Phänomen der Landnahme entstammt aus mindestens zwei verschiedenen Typen von Mentalität und Ideologie.Es gibt Leute, die akzeptieren keine Organisationsformen 'sozialen Typus'. Und sie ziehen es vor, ihre eigene kleine Parzelle zu besitzen. Zweifelsohne gibt es auch eine kleinbürgerliche Mentalität unter gewissen Sektoren der Bauern. Es gibt auch die Anderen, die den Sozialismus wollen und vor allem diejenigen, die im Somozismo viel gelitten haben,sind die radikalsten Sektoren. Die, die eine sehr aktive Rolle in der Revolution spielten. Darüberhinaus gibt es den Typus von hohem Bewußtsein, die sehen, daß sich die Probleme nicht mit der Geschwindigkeit bewältigen lassen,wie sie das gerne hätten. Zweifelsohne gibt es auf der anderen Seite auch Gruppen, ich denke, es sind wenige,die, zum Beispiel vor einem Jahr bei der Gründung der 'Intersindical', es war genau vor einem Jahr, im März, Unternehmen besetzen. Ich nahm an Versammlungen mit diesem Arbeitern teil und fragte sie: "Haben Sie die Fähigkeit, das Unternehmen zu leiten?" Sie hatten sie nicht. "Sind Sie in der Lage, die Exporte

nach den internationalen Märkten aufrechtzuerhalten?" Sie waren dazu nicht in der Lage."Also", sagte ich, "Sie haben sich nicht klargemacht, daß die Besetzung dieses Unternehmens in diesem Moment nicht nur illegal ist, sondern darüber hinaus auch noch irrational, antiproduktiv und deswegen gegen die Revolution."In dieser Diskussion verstanden die Arbeiter, daß die Aktion nicht nur schädlich für das Unternehmen war, sondern auch für sie selbst und das Land. Auf der anderen Seite zwingt der ständige Druck dieser Volkskräfte die Privatwirtschaft, Fortschritte zu machen. Ich meine, in allen Revolutionen müssen diese Spannungen und Klassenkämpfe existieren. Wenn das nicht so wäre, wäre es auch keine Revolution. Für mich sind die Spannungen logisch. Es gibt Momente, in denen eine bestimmte Logik mit der allgemeinen bricht und dann gibt es Probleme, da muß man schauen, die Probleme zu stoppen und zu besiegen. Denn sie gefährden die Interessen der großen Mehrheit.

Frage: Das heißt, Landbesetzungen sind nicht ein Anzeichen für steigendes Bewußtsein der Bauern, also die Interessen der Armen zu verteidigen?

Antwort: Einer kann Land besetzen und damit gegen die Interessen der Mehrheit verstoßen. Einer kann Land besetzen, ohne Vor- oder Nachteile für irgendwen. Es kommt eben von Fall zu Fall darauf an. Die Landnahme kann notwendig sein, sie kann ein Mechanismus zur Verteidigung des Eigentums der Bauern sein, sie kann irrational sein, sie kann völlig unwirtschaftliche sein, also, man muß jeden einzelnen Fall analysieren.

Frage:Die Situation der sandinistischen Gewerkschaften ist etwas kompliziert. Auf der einen Seite verkörpern sie die Interessen der ganzen nicaraguanischen Bevölkerung, d.h. wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen, Effizienz, Sparsamkeit und das alles. Auf der anderen Seite vertreten sie die Interessen der Arbeiter nach höherem Lohn und besseren Lebensbedingungen. Wie läßt sich dieser Widerspruch bewältigen?

Antwort: Ich weiß nicht, bis zu welchem Grad das ein Widerspruch ist. Es ist völlig klar, daß eine Revolution Erwartungen und Wünsche weckt. Wünsche, die lange Zeit im Volk unterdrückt waren. Das ist positiv. Das untersützt Bewußtseinsbildung, politische Macht, und der Druck der Arbeiterklasse ist eine der wichtigsten Kräfte, die eine Revolution hat.Schlecht ist, wenn der soziale Druck der Volksorganisationen nicht auf die Ursachen trifft und umschlägt in eine Art Anarchie. Oder wenn es Druck von einer besser organisierten Gruppe gibt, die die Entstehung von Elitismus hervorrufen kann. Zum Beispiel eine Gewerkschaftselite, eine Bauernelite, gegen die Interessen der großen Mehrheiten. Deshalb ist die 'Volksplanung' wichtig, wo der Druck des Volkes auf die Ursachen trifft, für eine organische Entwicklung. Die muß mit den alten Strukturen und Modellen brechen, aber dieser Prozeß erfordert es, gut geleitet zu sein, deshalb ist politische Avantgarde notwendig. Außerdem haben wir auch außenpolitische, zentralamerikanische Konflikte, es gibt einen internationalen Druck gegen die nicaraguanische Revolution.Das alles sind objektive Kräfte, die die Entwicklung einer Revolution bestimmen. Es ist also wichtig, daß die Arbeiterklasse und die Klasse der Bauern die Bedingungen kennenlernen, in denen sich die sandinistische Revolution abspielt. Deshalb ist auch die politische, technische und kulturelle Förderung wichtiger Bestandteil der produktiven Entwicklung des Landes.

Frage: In einem Artikel der letzten Woche sprach "La Prensa" von dem Kongress der christdemokratischen Gewerkschaft CTN, der 65.000 Arbeiter repräsentiert haben soll. Ist diese Zahl richtig und bedeuteet das eine Gefahr für die Durchführung des Programms 81?

Antwort: Ich weiß wirklich nicht, ob diese Zahl richtig ist. Mir scheint sie etwas übertrieben. Aber auf jeden Fall stimmt, daß die CTN gewerkschaftliche Macht in Nicaragua hatte und immer noch hat. Sie ist eine der alten Gewerkschaften. Das bedauerliche an der CTN ist, daß sie historisch an eine Bewegung gebunden ist, die in Lateinamerika eine dramatische Erfahrung für die Völker ist: die Christdemokratie. Die CTN ist von der christdemokratischen Partei kontrolliert. Die Christdemokratie in Lateinamerika, vor allem aber auch in Zentralamerika, der Fall El Salvador zeigt das ganz deutlich, hat nie die Interessen des Volkes verteidigt. Auch die CTN ist kontrolliert im Dienst der Interessen der Bourgeoisie. Sie haben sogar die christliche Ideologie dazu benutzt, diese Gewerkschaften zu stützen. Historisch gesehen, begünstigen die großen, christlichen Massen diesen Gewerkschaftstypus. Heute, nach Medellin, nach Puebla, mit dem Hinzukommen der 'Volkskirche', haben die christlichen MAssen erkannt, daß dieser Typ von demokratischer Ideologie mit christlichem Namen weder demokratisch ist noch christlich. Und deswegen haben sie sich davon getrennt. Im Fall von Nicaragua glaube ich, daß dieser Syndikalismus Bankrott machen wird. Und daß diese Gewerkschaften an Macht und Anziehungskraft verlieren werden. Die Gewerkschaften werden bleiben, ebenso ihre alten Führer, die viel Geld aus dem Ausland bekommen, viel Unterstützung, aber auf der Ebene der Massenunterstützung glaube ich, daß sie auf dem absteigenden Ast sind. Meiner Meinung nach stellen sie keine Gefahr für die Ausführung des Programms für 1981 da.

Frage:Welche Rolle spielt die'Gewerkschaftskoordination' in dem Konflikt zwischen sandinistischen Gewerkschaften und CTN?

Antwort:Ich glaube, daß die 'Coordinadora' einen großen Fortschritt bedeutet. Weil sie, wie ich schon vorher erwähnte, die Volksvorherrschaft erlaubt. Es ist klar erkenntlich, daß die Arbeiterbewgung Nicaraguas verschiedene'Geschichten' hat, verschiedene Traditionen, die sich noch noch nicht vereinigt haben. Dieser Schritt ist sehr wichtig, wo man jetzt wenigstens eine große Koordination erreicht hat. Und jedes Mal sieht man mehr, wie die gewerkschaftliche Einheit näher rückt. Damit die Gewerkschaftseinheit eines Tages eine einzige Gewerkschaft sei,eine Arbeiterzentrale, mit autonomeren Organisationsformen. Ich weiß nicht, wie sich das historisch entwickeln wird. Das müssen die Organisationen selbst entscheiden. Ich glaube, für das Wohl der Volksinteressen ist es völlig klar, daß eine Vereinheitlichung der Volksorganisationen einschließlich der Gewerkschaft ein Schritt nach Vorn wäre.Ich weiß nicht, ob die beste Form eine Einheitszentrale oder eine Konföderation ist. Das müssen die Arbeiter selbst diskutieren.

Frage: Als Diktator Somoza aus Nicaragua floh, hinterließ er eine Auslandsschuld von 1.6 Mrd. Dollar. In der Staatskasse verblieben lediglich 3.5 Mio. . Wie ist die augenblickliche finanzielle Lage Nicaraguas?

Antwort: Die Schulden Somozas sind eine große Tragödie für dieses Land, denn das Problem ist nicht nur die Schulden allein, sondern auch, daß dieses Geld zum großen Teil erst gar nicht in das Land

geflossen ist. Die Somozisten, vor allem Somoza selbst, deponierten das Geld auf Bankkonten in der Schweiz, in Miami und in Panama. Das heißt, das Land soll die Schulden bezahlen, ohne das Kapital je gesehen zu haben. Zweifellos war es eine sehr realistische Entscheidung, und beweist erneut die Orginalität des Sandinismus, sich dieser Verschuldung verantwortlich zu zeigen, zu zahlen, aber unter der Bedingung, daß erst das Land wiederaufgebaut werden könnte. Die Schuld kann nicht mit 3.5. Mio Dollar bezahlt werden, also nahmen wir Verhandlungen auf mit den internationalen Finanzorganisationen, und wir haben recht gute Umschuldungsergebnisse erzielt. Ich meinen, daß das ein weiterer Erfolg der sandinistischen Revolution ist. wir haben einen Zeitaufschub bis 1985 erreicht, bis dann muß der Wiederaufbau abgeschlosssen sein, damit wir dann die Schulden abzahlen können. Aber wir bestehen sehr darauf, daß gesehen wird: nicht Nicaragua ist für diese Schuld verantwortlich, sondern die Verantwortung ist international. Das Geld wurde gegeben, um Somoza zu unterstützen. Eine Militärdiktatur des Völkermords. Und die Banken und Regierungen, die mit den Krediten Somoza geholfen haben, sind für die Schulden mitverantwortlich. Deshalb haben wir gesagt, wir erkennen die Schuld an, aber nur, wenn auch die internationale Gemeinschaft ihren Anteil an dieser Schuld anerkennt. Deshalb haben wir diesen Fall auch im September 1979 vor die Versammlung der Vereinten Nationen gebracht und dort die Unterstützung der Mehrheit erhalten. Deswegen empfinden wir die Suspendierung der Kredite der USA nicht nur als dramatisch, sondern auch als Agression.

Frage: Seit dem Amtsantritt des US-amerikanischen Präsidenten Reagan scheint die Außenpolitik der Vereinigten Staaten darauf hinauszulaufen, Nicaragua ökonomisch zu erdrosseln. So suspendierten sie beispielsweise einen 15-Mio-Dollar-Kredit, der für Getreidekäufe vorgesehen war. Aus diesem Grund entwickelte Nicaragua eine Kampagne "Brot für Nicaragua". Was sind die Ziele dieser Kampagne?

Antwort: Die USA annullierten einen Kredit von 15 Mio aus einem Gesamtpaket von 75 Mio. Zusätzlich zu diesen 15 Mio suspendierten sie weitere 9,4 Mio für Getreide. Zusammengerechnet also 24,4 Mio Dollar. Es ist das erste Mal, daß sie im Fall von Nicaragua Lebensmittel als politische Waffe benutzten. Und dies zog sowohl die Verurteilung der FAO nach sich, als auch von vielen Staaten. Die Aussetzung der Finanzierungshilfe seitens der AID wird sich bedauerlicherweise in negativer Form gegen die Volksinteressen niederschlagen. Denn die Mehrheit dieses 15 Mio-Kredites war vorgesehen für den Bau von Schulen, Hospitälern und Trinkwasserleitungen. Darunter das Volk zu leiden haben. Deshalb betrachten wir die Suspendierung der Kredite als Aggression. Auch weil der Kredit schon zugesagt und bereits im Programm 81 eingeplant war. Das wird uns dazu zwingen einige Veränderungen im Programm vorzunehmen. Die Kampagne "Brot für Nicaragua" beabsichtigt die internationale Solidarität zu erlangen, um das Getreide zu bekommen. Und nicht nur das Getreide, sondern auch weiter Auslandshilfe, um den Wiederaufbau des Landes voranzutreiben. Das ist nicht nur das Problem von Getreide, sondern auch das Problem von Maschinen, von Devisen, von Technologie, also insgesamt das Industrieproblem. Deshalb haben wir diese Kampagne ins Leben gerufen und schon in den letzten Wochen haben wir mehr erhalten, als die USA gestrichen haben. So gesehen war die Aktion für Nordamerika ein Reinfall. Und die Kampagne hat noch andere Vorteile hervorgerufen: Erstens mehr Auslandshilfe für Nicaragua, zweitens eine größere nationale Einheit, weil auch die Privatunternehmen protestiert haben und drittens, vielleicht das wichtigste, innerhalb der Regierungsarbeit mehr Effizienz, bei den Arbeitern größere Produktivität, denn wir alle haben gelernt, daß wir mehr auf unsere eigenen Kräfte bauen müssen, als uns auf Auslandshilfe zu verlassen. Ich denke, daß die Suspendierung uns kurzfristig Opfer auferlegt, mittelfristig jedoch durchaus positiv ist.

Frage: Nach meiner Information haben Kanada und Argentinien den Verlust des Getreides ausgeglichen. Trotzdem existiert die Kampagne immer noch. Warum?

Antwort: Die Hilfe Argentiniens kam vor der Suspendierung, d.h., das argentinische Getreide haben wir schon gegessen. Das kanadische Getreide kam zu einem für uns sehr günstigen Zeitpunkt, aber es deckt nicht den gesamten Verlust. Deswegen fahren wir mit der Kampagne fort. Ein weiterer Grund ist, daß die Mehrheit des Getreides, das wir importieren, aus den USA kommt. Das bedeutet, daß diese Kampagne nicht nur das Problem dieses Jahres zu lösen beabsichtigt, sondern auch die Probleme von künftigen Jahren. Und wenn wir von Brot sprechen, sprechen wir nicht nur von Brot als Getreide, sondern auch von Brot als Öl, von Brot als Technologie. Wir beabsichtigen also mit dieser Kampagne die internationale Solidarität hervorzurufen, damit dies sich niemals wiederholt.

Frage: Gibt es andere Beispiele von ökonomischer Erdrosselung?

Antwort: Nein, bis jetzt noch nicht. Aber es könnte passieren. Deshalb wollen wir unsere Abhängigkeit von den USA "diversifizieren".

Frage: Meine letzte Frage: Aufgrund der Situation in El Salvador, funktioniert der"zentralamerikanische gemeinsame Markt"nicht mehr richtig. Welche Länder könnten für Nicaragua den Verlust der Handelspartner ersetzen ?

Antwort: Nun gut, ich glaube man muß diese Frage anders stellen.Der gemeinsame Markt nutzt nicht und hat nicht genutzt, nicht wegen der Situation in El Salvador, sondern weil er immer ein Projekt der USA für die Region von Zentralamerika war. Das ist ein sehr strukturelles Problem. Der gemeinsame Markt war ein Instrument für die transnationalen Konzerne, um Zentralamerika zu durchdringen, er vertrat nie die Interessen der zentralamerikanischen Länder. Der MCCA (gemeinsame zentralamerikanische Markt) befindet sich in einer Krise, und er schiebt die Konflikte des Volksaufstandes in El Salvador und Guatemala als Grund für die Krise vor. Wir denken, daß der MCCA neu aufgebaut werden muß, wir werden ihn verteidigen, aber aus einer anderen Perspektive und einem anderen Entwicklungsmodell heraus. Das hängt auch von den politischen Veränderungen in den Bruderländern ab, und wir hoffen, daß dies bald passieren. Nicaragua hat seine internationale Beziehung diversifiziert mit den Blockfreien, mit Europa, mit den sozialistischen Ländern und mit den USA. Wir wollen nicht die Beziehungen mit den USA abbrechen, weder die diplomatischen, noch die kommerziellen. Ein weiteres Mal kann man hier die Originalität des sandinistischen Modells sehen. Wir wollen diplomatische Beziehungen mit der ganzen Welt erhalten. Deswegen bestehen wir in dem Programm 81 so sehr auf der Diversifizierung unserer Abhängigkeit.

BRASILIEN

Kirchliche Gemeinden — CEBs —

Am 2. Mai dieses Jahres weilte Padre Geraldo auf Einladung des Freundeskreises "Antônio Fragoso" in Berlin. Geraldo betreut "Comunidades Eclesiais de Base" -CEBs- (Kirchliche Basisgemeinden) in Cratéus, einer Stadt von 30.000 Einwohnern im Innern des nordöstlichen Bundesstaates Ceará.
Bevor er von seiner konkreten Arbeit erzählt, soll die Rolle der katholischen Kirche und insbesondere der CEBs näher erklärt werden.

Zur Rolle der CEBs

Nach dem Staatsstreich vom 31.3.64 distanziert sich die katholische Kirche von der "immer weiter nach links abgewanderten" Açao Católica, deren Führer von den Putschisten verfolgt werden. Die kath. Hierarchie, die erst noch die Militärs ("Mit Gott fürs Vaterland") gegen die "Syndikalisten-Republik" des damaligen Präsidenten Goulart unterstützte, merkt jedoch, daß eine völlige Identifikation mit der Diktatur ihre Resonanz bei den Massen schmälert. Sie unterstützt sogar nicht konfessionelle Bewegungen, die verfolgt werden und unter ihrem Schutz deren Aktivitäten weiterverfolgen können.
Die Entstehung der CEBs in den 60er Jahren ist sowohl auf den Willen der kath. Hierarchie zurückzuführen, die Basis wiederzugewinnen, als auch eine Bewegung von unten nach oben in der Tradition der Açao Católica.
Die lateinamerikanische Bischofskonferenz von Medellin 1968 erklärt ausdrücklich die CEBs zu einem wichtigen Bestandteil der Kirche und betont das biblische Gebot, die Rechte der Armen und Unterdrückten zu verteidigen (zentrales Thema auch in der "Teologia da Libertaçao" - Befreiungstheologie).
Die Kirche mit ihrem progressivem Flügel ist die einzige offizielle Institution, die sich heute solidarisch mit den landlosen Millionen und den verarmenden Kleinbauern erklärt, eine Agrarreform und gerechte Landverteilung auf der Grundlage von Genossenschafts-, Familien- und Stammeseigentum fordert und die Vertreibung von Bauern in andere Regionen mißbilligt. Auf der bras. Bischofskonferenz im Februar 1980 wurde gegen nur vier ablehnende Stimmen das Dokument "Kirche und Probleme des Grundbesitzes" verabschiedet. Es besagt u.a., daß die Landlosigkeit den Menschen nur die Wahl läßt, hohe Pachten zu zahlen oder das Land zu besetzen. Auch für die streikenden Metallarbeiter São Paulos wurde die Kirche zum Rückhalt. So wurde im letzten Jahr den Streikenden das Kirchengebäude zur Verfügung gestellt, nachdem die Gewerkschaftsführung verhaftet war und die Gewerkschaftsgebäude geschlossen wurden.
Das Handeln nach der "Befreiungstheologie" stößt beim Vatikan auf wenig Verständnis. Die bras. Regierung verfolgt den "marxistischen Klerus" schon jahrelang: zwischen 1968 und 1978 wurden 9 Bischöfe

und 113 Priester und Seminaristen sowie 275 Pastoralarbeit ausführende Laien verhaftet, 4 Priester und 1 Seminarist getötet, unzählige Geistliche gefoltert. Das neue Ausländergesetz wurde auch gegen die ausländischen Geistlichen (in Brasilien beträgt ihr Anteil 5.000 von 12.000, unter den Bischöfen 56 von 260) angewandt: Schlagzeilen machte besonders die Ausweisung des italienischen Paters Vito, der sich geweigert hatte, zum Unabhängigkeitstag am 7. September 1980 eine Messe zu halten, weil das Volk statt "unabhängig" bettelarm und schutzlos sei.
Heute gibt es in Brasilien über 40.000 CEBs, deren Gründung, Mitgliedschaft, Funktion usw. sehr unterschiedlich sind. Eine CEB versammelt meistens einen Kreis von Erwachsenen unterschiedlicher Altersschichten und Geschlechter, bis zu 30 Personen. Ausgangspunkt ist meist die Nachbarschaft und die Gemeinsamkeit der schwierigen Lebensbedingungen sowie die Bibel und die Diskussion über deren Aktualität. Die Teilnehmer verstehen die CEBs als erwünschte Rückkehr zu zwischenmenschlichen Beziehungen, wie sie in Kleinstädten und auf dem Lande (woher ja ursprünglich die meisten stammen) ablaufen, d.h. die Ideale der Solidarität, Gruppensinn, Brüderlichkeit usw. Alle Anwesenden werden aufgefordert, aktiv an den Versammlungen teilzunehmen. Das bedeutet für viele den Lernprozeß des freien Sprechens in der Gruppe. Zusätzliche Evangelisierungskurse tragen zur Herausbildung nicht-klerikaler Persönlichkeiten bei (liderança leiga). Manche CEBs bleiben auf diesem Niveau stehen, andere gehen darüber hinaus.
Kleine Projekte werden von der Gemeinschaft selbst ausgeführt. Die gegenseitige Hilfe der Gruppenmitglieder stärkt ihr Selbstbewußtsein und erweitert ihr Bewußtsein bis zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Solidarität der marginalen Stadtbevölkerung und des Kampfes gegen die ungleiche Verteilung der notwendigen Basisdienstleistungen.
Die christlichen Ideale der Solidarität und der Gleichheit werden immer wieder vorangestellt, und die unzulänglichen Lebensbedingungen in der Peripherie nicht mehr auf die Nachlässigkeit der Regierung zurückgeführt, sondern auf das kapitalistische System insgesamt (Protokoll des 3. Encontros der CEBs Juli 1978). Das Klientelsystem wird verurteilt. Man bittet nicht mehr um eine Gunst, sondern fordert ein elementares Recht im Namen der christlichen Werte. Auf lange Sicht werden gesamtgesellschaftliche Veränderungen angestrebt. Die internen und externen Konflikte (vor allem mit dem reaktionären Teil der kirchlichen Hierarchie) sind auch aus den Widersprüchen der CEBs heraus zu verstehen. Die CEBs haben einen religiösen und gleichzeitig einen weltlichen Anspruch; die Autorität der Hierarchie stößt mit dem totalen Autonomiestreben der CEBs zusammen.
Auf alle Fälle tragen die CEBs zur Erneuerung der Kirche und ihrer verkrusteten Strukturen bei. Zu unterstreichen ist die wiederholte Praxis des Wählens für jede Entscheidung, die den basisdemokratischen Anspruch der CEBs ausdrückt.

Padre Geraldo erzählt

"Im Munizip Cratéus wohnen 30.000 Leute, davon aber nur 1000 im Zentrum, und die Familien sind sehr groß (7 - 10 Kinder).
Es gibt keine Industrie, und die Regierung oder Militärs kümmern sich nicht um die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes, bedrohen aber die Pastoralarbeit ausführende Laien, versuchen, den Bischof zu isolieren, um die Arbeit der CEBs zu beenden ('kommunistische, subversive Arbeit'). Deshalb, weil jede CEB eine lebende Zelle ist, die Möglichkeiten der Teilung hat, weil mit ihr

eine Bewußtseinsarbeit und Volksorganisierung initiiert wird. Die CEBs sind kirchlich, aber unabhängig und repräsentieren die größte Kraft, die Hoffnung der Kirche. Sie sind gediehen dank der Unterstützung der CNBB (Nationale Bischofskonferenz), die traditionelle Positionen schwächt, und der aktiven Laienarbeiter.
Ich bin Vikar einer Region mit überwiegend Landarbeitern und lebe die meiste Zeit in der Stadt. Hier halte ich zweimal monatlich mittwochs und sonntags die Messe und führe Heiraten, Taufen usw. für die CEB und das 'große Volk' durch, weil man sie aus pädagogischen Gründen nicht verlassen kann. Die anderen beiden Mittwoche und Sonntage helfe ich in einer anderen Pfarrei, weil wir wenig Priester in der Region sind. Montags, dienstags, donnerstags und freitags besuche ich Leute aus den CEBs, von denen es etwa 20 organisierte gibt. In einem Monat besuche ich nur die wichtigsten Häuser, die ärmsten. Den ganzen Nachmittag besuche ich Familien und die Probleme Wohnung, Gesundheit, Fehlen von Schule, Licht usw., Armut, Anzeichen von Kindersterblichkeit... Im folgenden Monat komme ich zurück. Es gibt keine Messe, sondern politische Diskussionen in Verbindung mit dem Evangelium, in Zusammenkünften der Familien mit Erwachsenen und Kindern. Abhängig von der Diskussion treten zu erfüllende Aufgaben auf, beim Erwachsenentreffen z.B. Umzäunungen und Straßen machen, Unterschriftensammlungen, Mithilfe bei der Fertigstellung eines Hauses; beim Kindertreffen z.B. eine alte Person besuchen, Bäume zu pflanzen... Im folgenden Monat wird eine Überprüfung mit der ganzen Gemeinde gemacht. Keiner ist beleidigt, wenn er kritisiert wird, seine Aufgabe nicht gut gemacht zu haben. Dies nennen wir Organisierung des Volkes. Es ist eine langsame Arbeit, die viel Geduld erfordert. Wir glauben, daß mit dieser Arbeit das Volk die notwendigen Veränderungen machen wird ohne Intervention der Kirche und des Vikars. Früher z.B. hat der Vikar die Planung der Aktivitäten allein gemacht. Heute muß er die Planung der CEB respektieren, die mittwochs und sonntags realisiert wird, wenn ich in der anderen Pfarrei helfe.
Ich lebe in einer Stadt mit großen Familien, aber die Kinder sterben vor ihrem 7. Lebensjahr. Bis vor 3 Jahren starben von 1000 Neugeborenen 400. Sie starben an Unterernährung. Dies dient den CEBs zur Reflektion. Sie starben an der Bösheit des Menschen und nicht, weil es Gott so wollte. Und dies nennen wir Bewußtwerdung. Das Bewußtsein erweckt die Notwendigkeit der Organisierung. So wurden die Landgewerkschaften gegründet, die für die Bauern eine große Kraft repräsentieren und in denen auch Leute der CEBs sind. Die Kirche regt den Beitritt zur Gewerkschaft an. Deshalb ist sie auch angeklagt, gegen die Regierung zu arbeiten. Enthüllungen, z.B. von Folterung, werden im Namen des Glaubens während der Messe in der vollen Kirche gemacht. Aber diese isolierte Arbeit führt nur weiter, wenn sie mit anderer verbunden wird. Die Arbeit des CEB erfordert viel Geduld und Hoffnung, aber sie ist dynamisch und wird niemals aufhören.
Sie erfordert auch Unterstützung. Hier in Deutschland kann man vor allem helfen, indem man über unsere Realität aufklärt und forscht, und danach, nur danach, in Brasilien unterstützt. Man muß aufpassen, daß man sich nicht einmischt und eine andere Kolonisierung verwirklicht. Wir, die Brasilianer, haben schon zu oft unter laufenden Kolonisierungen gelitten, um mißtrauisch gegen andere möglicher Interventionen in der Lösung unserer Probleme zu sein".

JAMAIKA

Bob Marley:

»All I Ever Had Is Songs of Freedom«

Die Totenfeier für Bob Marley, den am 11. Mai an Krebs gestorbenen Reggae-Musiker ähnelte einem jener Konzerte, die in den letzten Jahren immer dann von der jamaikanischen Regierung veranstaltet wurden, wenn die politischen Wogen im Land besonders hoch schlugen. Die Konzerte, die so schöne Namen wie "Smile Jamaica" oder "One Love Peace Concert" trugen und an denen die meisten bekannten jamaikanischen Reggae-Größen teilnahmen, sollten die nationale Einheit und Harmonie bekräftigen und den von den beiden großen rivalisierenden Parteien geschürten Bandenkrieg beenden. Wie bei dem letzten Friedenskonzert bestand auch bei der Totenfeier das Publikum im Stadion von Kingston zum großen Teil aus Rastafarians, zu deren Anhängern Bob Marley zählte, und auf dem Podium versammelte sich die politische Prominenz des Landes. Beim Totengottesdienst, gehalten von Priestern der äthiopisch-orthodoxen Kirche, lasen Oppositionsführer Manley und der britische Generalgouverneur die Episteln und Premier Seaga hielt eine Gedächtnisrede für den erst vor wenigen Wochen mit dem "Order of Merit" ausgezeichneten Musiker. Die Feier endete in Fröhlichkeit. Man spielte Rasta-Musik, Bob Marley's Mutter, eine Gospelsängerin, trat auf und als zwei Söhne von Bob Marley auf dem Podium ganz im Stil ihres Vaters tanzten, gab es ohrenbetäubenden Applaus: die jamaikanische Art zu trauern.
Derartige Veranstaltungen sind nicht nur Ausdruck des nationalen Stolzes auf das authentisch jamaikanische Kulturprodukt Reggae und den größten jamaikanischen Superstar, sie sind auch nicht nur Werbung für den wichtigsten Exportartikel des durch den Reggae zur Blüte gelangten jamaikanischen Musikgeschäftes, sondern sie verweisen auf die politische Bedeutung die die Rastafari-Bewegung und der aus ihr hervorgegangene Reggae in Jamaika haben.

Michael Manley, Bob Marley und Edward Seaga
beim "One Love Peace Concert"

Die Rastafari-Bewegung, wegen ihrer "back-to-Africa"-Ausrichtung und ihrer religiösen Weltanschauung und Terminologie oft als evasionistisch, chiliastisch/messianisch oder bei uns häufig als spinnig abgetan ist mit ihren tendenziell anarchistischen Strukturen und verschiedenen Ausrichtungen von isolationistisch/religiös bis militant/politisch sicherlich eine schwer kategorisierbare Bewegung. Sie entstand parallel zu anderen schwarzen Aufbruchsbewegungen in den USA und Afrika in den 30-er Jahren und hat zur Bewußtseinsbildung der schwarzen Jamaikaner, für die Aufwertung ihrer Geschichte und Kultur, für die Bildung einer persönlichen und nationalen Identität einen unschätzbaren Beitrag geleistet. Sie ist heute, zumindest durch ihre bewusstesten Teile, eine anti-imerialistische gesellschaftskritische und kulturelle Kraft, die von keiner Partei ignoriert werden kann. Sie ist gleichzeitig eine Alternativbewegung mit eigenständigen Kleinindustrie- und Handwerksprojekten, eigenen Schulen, kollektiven Lebensformen und natürlicher Ernährung (I-tal food).

Für den säkularisierten Mitteleuropäer stellt sich jedoch die Frage, warum überhaupt ein Kult oder eine Religion als Protestbewegung? In Jamaika wie in vielen Ländern der Dritten Welt waren Widerstand und Befreiungsbewegungen fast immer religiös durchdrungen. Die Bevölkerung Jamaikas und besonders die Armen, unter denen die Rasta-Bewegung entstand und von denen sie ihre meisten Anhänger rekrutiert, sind auch heute noch überwiegend religiös. Die biblischen Metaphern und die biblische Sprache des Reggae sind den Jamaikanern im Gegensatz zu uns vertraut, und sie verwenden sie für die Interpretation ihrer eigenen Realität. "Babylon" ist das Übel, ist Imperialismus, Kapitalismus, Polizei, Alkohol, Coca-Cola, je nach Bewußtsein, "Zion " ist die ersehnte gerechte Gesellschaft, die lebensnotwendige Utopie.

Rastafarianismus ist eine sykretistische, d.h. eine Mischreligion aus christlichen und afrikanischen Glaubenselementen. Ein für Europäer äußerst schwer verständliches Element des Rasta-Glaubens ist die Vorstellung von Gott und der Unsterblichkeit des Menschen. Der Gott der Rastas ist Haile Selassi. Er ist zwar tot, aber er lebt weiter in jedem Rasta. Es gibt keinen Gott im Himmel. "The mighty God is a living Man" wie Marley singt. Auch der Rasta selbst ist in diesem Sinne unsterblich, da er Teil eines Ganzen, einer Körperschaft der Rastas ist, eine Vorstellung, die stark an afrikanische Religionen erinnert, und dem stark individualisierten "westlichen" Menschen wohl unbegreiflich bleibt.

Die wichtigste gesellschaftspolitische Implikation dieser Vorstellung ist jedoch, daß, da es im Rasta-Glauben keine Hoffnung auf ein besseres Leben im Jenseits gibt, dieses hier auf Erden geschaffen werden muß. "If you knew what life was worth, you would look for yours on earth" heißt es im vielleicht bei uns populärsten Lied Marleys "Get up stand up, stand up for your rights". In diesem Lied wird die christliche Lehre vom Jenseits als Betrug entlarvt: "Preacherman don't tell me Heaven is under the earth... we are sick and tired of your kissing game to die and go to Heaven in Jesus name".

In Marleys besten "rebel-songs" ist revolutionäre Militanz immer integriert in ein Konzept von Gewalt und Gegengewalt. Die Aufrufe zum gewaltsamen Aufstand wie "we gonna be burnin' and lootin' tonight" (Burnin' and Lootin') oder "I feel like bombing a church" (Talkin' Blues) oder auch in biblische Sprache verpackt "We got lightening, thunder, brimstone (Blitz, Donner Schwefel) and fire" (Revolution) stehen textlich im Zusammenhang mit einer alltäglichen anschaulich beschriebenen Situation, in der dem "sufferer" Gewalt angetan wird und der auf diese reagiert. In "Burnin' and Lootin' " ist es seine Gefangennahme während des Ausnahmezustands, in "Talkin' Blues" seine ständige Obdachlosigkeit und Armut, in "Revolution" seine Frustration

über Obdachlosigkeit "I don't want to live in the park", Kriminalität/Polizeiterror "can't trust no shadow after dark" und falsche Versprechungen der Politiker. Marley, einst selbst ein vom Land in die Stadt gewanderter Ghettojunge, ist überhaupt dann am überzeugensten, wenn er aus der Erfahrung des "sufferer" schöpft. So in "woman hold her head and cry", wo eine Mutter um ihren auf der Straße erschossenen Sohn weint oder in "Talkin' Blues", wo er singt: "cold ground was my bed last night and rock was my pillow too, Talking blues, talking blues, they say your feed is just too big for your shoes" (Sie sagen, was willst du eigentlich, deine Füße sind eben eine Schuhnummer zu groß). Mit dem anschaulichen Mittel der Metapher und einem gängigen Sprichwort läßt Marley das ganze ungerechte repressive System vor dem geistigen Auge erstehen. Das ist politische Lyrik, die unter die Haut geht.

Aber Marleys Lieder sind nicht nur Sozialkritik und Protest, "Blues" und "Dread" , sondern sie beschreiben auch menschliche Erfahrungen wie Liebe, Sex, Tanz und Lebensfreude. "No woman no cry" zum Beispiel ist ein Liebeslied, in dem Zärtlichkeit mit dem Lebensgefühl des Trenchtown "sufferer" verbunden ist, und "Lively up yourself, don't be no drag (Langweiler)" ist eine Aufforderung zum Mittanzen, to "rock", "to skank", "to dip", einfach aus purer Freude am Leben.

Marleys Sprache und Artikulation ist im Vergleich zu anderen Rasta-Reggae-Musikern leicht zugänglich und verständlich. Er benutzte in seinen Liedern nicht den undurchdringlichen Geheimcode der Rastas und auch nicht den starken jamaikanischen Dialekt, sondern in erster Linie jene Variation des jamaikanischen Englisch, das von jedem Englischsprechenden, egal ob Jamaikaner, Engländer oder Südafrikaner verstanden werden kann. Marley war kein Subversiver, der sich wie andere Reggae-Musiker weigerte, seine Texte auf der Plattendeckeln drukken zu lassen, sondern überzeugt, je mehr Menschen auf der ganzen Welt seine Botschaft verstehen würden, um so besser. Die Verständnisschwierigkeit liegt höchstens in der oft sehr dichten Sprache Marleys, deren Assoziationskraft aus der jamaikanischen Kultur und Gesellschaft gespeist wird und eben auch von deren Angehörigen am besten verstanden wird.

Marleys Fans und Kritiker haben ihm vieles übel genommen und vorgeworfen: daß er sich vom Kommerz habe vereinnahmen lassen (Ist Welterfolg im Musikbereich ohne Kommerz überhaupt denkbar?); zu religiös zu sein und oft unpolitische und nicht sozialkritische Lieder zu machen; im Vornehmenviertel von Kingston zu wohnen und einen BMW (B für Bob, M für Marley, W für Wailers) zu fahren; aus Jamaika geflohen zu sein, statt zu kämpfen, als er bei einem Attentatsversuch verletzt worden war; einerseits zu anarchistisch zu sein, andererseits sich von der Partei Michael Manleys als Wahlpropagandist einspannen zu lassen; zu wenig "roots" zu wenig politisch aktiv, zu wenig revolutionär zu sein. Eine Erwiderung auf diese Kritik gibt Bob Marley in einem seiner letzten und schönsten Lieder "Redemption Songs", wo es im Refrain heißt "All I ever had is songs of freedom, won't you help to sing these songs of freedom, 'cause all I ever had, redemption songs (Sühne/Erlösung/Befreiung)". Lieder können allenfalls "Revolutionen" (im Sinne von Umdrehungen) auf dem Plattenteller sein, aber sie können aufzeigen, aufklären, Bewußtsein und Stimmungen schaffen. Dies ist Bob Marleys Anliegen bis zum Schluß geblieben.

Die Tatsache, daß Bob Marleys Musik speziell in Deutschland und anders als in vielen englischsprachigen Ländern nicht wegen seiner Botschaften, sondern überwiegend wegen seiner Musik gehört oder konsumiert wurde, ist in erster Linie ein sprachliches und kulturelles Problem. In England oder in der Karibik, in Afrika und anderen Ländern der Dritten Welt, wo es ähnliche schwarze Subkulturen wie in Jamaika gibt, hat Reggae natürlicherweise einen anderen Stellenwert.

Bleibt noch die Frage ob die Musik des Reggae mit ihren dissonanten musikalischen Strukturen nicht auch mit Dissonanzen der politischen Zustände hier korrespondiert und die unbewußten Schichten und bewußten Lebensgefühle auch bei uns ausdrückt und beeinflußt. Wer kann schon sagen, ob nicht ein Körnchen "Get up Stand up, stand up for your rights" z.B. in der gegenwärtigen Hausbesetzerbewegung steckt.

Mit der bescheidenen Selbsteinschätzung Bob Marleys in seinem Lied "All I ever had is songs of freedom" nimmt er eine überzeugende Relativierung eines Superstarstatus vor. Der Eindruck von Bob Marley, als er auf seiner letzten Tournee in der vollen Berliner Waldbühne dieses episch-lyrische, verhaltene Lied mit seiner unprätentiösen Vortragsweise, nur von der Gitarre begleitet, sang, wird wohl jedem Anwesenden in ewiger Erinnerung bleiben. Bob Marley, der Musiker mit dem mächtigen Haarschopf und den einfachen Jeansklamotten, von fast schmächtiger Statur und mit schönem ausdrucksvollem Gesicht, war ein sympathischer Superstar.

Wird Nestlé Babies weiter töten?

Moral und Ethik gegen Industrieinteressen

Vor wenigen Tagen fand in Genf die jährliche Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation WHO statt. Dieses höchste Gremium dieser Organisation, bestehend aus den Gesundheitsministern der 157 Mitgliedsstaaten, nahm mit 118 gegen 3 Stimmen einen Kodex zur Regulierung der Absatzstrategien der Säuglingsnahrung produzierenden Industrie an. Der Kodex empfiehlt den Regierungen der Mitgliedsländer, die Werbung für künstliche Babynahrung zu verbieten; Werbepackungen, Geschenke und Preiserlässe an Mütter und Krankenhäuser für diese Produkte zu verbieten; die Bestechung von Gesundheitsarbeitern durch Babynahrungsindustrie zu verbieten und statt dessen genaue Informationen auf den Etiketten der Büchsen über die Gefahren der künstlichen Nahrung und die Vorteile der Muttermilch sowie die Erarbeitung eines internationalen Qualitätsstandarts zu fordern.

Erarbeitet wurde dieser Kodex von der WHO, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF und den in IBFAN (International Baby Food Action Network) zusammengeschlossenen Nestlé Aktionsgruppen aus ca. 50 Ländern.

Der internationale Rat der Babynahrungsindustrie ICIFI protestierte schon vor der Abstimmung gegen die Einschränkung der Werbefreiheit. Nestlé ließ schon 1979 verlauten, daß sie sich in keinster Weise in ihren Absatzpraktiken von den Empfehlungen der WHO einschränken lassen würden. Diese Aussage ist nicht etwa als Nichtbeachtung von Gesetzen zu werten, sondern es steht den Regierungen frei, Teile einer Empfehlung in ihre Gesetzgebung einzubeziehen oder auch nicht. Trotzdem bemühte sich die Industrie, die Regierungen vor der Abstimmung zu beeinflussen. In den USA, die aufgrund ihrer Beteiligung am WHO Budget über 25% des Stimm- und Vetorechts verfügen, bemühte sich die Industrie, der Reagan-Regierung klarzumachen, daß die Rede-und Meinungsfreiheit auch die Handelssprache einschließe. Außerdem beträfe der Kodex nicht ein Gesundheitsproblem, sondern einen wirtschaftlichen Tatbestand und sei somit keine Angelegenheit der WHO. Die Reagan Regierung bemühte sich dann auch, ihre 'Verbündeten' von der Notwendigkeit zu überzeugen, ihr Veto gegen den Kodex einzulegen.

Dabei muß man sich klarmachen, daß allein die Firma Nestlé über mehr als 300 Produktionsstätten, 81 davon in 27 Ländern der 3. Welt und 728 Verkaufszentren in der ganzen Welt verfügt. Nestlé erreicht einen Jahresumsatz von 24 Mrd. US $ (mehr als der gesamte Staatshaushalt vieler Länder der 3. Welt), wovon 4 mrd. auf die künstliche Babynahrung entfallen. Die US-amerikanischen Babynahrungsmultis wuchsen seit den 60er Jahren ebenfalls weitaus schneller als ihr Inlandsumsatz. Über die kriminellen Absatzpraktiken dieser Konzerne insbesondere in den Ländern der 3. Welt informierten die Nestlé Gruppen: Babynahrung werde von als Krankenschwestern verkleideten Vertretern in den abgelegensten Dörfern vertrieben, die aggressiven Werbestrategien, die auf subtile Weise die Vorstellung verbreiten Babynahrung der Industrie stünde in kausalem Zusammenhang mit Gesundheit und Glück des Kindes, führten dazu, daß z.B. in Chile das Stillen von

95 % im Jahre 1960 auf 6 % im Jahre 1968 absank. Es wurde festgestellt, daß ca. 80 % des Pro-Kopf-Einkommens in Guatemala notwendig wären, um ein 4 monatiges Kind mit künstlicher Babynahrung ausreichend zu füttern. So waren gerade die Mütter der ärmsten Bevölkerungssektoren gezwungen, eine 4Tage Packung auf 3 Wochen zu strecken. Die Folgen waren Unterernährung, Infektionskrankheiten und Tod. Eine ausführliche Untersuchung aus Indien zeigte, daß in der Region Punjab praktisch alle Kinder starben, die in den ersten Monaten keine Muttermilch erhielten.

Über diese skandalösen Geschäftpraktiken schuf die Nestlé Bewegung seit 1974 Öffentlichkeit. Die Veröffentlichung der Flugschrift 'Nestlé tötet Babys' in der Schweiz führte zu einer Schadensersatzklage wegen 'Ehrverletzung' von Nestlé über 5 Mio. US $ wegen folgender Behauptungen:

1. Nestlé tötet Babys.
2. Die Tätigkeit Nestlés und anderer Konzerne sei unethisch und unmoralisch.
3. Nestlé sei durch seine Verkaufspraktiken im Sektor Kindernahrung für den Tod oder die bleibende geistige und körperliche Schädigung Tausender von Kindern verantwortlich.
4. Die Verkäuferinnen der Kindernahrung in Entwicklungsländern würden als Krankenschwestern getarnt.

Kurz vor dem Prozeß ließ Nestlé die Punkte 2-4 fallen, da das Beweismaterial der Gruppe unwiderlegbar war. Der Prozeß löste eine weltweite Berichterstattung aus. Es gelang, über die Lebensbedingungen der armen Bevölkerung der Länder der 3. Welt und über die Absatzpraktiken multinationaler Konzerne am Beispiel Nestlé aufzuklären. Im Laufe der folgenden Jahre entstanden in vielen Ländern Nestlé Aktions Gruppen, die die Absatzmethoden des Konzerns unter die Lupe nahmen und öffentlich anprangerten. 1975 verpflichete sich die Babynahrungsindustrie, dubiose Werbepraktiken einzustellen. Das hieß in der Praxis, daß die als Krankenschwestern getarnten Verkäufer nicht mehr im weißen Kittel der Landbevölkerung erschienen, sondern im hellblauen. 1977 wurde zum Boykott von Nestlé Produkten aufgerufen, der immerhin - laut Nestlés internen Papieren - die Wachstumsraten unangenehm hemmte. 1979 kam es zu ersten Treffen mit Vertretern von WHO und UNICEF, um einen Verhaltenskodex für die Kindernahrungsindustrie auszuarbeiten. Erst 1980 entstand die strukturierte internationale Koordination der Nestlé Gruppen: IBFAN. Die Erarbeitung und Annahme eines Kodex durch eine internationale Organisation wie die WHO ist für einige Sektoren der Nestlé Bewegung Höhepunkt und Ziel der Kampagne.

Die Nestlé Kampagne gilt als Musterbeispiel für Aktionsmöglichkeiten von 3. Welt Gruppen. Beispielhaft daran ist sicherlich, daß es gelang, auf breiter Ebene Öffentlichkeit zu schaffen. Die selbständige Recherchierarbeit der Gruppen führte sicher zu Bewußtseinsbildungsprozessen innerhalb der Gruppen selber. Es konnte weiterhin aufgezeigt werden, daß auch auf dieser Ebene politischen Handelns Druck ausgeübt werden kann auf Konzerne, aber auch - durch die Zusammenarbeit mit der WHO - auf Regierungen.(Es wäre allerdings nachzuprüfen, ob diejenigen Länder, in denen Nestlé einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt, auch die Empfehlungen der WHO befolgen werden oder ob nur die Länder, die ausschließlich Ziel der Absatzstrategien sind, zu Maßnahmen der Kontrolle greifen.) Durch die Kampagne wurden eine Reihe von Aktionsmöglichkeiten wie z.B. Agitation auf Hauptversammlungen durch Kauf von Aktien usw. entwickelt.-Es soll hier nicht auf die wichtigen Erfahrungen der Kampagne eingegangen werden, sondern nur ein paar Fragen zur

Ebene des politischen Handels und zur Durchsetzbarkeit der Forderung nach Abschaffung dieser Absatzmethoden gestellt werden. Ist eine solche Kampagne"nur" Mittel zur politischen Bewußtseinsbildung oder läßt sich damit die konkrete gesellschaftliche Realität partiell ändern?

Was nicht gelang, war die Erarbeitung der ökonomischen Mechanismen, die das Verhalten der Konzerne bestimmen. Somit wurde auch die Frage nach den Strategien zur Überwindung dieses Mißstandes nicht öffentlich ausdiskutiert. Die Kampagne bezog sich nur auf die Absatzstrategien in der 3. Welt, es wurde nicht hinterfragt, wie der Markt der Industrieländer gestaltet ist, welche Folgen künstliche Babynahrung auf die Menschen in diesen Ländern hat (z.B. wesentliches erhöhtes Brustkrebsrisiko für die nicht stillenden Mütter) und weshalb überhaupt Multis international expandieren. - Der Bereich der Produktion wurde nicht einbezogen, es gab keine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften außer einer einmaligen Solidaritätserklärung von seiten der großen Gewerkschaftsverbände der USA, der aber keine konkreten Aktionen folgten. Somit blieb die Bewegung eine reine Konsumentenbewegung, die sich klassenmäßig nicht einordnet. Dazu kommt, daß sich ihr Protest nicht einmal auf eigene Konsumgüter bezog, sondern auf die der Menschen in der 3. Welt. Die Konzentration auf einen Konzern, die ihren beispielhaften Charakter immer mehr verlor, ließ Nestlé als bösen Konzern, der unmoralisch handelt und keine Ethik hat, erscheinen, während andere Konzerne mehr Moral haben. Die Konzentration auf den Absatz eines Produktes in der 3. Welt machte es unmöglich den Scheinzwiespalt national-international aufzubrechen. Absatzstrategien und Fremdbestimmung im eigenen Land wurden nicht in die Kampagne einbezogen. Da die Bewegung sich klassenmäßig nirgends einordnet, übersieht und negiert sie auch Klassenwidersprüche in Ländern der 3. Welt und hält WHO, UNICEF und die Regierungen der Länder der 3. Welt für potentielle Bündnispartner, soweit sie durch Gesetze und Empfehlungen vorgeben, die Absatzmethoden einzuschränken.

Vielen Gruppen, die die Basisarbeit machten, sind diese Punkte bewußt und sie versuchen sie aufzubrechen, aber auf der breiten Ebene konnten sie sich nicht durchsetzen. Einigen ist klar, daß die Veränderung der Praktiken erst dann erfolgen kann, wenn gesellschaftliche Veränderungen erkämpft werden. Konkret heißt das, daß die Forderung der Kampagne nach Regulierung und Kontrolle des Absatzes durch Regierungen eine Forderung ist, die sich durch entsprechende Gesetze scheinbar erfüllen läßt und somit den Eindruck erweckt, das Ziel erreicht zu haben. Es besteht im Moment die Gefahr, daß die Bewegung zerfällt, da sie ihr partielles Ziel erfüllt sieht und es kommt nun darauf an, daß die 'bewußteren' Nestlé Gruppen die Bedeutung und den Stellenwert der WHO Empfehlung zur Diskussion stellen und die sich mit dem Mantel der Neutralität und Wohltätigkeit umhüllenden Organisationen wie UNICEF und WHO als gestandene Vertreter von Klasseninteressen entlarven.

Neues von der Pharmafront

Vom 27. - 29. Mai fand in Genf ein internationales Seminar zur internationalen Koordination der Pharmakampagne statt (vgl.LN 87, 90 und 93). Die Veranstalter waren BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen,BRD) und IOCU (International Organization of Consumers' Unions, Malaysien). 82 Vertreter aus 27 Ländern, davon 14 'Entwicklungs'länder, der WHO (Weltgesundheitsorganisation) der UNCTAD (United Nations Commission on Trade and Development) und der UNIDO (United Nation's Industrial Development Organisation) diskutierten über Möglichkeiten und Ansätze einer international koordinierten Kampagne gegen die skandalösen Machenschaften der Pharmaindustrie in der 3. Welt. Ein großer Teil der Vertreter gehören IBFAN (s. Artikel zur Nestlé Kampagne) an, die kürzlich beschlossen, die Pharmakampagne mitzutragen.

Wichtigstes Ergebnis des Treffens war die Bildung eines internationalen Netzwerkes zum Austausch von Informationen mit dem Namen Health Action International (HAI) Dies Koordinationszentrum wird in Malaysien liegen und regelmäßig eine 2-3 seitige hektographierte 'Zeitschrift' an alle beteiligten Gruppen verschicken. Dieser Newsletter soll darüber informieren, welche lokalen Gruppen über welches Thema arbeiten und wer über welches Material verfügt bzw. Anfragen zu bestimmten Themen abdrucken, um die Zusammenarbeit der Basisgruppen zu erleichtern.

Es bildeten sich vier Untergruppen zu Schwerpunktthemaen: 1. Bluthandel (BUKO),2. Verhütungsmittel und Bevölkerungspolitik (Institute of social research, Indien und Pharmagruppe des FDCL und Gesundheitsladens in Berlin), 3. Medikamenteninformation (IOCO,Malaysien) und 4. Analyse des Verhaltenskodex, den die Pharmaindustrie sich gerade selbst auferlegte (IOCU,Medical Working Group, England und IZ3W,Freiburg)

Gemeinsamer Konsens dieser internationalen Koordination, die aus 3.Welt Solidaritätsgruppen, Intellektuellen, kritischen und weniger kritischen Ärzten, Organisationen der Gesundheitsarbeiter, Konsumentenorganisationen, Bürgerinitiativen u.ä. besteht, ist der Kampf gegen die skandalösen Praktiken der Pharmaindustrie (vgl z.B.LN 90) Für eine Diskussion über weitergehende Zielvorstellungen und Strategien war dies erste Treffen noch verfrüht.

Es wurden eine Reihe informativer Vorträge gehalten und Arbeitsgruppen gebildet/die von traditioneller Medizin über die Frage nach der Verfügbarkeit von Computern zur Verbesserung der Kommunikation und dem Vorschlag nach Beantragung von finanzieller Unterstützung durch die Vereinten Nationen bis hin zur Aufarbeitung der Verflechtung von Organisationen der UN mit der Pharmaindustrie zur Erprobung neuer Medikamente, insbesondere Antikonzeptiva, an den Frauen der Länder der 3. Welt reichten.

Forderungen, die die Mehrheit der Gruppen unterstützen, sind:
- Beendigung der Handelsanarchie durch die freie Konkurrenz auf dem Medikamentenmarkt
- Abschaffung des Patentrechts auf essentielle Medikamente
- Abschaffung der Markennamen zugunsten von Trivialnamen (Generics)
- Entkommerzialisierung der Versorgung mit essentiellen Medikamenten

Informationen:BUKO Pharmakampagne c/o 3.Welt Haus, August Bebel Str.62 48 Bielefeld 1, tel: 05211/62802

Geldstrafe für Protest gegen argentinischen Diktator

Am 3. August letzten Jahres stattete das Segelschiff der argentinischen Marine "Libertad" (Freiheit) Bremen einen Besuch ab. Gegen diesen Besuch eines Schiffes, das in Argentinien als Symbol für Folter und Unterdrückung gilt, protestierten Solidaritätsgruppen und Angehörige der Grünen, indem sie im Hafen Flugblätter verteilten. (vgl. LN 85) Diese Proteste hatten nun juristische Folgen für einen der Teilnehmer: er wurde vom Hanseatischen Oberlandesgericht Bremen zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Student mußte sich bereits im November vergangenen Jahres für seinen Protest gegen den Besuch der "Libertad" vor dem Bremer Amtsgericht verantworten, von dem er freigesprochen wurde. Die Staatsanwaltschaft legte Beschwerde ein und das Oberlandesgericht verurteilte ihn zu 50 Mark Strafe.

Beim Prozeß hatte sich der Student auf sein Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht auf Gemeingebrauch der Straße verwiesen.

"Die Staatsanwaltschaft hatte dagegen erklärt, die Flugblattverteilung sei als eine genehmigungspflichtige Sondernutzung in einem Gebiet mit besonderen Gefahren zu werten. Die Anklagebehörde wandte sich gegen die Auffassung des Amtsgerichts, die Unterscheidung in Zeiten mit normalem Hafenverkehr und solchen, in denen - wie an jenem Sonntag - die Arbeit ruht, sei willkürlich, und erklärte, ein Laie könne die spezifischen Gefahren in einem Hafen nicht erkennen. Die erhöhte Gefährlichkeit begründe sich u.a. in der mangelnden Absicherung von Wegen und der erhöhten Feuergefahr.

Die Anwälte des Studenten verwiesen auf die zahlreichen Besucher des Schiffes, die freien Zugang gehabt hätten. Zu der Zeit habe keine besondere Gefahrenlage bestanden. Insbesondere werde durch eine an die Öffentlichkeit gerichtete Einladung - juristisch 'Besuchsaufforderung' genannt - Gemeingebrauch erwartet. Auch habe für den Studenten keine Möglichkeit bestanden, eine Erlaubnis für die Flugblattaktion zu bitten.

Die Richter des Oberlandesgerichts folgten den Argumenten der Staatsanwaltschaft. Der Gesetzgeber habe das Recht, die Verteilung von Informationsblättern zu untersagen, wenn 'besondere Gefahren' damit verbunden seien. Durch diese Befugnis werde das Grundrecht der Meinungsfreiheit in keiner Weise angetastet - es habe ja die Möglichkeit bestanden, die Flugblätter woanders zu verteilen. Die Richter wiesen auf eine 'abstrakt gegebene Feuergefahr' hin, die Grund genug sei, die Sicherheit jederzeit zu gewährleisten. (Aktenzeichen 87 OWi 12 Js (B) 107/80)"
(aus Weserkurier vom 4.5.81)

Merke: wenn der Militärische Abschirmdienst mit den Offizieren der argentinischen Foltermarine bei der Identifizierung der Demonstranten zusammenarbeitet (vgl. LN 85), so liegt dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Ein Protest gegen den Besuch von Vertretern der argentinischen Diktatur wird mit dem Scheinargument der Feuergefahr (Flugblätter brennen ja so gut!) bestraft.

Protestaktion der Integrierten Gesamtschule Garbsen

Auf der Grundlage des deutsch-chilenischen Kulturabkommens unterrichten zur Zeit chilenische Lehrer an Schulen Niedersachsens (und anderswo ?) Spanisch.Lehrer,Schüler und Eltern der Integrierten Gesamtschule in Garbsen empfanden die Anwesenheit der von der Diktatur entsandten Lehrerin als eine Ohrfeige für die in der BRD lebenden Exil-Chilenen.Durch ihren Protest erreichten sie, daß die Lehrerin,wenn schon nicht nach Chile zurückgeschickt,so wenigstens an eine andere Schule versetzt wurde.
Diesen Vorfall nahmen sie zum Anlaß für eine Informations- und Kulturveranstaltung zur Situation in Chile,die am 8.Mai stattfand. Bei dieser Veranstaltung wurde eine Erklärung verabschiedet,deren wichtigste Teile wir hier wiedergeben:
'Mit Empörung und Unverständnis haben wir zur Kenntnis genommen, daß offizielle Kontakte zwischen dem Bundesland Niedersachsen, der Kultusministerkonferenz sowie dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem faschistischen Militärregime Chiles im Bereich der Erziehung unterhalten werden.So unterrichten gegenwärtig chilenische Lehrer und Lehrerinnen als Vertreter des Pinochet-Systems an deutschen Schulen.

Bedenkt man,daß

- 1 000 000 Chilenen vor der in Chile herrschenden Junta ins Exil flüchten mußten,
- noch immer 2 500 Chilenen vermißt werden,
- laut AMNESTY INTERNATIONAL 2 000 politische Gefangene in chilenischen Gefängnissen festgehalten und gefoltert werden,
- gegenwärtig unter den Verhafteten 5 Personen sind,denen sämtliche als 'terroristisch' erklärte Aktionen zur Last gelegt werden und denen die Todesstrafe droht,
- immer noch Parteien verboten sind,
- Mitglieder von Parteien und Gewerkschaften verfolgt werden,
- Menschenrechtsverletzungen laut Informationen internationaler Gremien an der Tagesordnung sind,
- das Erziehungs- und Ausbildungssystem in Chile im Bereich der Hochschulen bereits weitestgehend privatisiert ist und im allgemeinbildenden Bereich selbst für Grundschulen Schulgeld eingeführt wird,so daß die große Mehrheit der chilenischen Bevölkerung von Bildung ausgeschlossen bleibt,

dann kann ein solches Austauschprogramm,wie es die Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland betreibt,nach unserer Auffassung nur dem Ansehen unseres Landes schaden. ...'

Seminar für chilenische Familien im berliner Exil

Zwischen dem 11. und 15. Mai 1981 fand in Westberlin ein Seminar für chilenische Familien statt, das gemeinsam von der Chile-Gruppe der Berliner Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung (Studien- und Mitbestimmungsförderungswerk des DGB), der Heimvolkshochschule Schloß Glienicke und 'Arbeit und Leben' organisiert wurde.
Die Ziele des Seminars waren im wesentlichen folgende: den Chilenen die Möglichkeit zu geben,
- eine Woche gemeinsam die Situation des Exils zu analysieren und dabei die individuellen Erfahrungen auszutauschen;
- einen direkten Kontakt mit deutschen Institutionen, insbesondere Gewerkschaften und Ausländerbehörde, herzustellen.

Die Exilsituation in Berlin ist gekennzeichnet durch eine Zersplitterung der bestehenden Gruppen mit einer daraus resultierenden Isolierung und Nichtanpassung des einzelnen an die Gesellschaft. Die Illusion einer baldigen Rückkehr ist u.a. jahrelang ein Grund gewesen, nicht bewußt das Exil auf sich zu nehmen, das als ein politischer Faktor im gesellschaftlichen Prozeß Chiles und Lateinamerikas verstanden werden muß. Zu der erlebten brutalen Unterdrückung durch die Diktaturen in Lateinamerika kommt die erzwungene Umsiedlung in eine andere Gesellschaft, wobei der Exilierte in der Regel nicht darüber bestimmen kann, wohin es ihn verschlägt.
"Das Exil ist eine brutale Verpflanzung, die begleitet wird von dem unterschiedlichen Schmerz über den Verlust der gesellschaftlichen und institutionellen Einbindung. So erschweren eine Krise der Identität und des Schuldgefühls in vielen Fällen die Anpassung an das neue Land. Darüber hinaus bedeutet das Exil auch objektiv eine Unterdrückung durch die Existenz als Randgruppe,durch gesellschaftliche, kulturelle und rassische Diskriminierung, die der Exilierte als Ausländer in den europäischen Gesellschaften erfährt".
So beschreibt das 'Lateinamerikanische Kollektiv für psycho-soziale Arbeit' (COLAT) aus Brüssel, das durch zwei Mitarbeiter im Seminar vertreten war, die Situation im Exil.
Das Berliner Seminar für chilenische Familien im Exil kam zu der Schlußfolgerung, daß die gemeinsame Reflexion und das gemeinsame Tun die Mittel sind, die niederdrückende Wirklichkeit der Emigration zu überwinden, um Chilenen und andere Lateinamerikaner auf gemeinsamer Grundlage zu vereinen. Dadurch soll eine Perspektive gesucht werden, die den einzelnen stärkt und sich entwickeln läßt, so daß er den Kampf um die Befreiung Lateinamerikas fortsetzen kann.
Besonders einschneidend ist die Exilsituation für die persönliche Entwicklung der lateinamerikanischen Frau. Die generelle Diskriminierung der Frau gilt auch für das Exil: im allgemeinen wird sie 'nur' als Anhang des Exilierten angesehen, die ihn und die Kinder weiterhin begleitet und bedient, ohne selbst etwas zu gewinnen (Sprachkurse, Studium, Arbeitsplatz). Folglich ist ihre Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft doppelt schwierig; sie kann sogar allmählich den Kontakt zu den übrigen Familienmit-

gliedern verlieren, die durch neue Interessen in der neuen Gesellschaft angezogen werden. Dafür zeugt die große Zahl von Trennungen in chilenischen Familien.
Diese Situation verschärfte zwar die Krise der Frau, beschleunigte andererseits aber den Reifungsprozeß in der Gruppe. Die lateinamerikanischen Frauen haben sich in Berlin schon vor einigen Jahren organisiert. Diese unabhängigen Gruppen dienen der wechselseitigen Solidarität, der gemeinsamen Diskussion über die Frauenprobleme in Lateinamerika und in der Emigration sowie der Solidarität mit der Befreiung Lateinamerikas. Das Familienseminar hat bestätigt, daß bisher nur ein Teil der Frauen solche Kontakte über den engen Familienkreis hinaus sucht.
Eine weitere Sorge der lateinamerikanischen Familie im Exil ist die Entwicklung der Kinder. In dieser Hinsicht sind die von COLAT seit 1976 gesammelten Erfahrungen wegweisend. Jorge Barudy, chilenischer Psychiater und COLAT-Mitarbeiter beschrieb die Erfahrungen folgendermaßen:
Die Kinder erleben einen Widerspruch zwischen ihrer Fähigkeit, sich schnell und leicht ihrer Umgebung anzupassen und der Zurückweisung, die sie als Ausländer durch diese Umgebung erleiden. Die Kinder leben zudem in zwei Kulturen, der ihrer Eltern und der des Exils. Das Brüsseler Kollektiv bietet diesen Kindern eine soziale und schöpferische Alternative durch Werkstätten und Ferienlager. Dort können sie lernen, sich auszudrücken und eine Bindung an Lateinamerika zu entwickeln. Die Eltern treffen sich regelmäßig, um diese Erfahrungen auszuwerten, wobei Kriterien für die Kindererziehung diskutiert werden. Barudy hob besonders hervor, die Eltern sollten ihre Kinder nicht autoritär beeinflussen und den natürlichen Anpassungsprozeß an die neue Umgebung sowenig wie möglich bremsen.
Wendy Tyndale von der 'Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile' gab einen ausführlichen Bericht über die Möglichkeiten bzw. Hindernisse der Rückkehr, der bisherige Erfahrungen auswertete. Die anschließend kontrovers und in der Form 'ideologischer Arbeit' (Barudy) geführte Diskussion blieb insbesondere wegen der objektiven und subjektiven Schwierigkeiten der Rückkehrfrage ergebnislos.
Gewerkschaftsvertreter informierten und diskutierten über die Entwicklung und augenblickliche Situation der deutschen Gewerkschaften sowie über Integration, Probleme der Asylgewährung und der Arbeitserlaubnis. Zu den letzten beiden Punkten äußerten sich auch ein Richter am Oberverwaltungsgericht Berlin und ein Vertreter der Ausländerbehörde.
Der erfolgreiche Verlauf des Seminars motivierte die Teilnehmer, auf der Ebene gemeinsamer Diskussionen und Aktivitäten weiterzumachen und eventuell weitere Exilierte zu integrieren.
Die Berliner Bemühungen haben ihre Vorläufer in Belgien und Frankreich. Ihr Ziel ist es, die Zeit des unbestimmten Exils zur menschlichen und politischen Entwicklung gemeinsam - auch mit Deutschen - zu nutzen.

Vom 8. - 23. Mai 1982

LATEINAMERIKA TAGE '82

Veranstalter: FDCL FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE – LATEINAMERIKA e. V. GEMEINNÜTZIG SAVIGNYPLATZ 5 1 000 BERLIN 12 TEL.: (030) 313 50 05

und LATEINAMERIKA KOORDINATION

SPENDENAUFRUF

zur Unterstützung der

LATEINAMERIKA TAGE '82

vom 8. bis 23. Mai 1982

Zum zweiten Mal veranstaltet das FDCL mit einer Anzahl von Lateinamerika-Gruppen und Exilorganisationen, die in der Lateinamerika-Koordination zusammengeschlossen sind, LATEINAMERIKA TAGE in Berlin (W).

Der Erfolg der LATEINAMERIKA TAGE '80 mit über 50 Veranstaltungen und ca. 12 000 bis 15 000 Teilnehmern bestärkte uns in der Absicht, alle zwei Jahre - trotz Streß, Aufregungen und finanziellen Sorgen - in Berlin (W) LATEINAMERIKA TAGE durchzuführen.

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 sollen eine kritische Auseinandersetzung mit den Probleme der Armut, der Abhängigkeit, der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker Lateinamerik sowie mit ihren Überlebens- und Befreiungskämpfen ermöglichen.

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 sollen die Zusammenhänge zwischen der Bundesrepublik un Lateinamerika diskutieren. Hierbei sind Veranstaltungen geplant zu Themen wie: Außenpolitik, Multinationale Konzerne, Militarismus und Waffenhandel, Pharmaindustrie und Gesundheitswesen, politische Stiftungen, Gewerkschaften, Frauen, Kirche, Ökologie, Exil.

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 sollen die Seiten der lateinamerikanischen Kultur vermitteln, die auf den 1 Monat später stattfindenden HORIZONTE-Veranstaltungen des Berliner Senats nicht zur Sprache kommen werden. Wir werden dabei vor allem aus finanziellen Gründen auf die reichhaltige lateinamerikanische Exilkultur in Westeuropa zurückgreifen.

Auf den LATEINAMERIKA TAGEN '82 sollen die lateinamerikanischen Exilierten und die Solidaritätsgruppen zu Wort kommen. Hierbei müssen auch die unterschiedlichen Erfahrungen der Solidaritätsarbeit kritisch verarbeitet werden.

Die finanzielle Stärke der LATEINAMERIKA TAGE '80 waren nicht die spärlichen und zum Teil wieder entzogenen Zuschüsse des Staates, - sondern die vielen einzelnen Spender brachten über 20 000 DM auf die Beine und garantierten damit den Erfolg.

Wir treten diesmal sehr frühzeitig mit einem Spendenaufruf an die Öffentlichkeit, um die Durchführung der LATEINAMERIKA TAGE '82 schon im Vorfeld der Planung und Vorfinanzierung absichern zu können.

Wir richten diesen Spendenaufruf an alle diejenigen, die unsere Arbeit und unser Vorhaben als wichtig ansehen .

Die Spenden sind steuerabzugsfähig.

POSTSCHECKKONTO: Berlin-West 176966-104
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin West 1617647300

Noch bis Ende Juni läuft in den Geschäftsräumen der Berliner GEW eine Foto- und Plakatausstellung über Kinder in Nicaragua -genauer gesagt: über Kinder im Projekt "Quincho Barrilete." Mit diesem Programm will das Sozialministerium in Nicaragua den Kindern, die schon als Achtjährige durch Zeitungsverkauf, Schuhputzen etc. zum Lebensunterhalt der Familie beitragen, aber nie oder nur gelegentlich eine Schule besuchen und sich eine Berufsausbildung meist nicht einmal vorstellen können- diesen Kindern will das Ministerium in einem Pilotprojekt sowohl Schul- wie Berufsausbildung vermitteln.
Zur Zeit werden 17o 12-15jährige in besonders für sie geschaffenen Werkstätten ausgebildet.
Dieses Projekt kann aber nicht ohne ausländische Unterstützung laufen - die GEW Berlin unterstützt dieses Projekt: bisher hat sie 5.000 DM und eine Reihe von Betriebsgruppen über 8.000 DM gespendet.
Die Ausstellung dient der Propagierung dieses Projekts.
Nähere Informationen über die GEW Berlin,Ahornstraße 5,Bln3o oder über das FuCL.

Zeitschriftenschau

BLÄTTER DES iz3w Nr. 93, Mai 1981.
Postfach 5328, 7800 Freiburg/Br.

Nachrichten und Berichte zu: BRD-Waffenexporte, Malaysia, Iran
Südafrika, Blockfreie
Obervolta: Das Ende eines Mythos?
Kreislauf des Gifts - Pflanzengifte in der 3. Welt
Aufruf: Verhindert den Verkauf deutscher Atomtechnik an Argentinien
Singapur: Kampagnen zur Freilassung politischer Gefangener
Peru: Aufruf zur Unterstützung der SUTEP
Dritte Welt im Film
Nicaragua: Schulische Erziehung im Umbruch
Bundesweite Kaffeeaktion

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ Nr. 1 / 1981
Postfach 2846, 2 Hamburg 19

PHILIPPINEN: Marcos, Militärs und Multis

Nr. 2 / 1981: HAMBURG UND DIE (DRITTE) WELT

GUATEMALA-NACHRICHTEN Nr. 3 / 1981
Informationsstelle Guatemala, Maistr. 29
8 000 München 2

Indianer in Guatemala

INFORMATIONSDIENST FÜR GUATEMALA Bezug ebenfalls über Informationsstelle Guatemala

bringt monatlich aktuelle Berichte, Dokumente, Analysen, Hinter grundmaterial, Basisinformationen, internationale Zeitungsmeldungen meist in spanischer Sprache zu Guatemala und Mittelamerika

IKA - Zeitschrift für Internationalen Kulturaustausch
c/o CON, Postfach 106545, 2800 Bremen

Schwerpunkt: Frauen in Palästina
Comics in der Volkserziehung Perus
Historietas Populares: ein Comic von Juan Acevedo
Gedichte aus Indonesien
Literatur der Betroffenheit: Gastarbeiterliteratur

SOLIDARIDAD Mai 1981. KSG, H. Rosendahl, Frauenstr.3-7, 44 Münster

Erfahrungen mit Art. 24 der neuen Verfassung
Auflösung der Arbeitsgerichte
Einführung des Marktprinzips in das Universitätswesen
Auf wessen Kosten wird die Inflation gedämpft?
Ohne Chile Chilene sein
Dokumentation zur Kampagne gegen Kardinal Silva Henriquez

SÜDWIND Nr. 2 / 1981 Postfach 661, CH-5001 Aarau

Landreform im Weltbankstil
Die Hölle der Kongos: Haitianische Arbeiter in der Dominikanischen Republik
Schwerpunkt: TÜRKEI
Argentinien: Die größte Kaffeeplantage der Welt

Schwerpunktthema: Frauen in Palästina
»Wir wollen nicht nur ein befreites Land, wir wollen ein befreites Leben!«

außerdem: Comics in Peru-Gedichte aus Indonesien-Bemerkungen zur Gastarbeiterliteratur-Materialien, Buch- und Filmbesprechungen

Vertrieb:
CON,
Westerdeich 38
28 Bremen

Die IKA - Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität - wird von Journalisten und Mitgliedern der westdeutschen Solidaritätsbewegung getragen. Der Herausgeberverein steht allen offen, die in der Redaktion oder als Förderer das Projekt einer kulturpolitischen 3.Welt-Zeitschrift unterstützen möchten. Satzung und Beitrittserklärung bei der Redaktion anfordern.
IKA, Lerchenstr. 84, D-7000 Stuttgart 1

TERMINE

Die peruanische Gruppe

TAKLLA

kommt vom 20.8. bis 30.10. in die BRD und hat noch Termine frei. Wer eine Veranstaltung machen möchte, kann sich an die Kontaktadresse wenden:
Perugruppe des Lateinamerikakomitees im Zentrum für Entwicklung und Frieden
Pariserstr. 7
8 München 80
Tel.: 089/8572309

Sozialistisches Büro

Sommerschule INDIANER

vom 2. bis 9. August
in der Lüneburger Heide
Kosten ca. 155 DM

Information und Anmeldung:
Sommerschule '81
Sozialistisches Büro
Postfach 591
6050 Offenbach 4

Themenschwerpunkte :
- Wie ist das indianische Verständnis von Natur und gesellschaftlicher Organisation?
- Wie kam es zu der häufig positiven Einschätzung der Indianer durch Europäer?
- Inwieweit können Widerstandsbewegungen in der BRD vom kulturellen Widerstand der Indianer lernen?

Sommerschule

"LATEINAMERIKA"
vom 21.8. - 30.8.1981

durchgeführt vom "Institut für das Neue Chile" in Rotterdam

Die Sommerschule bietet ein breites Spektrum von Themen und ist unterteilt in Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene

Anfragen und Anmeldung:
Institute for the New Chile, Project: Escuela Internacional, Wijnhaven 25, 2e verdieping, NL-3011 WH Rotterdam

Anfragen auch an:
Fernando Mena, Walter-Gropius-Weg 6, 5900 Siegen 21.

MATERIALIEN

COUNTERINSURGENCY PLANNING GUIDE

Der US ARMY SPECIAL WARFARE PLANNING SCHOOL, FORT BRAGG

Dieser in deutscher Sprache vorliegende 80seitige Text beinhaltet eine generelle systematische Anatomie der präventiven und nachpräventiven Planung von Counterinsurgenca-Maßnahmen, bezogen auf solche Terrains, in denen Befreiungskampf, lokaler Aufstand, ja sogar "nur" Neutralität gegen die US-amerikanische Globalinteressen im Sinne einer "Anomalie" auftauchen. Der Text ist eine didaktisch aufgebaute Schulungs- und Ausbildungsanleitung für die Kader der "American School for Special Warfare" und somit aus erster Hand.

Kostet DM 9,-. Bestellungen an:
Verlag internationale Kritik, Postfach 35, 6367 Oberursel 5

MISEREOR - Zum politischen Standort eines kirchlichen Hilfswerks

Aus dem Inhalt:
- Grundsätzliche politische Problemstellung
- Werk- und Jugendmappen von Misereor
- Länderhefte
- Unterrichtseinheiten
- Probleme der Projekthilfe
- Personelle Entwicklungshilfe

290 Seiten, DM 6,-

Faltblatt: WEM HELFEN DIE SPENDEN?

Auf ca. 12 Seiten werden die wichtigsten Kritikpunkte an der kirchlichen Entwicklungsarbeit zusammengefaßt. Die entwicklungspolitische Ideologie MISEREORS wird untersucht und ein Projektbeispiel zeigt, daß viele Projekte keine Perspektive einer grundlegenden Veränderung haben, sondern die Empfänger der Hilfe in eine ungerechte Gesellschaftsstruktur integrieren.

DM 0,40

Bestellungen an: Aktion 3. Welt, Postfach 5328, 78 Freiburg
oder: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn